

Vormärz

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: halbjährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, einschließlich 25 Pf. Post und 10 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM pro Monat. Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Anzeigen und Vernehmlichungs-Anzeigen 15 Pf. Kleine Anzeigen, das heißt: 2-zeilige Anzeigen 20 Pf., 3-zeilige 25 Pf., 4-zeilige 30 Pf., 5-zeilige 35 Pf., 6-zeilige 40 Pf., 7-zeilige 45 Pf., 8-zeilige 50 Pf., 9-zeilige 55 Pf., 10-zeilige 60 Pf., 11-zeilige 65 Pf., 12-zeilige 70 Pf., 13-zeilige 75 Pf., 14-zeilige 80 Pf., 15-zeilige 85 Pf., 16-zeilige 90 Pf., 17-zeilige 95 Pf., 18-zeilige 1.00 RM, 19-zeilige 1.05 RM, 20-zeilige 1.10 RM. Mehrere Worte in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erkaltet täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt. Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.
 Donnerstag, den 28. November 1912.
 Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die Schuld.

Der Reichstag hat heute Herr Kaempf wieder zu seinem Präsidenten gewählt. Zentrum und Polen gaben weiße Stimmzettel ab und die Konservativen blieben mit ihrem Herrn Dietrich allein. Aus der „Machtprobe“ ist nichts geworden und es bestehen immerhin einige Aussichten, daß die vierte Präsidentenwahl dieser Reichstagsession auch die letzte sein wird.

Nachdem der Kanzler die Beantwortung unserer Interpellation über die auswärtige Lage für die nächste Woche zugesagt hatte, konnte endlich dort über die Not des deutschen Volkes gesprochen werden, wie es schon längst hätte geschehen müssen, wenn wir eine wirkliche Konstitution hätten. Genosse Scheidemann begründete die sozialdemokratische Interpellation. In äußerst wirkungsvollen, eindringlichen und ersten Worten kennzeichnete er die Schuld, die Regierung und Mehrheitsparteien gemeinsam auf sich geladen haben. Die Last der Teuerung selbst brauchte er nicht mehr zu beweisen, da sie von niemanden mehr geleugnet werden kann. Allerdings scheint an verantwortlichen Stellen noch immer nicht die volle Bedeutung der schweren Notlage erfaßt worden zu sein. Wie konnte sonst das Wort fallen: „Wir können zufrieden mit den heutigen Zuständen sein?“ Scharf wandte sich Scheidemann gegen das auf krasser Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse beruhende Urteil, daß nur Fleisch, Fleisch und immer wieder Fleisch auf dem proletarischen Küchentisch stehe. Nur wie blutiger Hohn können solche Auffassungen im Volke wirken. Die deutsche Landwirtschaft ist nun leider einmal nicht in der Lage, das deutsche Volk mit genügendem Fleisch zu versorgen. Welch unwürdiger Zustand, daß die Volkvertreter nicht aus eigener Initiative allein die notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung dieser Notlage beraten können, sondern warten müssen, bis die Regierung sie zusammenschickt. Hat doch die stärkste Fraktion des Reichstages sogar 23 Tage warten müssen, bis es nur dem Kanzler gefiel, eine Eingabe auf Einberufung des Reichstages zu beantworten. Was die Regierung allein geschaffen hat, genügt nicht im geringsten. Aber selbst diese geringfügigen Maßnahmen hat der Bund der Landwirte zu einer Hebe gegen die Regierung benutzt. Mit scharfen Worten geißelte Scheidemann diese Abhängigkeit der Regierung von den Agrariern, die mit der Not des Volkes Schindluder treiben. Wie sehr die Minister sich fügen müssen, zeigt der Wandel in den Anschauungen Wermuths und Delbrücks. Einst verteidigte jener als Staatssekretär die agrarische Politik, heute läuft er als Oberbürgermeister gegen sie Sturm; wie auch dieser dagegen ankämpfte, was er heute als Minister verteidigt. Um so dringender klang der Appell an die Liberalen, endlich mit der Aufforderung der „Frankf. Ztg.“ ernst zu machen und solange den Stat zu verweigern, bis die Regierung sich einmal dem Drängen der Mehrheit des Volkes gebeugt hat.

In knappen Zügen kennzeichnete Scheidemann alle die verwaltungspolitischen und gefehlichen Schikanen gegen die Einfuhr, die ein schreiendes Unrecht gegenüber den Ärmsten darstellen, die nur dazu dienen, die Taschen der Reichen zu füllen. Besonders geißelte er die Belastungen der Einfuhr durch § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Es war der Höhepunkt der Scheidemannschen Rede, als er an der Hand der Reichstagsprotokolle unwiderlegbar nachwies, daß bei Beratung dieses Gesetzes die Regierung selbst sich gegen den § 12 gewandt hat mit den gleichen Argumenten, die noch heute von der Sozialdemokratie vertreten werden. Wenn heute der Landwirtschaftsminister wörtlich und der Reichskanzler dem Sinne nach erklären, sie ständen und fielen mit dem § 12, so haben damals die Regierung und der Bundesrat gegen den § 12 gekämpft mit der Ankündigung, daß durch den § 12 das ganze Gesetz für sie unannehmbar wäre. Obgleich Graf Posadowsky als Staatssekretär den erst von der agrarischen Mehrheit ins Gesetz gebrachten § 12 als theatralische Generalprobe des Bundes der Landwirte auf zollpolitischem Gebiete, als eine Forderung ohne hygienische Beweggründe, als eine Gefahr für die Versorgung Deutschlands mit Vieh bezeichnet hatte, ist die Regierung damals doch ungeschlagen geblieben. Heute ist durch die vagen Bestimmungen des Viehsteuergesetzes das deutsche Volk noch dichter in das agrarische Spinnennetz eingelockt worden. Gewiß, nicht von allen Nöten kann das Volk durch Beseitigung der agrarischen Wirtschaftspolitik befreit werden, denn neben der agrarischen hat es die kapitalistische Ausbeutung überhaupt zu tragen. Die Sozialdemokratie konnte mit der heutigen Politik zufrieden sein, wenn es nur auf ihr ankäme. Gerade die Schuld der Regierung freit die Sozialdemokratie Anhänger zu, aber im Moment gilt es nicht die Erfolge einer Partei, sondern das Wohl des Volkes sicherzustellen.

Auf diese wichtige Anklage, die objektiv die Schuld-faktoren erörterte, harmelste der Kanzler in seiner unerschütterlichen schulmeisterlichen Manier einige Abersheiten über angebliche Inkonsistenzen der Sozialdemokratie und der Scheidemannschen Rede. Während Scheidemann ausdrücklich die Beseitigung der schlimmsten Härten (§ 12, Einfuhrschemen) im Interesse aller Erwerbstätigen als wirksame Linderung der Teuerung bezeichnet hatte, verdrehte der Kanzler die letzten Worte Scheidemanns dahin, daß die Sozialdemokratie

erst in der sozialistischen Produktionsweise ein Sinken der Preise erwarte.

Geschweige von der Lächerlichkeit, bei sozialistischer Produktion von Waren und Preisen zu sprechen, hatte gerade Scheidemanns Rede darin bestanden, alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen anzuführen, die sofort teilweise Abhilfe schaffen können und darunter solche, die wie die Beseitigung des § 12 gerade von den Vorgängern Bethmanns mit aller Energie vertreten worden sind. Viel glücklicher war Herr v. Bethmann als er seine Freude über die Artikel der Schippel und Artur Schulz in den „Soz. Monatsh.“ aussprach und die Schriftsteller als die wahren Sachverständigen anpries. Es ist einigermaßen betrüblich für einen leitenden Staatsmann, keine andere Widerlegung sachlicher Argumente zu finden als die Berufung auf die Personen einiger Eigenbrötlchen, die mit den Anschauungen der Partei in diesen wie in anderen Fragen kaum mehr etwas gemein haben und deren einzige etwaige Funktion es heute ist, zu den polemischen Pointen unbeholfener Gegner das Material zu liefern. Durch solche Scherze sucht eben der Kanzler des Deutschen Reichs — unter Beifall der Rechten — von den aufgeworfenen ernsten Fragen abzulenken. Was Bethmann über die veränderte Stellung der Regierung zum § 12, was er über die Einbeziehung der Balkanländer an die Einfuhrerlaubnis sagte, waren so kläglich nichts sagende Ausreden, wie sie eben nur die Unmöglichkeit einer begründeten Entgegnung diffundieren kann. Gegen die Notwendigkeit, die Futtermittelzölle im Interesse der Landwirtschaft aufzuheben, vermochte er überhaupt nichts einzuwenden. Mit vielem Pathos, aber keinem einzigen Argument, wandte sich der Kanzler auch gegen die Festsstellung, daß nur halten? Nichts! Denn landwirtschaftliche Krisen haben auch Freihandelsländer überstanden. Den Gipfel der Lächerlichkeit aber erreichte der Kanzler, als er die Sozialdemokratie über die wirklichen Lebensverhältnisse der — Arbeiter unterrichten wollte.

Die agrarischen Parteien, Zentrum und Konservative, denen sich auch die Nationalliberalen angeschlossen, konnten mit Herrn von Bethmann voll zufrieden sein. Betonte er doch wiederum ausdrücklich, daß er mit den Regierungsmassnahmen die Grenze des Möglichen erreicht habe. Auch seine warme Bitte an die Gemeinden, doch mit landwirtschaftlichen Genossenschaften Lieferungsverträge abzuschließen, klang den Agrariern recht angenehm in die Ohren.

Am Schluß der Sitzung entspann sich eine interessante Geschäftsordnungsdebatte über die Form des von den Sozialdemokraten beantragten Misstrauensvotums gegen den Kanzler. Die durch die neue Beschlußordnung geschaffene Möglichkeit, dem Reichskanzler die Mißbilligung über seine Stellungnahme auszudrücken, will die sozialdemokratische Fraktion zum erstenmal benutzen. Der Antrag zählt vier verschiedene Punkte auf, in denen die Behandlung der Teuerungsfuge durch den Kanzler nicht den Anschauungen des Reichstages entspreche. Um einer Stellungnahme im einzelnen zu entgehen und die Mißbilligung zu mildern, wollen die rechtsstehenden Parteien die Einzelformulierungen der Mißbilligung herausgestrichen haben. Es ist charakteristisch, daß gerade Herr Bassermann als erster die mit Mühe geschaffene Verbesserung der Geschäftsordnung illusorisch machen will.

Schwierige Verhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten dauern fort und ebenso der tatsächliche Waffenstillstand an der Thakatschalinie. Ueber die Aussichten auf Frieden lauten die Nachrichten noch völlig widersprechend. Ebenso wenig läßt sich über den Zustand der Armee ein wirkliches Bild gewinnen, da namentlich über die Verheerungen, die die Cholera anrichtet, Stillschweigen bewahrt wird. Auf Wahrscheinlichkeit kann die Nachricht Anspruch machen, daß die Bulgaren Adrianopel noch vor Abschluß des Waffenstillstandes erobern werden. Ob aber ein Keil der Stadt, wie es in Sofia heißt, wirklich schon in Brand geschossen ist, ist sehr zweifelhaft.

Ueber den österreichisch-serbischen Konflikt liegen heute eine Reihe offizieller Meldungen vor. Sowohl in Berlin als in Londoner Regierungskreisen spricht man von einer Entspannung. Namentlich einer langen Unterredung des österreichischen Botschafters mit dem russischen Zaren wird größere Bedeutung beigelegt. Dagegen wird in Wien erklärt, daß die Schwierigkeiten noch unvermindert seien und die österreichischen Forderungen kein Kompromiß mehr zuließen. Trotz der Sprache der österreichischen Offiziere würde die Situation doch nicht unmittelbar bedrohlich sein, wenn nicht die Mobilmachung in Oesterreich fort dauern würde. Zur Verbesserung der Situation trägt es auch nicht bei, wenn einzelne französische Boulevardblätter Oesterreich oder gar Deutschland beschuldigen, der Türkei zur Fortsetzung des Krieges zu raten und einzelne deutsche Blätter darauf in erregter Weise reagieren.

Die Stimmung in England.

London, 26. November. (Fig. Ver.) Erstaunt und ratlos steht das englische Volk dem österreichisch-serbischen Streit um den albanischen Hafen gegenüber. Man kann es nicht fassen, daß diese Frage, die man als eine der Nebenfragen ansieht, die ohne große Schwierigkeiten auf einem Kongress gelöst werden können, zu einem fürchtbaren Völkermord führen sollte. Leute aller politischen Richtungen — Sozialisten, Konservative, Liberale — wiederholen tagtäglich, daß ein Krieg um den adriatischen Hafen eine Dummheit, ein Verbrechen wäre. Vergeltung sucht die englische Presse, die es gewohnt ist, hinter den staatlichen Konflikten bestimmte, scharf umgrenzte Streitobjekte zu suchen, und die dem Staate Oesterreich keineswegs feindlich gegenübersteht, die auswärtige Politik der österreichischen Machthaber zu verstehen. Man fordert die österreichische Regierung auf, endlich einmal klar zu sagen, was sie denn eigentlich will. Und so kann man es denn einigen englischen Blättern kaum verdenken, wenn sie an der Behauptung festhalten, daß hinter all den beunruhigenden Nachrichten nur Börsenmänner stecken.

Die englische Presse hat sich in diesem Streite sehr korrekt und unparteiisch verhalten und sie spiegelt auch ohne Zweifel die Stimmung des Volkes wieder. An eine Wiederholung der Haltung der englischen Regierung zur Zeit der bosnischen Affäre ist daher nicht zu denken. Fast allgemein leitet man aus der Parole „der Balkan für die Balkanvölker“ die Berechtigung der Forderung ab, daß Albanien selbständig werden müsse, und man rechnet mit einem autonomen Albanien als einem sicheren Ergebnis des Balkankrieges. Auf der anderen Seite hütet man sich wohl, dem kleinen Serbien Sympathien zu bezeugen, obwohl Herr Bositsch und andere serbische Diplomaten unausgesetzt um die Gunst der englischen Presse und des englischen Volkes buhlen. Es gibt kein englisches Blatt von Einfluß, das nicht die serbischen Forderungen, wie sie von dem serbischen Ministerpräsidenten in seiner in den „Times“ am 25. November veröffentlichten Erklärung als ein Hirngespinnst zurückgewiesen hätte. Wäre es bei dieser Sachlage nicht klug von der österreichischen Regierung, auf die Stimme Englands zu hören, der gefährlichen Spannung ein Ende zu machen und einen Vergleich anzubahnen, bei dem die österreichische Politik unbedingt im Vorteil bleiben würde?

Die öffentliche Meinung in England hält die Autonomie Albaniens wohl vereinbar mit dem sehnlichen Wunsche der Serben, ein Fensterchen an dem Meere zu besitzen. Man fragt sich, was denn Oesterreich dagegen haben kann, daß Serbien selbst an der Adria einen Hafen besitzt. Hat Oesterreich Furcht, Serbien werde den Hafen als einen Stützpunkt für kriegerische Unternehmungen gegen die Monarchie benutzen? Der praktische Engländer sagt sich: Es ist mir lieber, daß mein Feind einen eigenen Hafen besitzt, als daß er seine Waffen in Kriegszeiten durch einen neutralen Hafen einschmuggeln kann. Seinen eigenen Hafen kann ich beschließen und besetzen, einen neutralen Hafen aber nicht. Und er erinnert an die Delagoa Bay, den portugiesischen Hafen an der Westküste Afrikas, der den Buren während des letzten Burenkrieges unschätzbare Dienste leistete. Obwohl Portugal von England an Händen und Füßen gebunden war, konnte dieses doch nicht verhindern, daß der Präsident Krüger durch Delagoa Bay beständig Geschütze, Munition und Mannschaften einschmuggelte. Hätte der Hafen den Buren gehört, so würden sie wie in einer Mausfalle gefangen gewesen sein. Wer kann bestreiten, daß dieses Argument nicht auch auf Oesterreich und Serbien zutrifft?

Man muß es der englischen Presse lassen, daß sie in diesem Streite dem Empfinden des Volkes treulich Ausdruck verliehen hat, daß sie mit keiner Silbe dem Panislamismus Hoffnung auf Unterstützung von englischer Seite in irgendeinem abenteuerlichen Unternehmen gegeben hat. Die „Times“ haben daher ein Recht, heute zu schreiben: „Wir begrüßen die erneuten Versicherungen von Berlin, daß Deutschland für die Sache des Friedens arbeite; aber während wir voll anerkennen, daß seine eigene Fernhaltung von irgendeiner Tätigkeit der beste vorhandene Beweis für seine Aufrichtigkeit ist, wünschten wir doch, daß seine Bemühungen anderswo sichtbarere Resultate hätten.“ Die reichsdeutsche bürgerliche Presse hat in dieser Affäre gegenüber der bürgerlichen Presse Englands ein geradezu jämmerliche Rolle gespielt. Wo fände sich in Deutschland oder Oesterreich ein bürgerliches Blatt, das schreiben könnte, was das offiziöse Organ des englischen Auswärtigen Amtes, die „Times“, heute in einem Leitartikel schrieb:

„Es sind keine unüberwindlichen Gefühlsaufwallungen der Völker vorhanden, keine Ausbrüche der wilden Leidenschaft, die ganze Völker in den Krieg hineinfegen, ehe sie sich bewußt werden, was sie tun. Es gibt keine große Nation in Europa, die heute den geringsten Wunsch hegt, daß auf das Geheiß des nützigen Ehrgeizes Millionen Menschen von ihren Heimstätten gerissen und kopfüber in das Verderben gestürzt werden. Die Balkanvölker kämpfen für eine Sache, die in ganz eigentümlicher Weise ihre eigene war. Sie wurden von Erinnerungen an Jahrhunderte des Unrechts begeistert, das sie glühend zu rächen verlangten. Die größeren Nationen haben keinen derartigen Streit, wenn er für

Die Enzyklika ihre Selbständigkeit und Arbeitsfähigkeit in keiner Weise eingeschränkt werde. Und der hohe Episkopat hat dieses Läufern durch eine Interpretation, richtiger: „Paraphrase“ der Enzyklika unterstützt, die zwar keine einzige Forderung der Enzyklika zurücknimmt, vielmehr das Beaufsichtigungs- und Zurechtweisungsgesetz der Bischöfe ausdrücklich feststellt, die Forderungen der Kurie aber in eine Sprache kleidet, die der mit der katholischen Kirchenlehre nicht Vertraute nicht versteht und meist in ganz anderem Sinne auslegt als die Kirche selbst. Was heißt z. B. der Satz: „Die Kirche hat das Recht und die Pflicht, zu derartigen Streitfragen, in soweit sie das Sittengesetz berühren, auch ihrerseits Stellung zu nehmen und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze, die in Betracht kommen, den Gläubigen vor sittlich-religiösen Schäden zu bewahren.“ Die Einschränkung: „In soweit sie das Sittengesetz berühren“ ist absolut wertlos, denn nach katholischer Lehre gehören eben alle politischen und wirtschaftlichen Handlungen der einzelnen wie der Vereinigungen zum Gebiet der Moral, und die Fragen, ob in einem bestimmten Fall Lohn-erhöhungsforderungen erhoben, ob die Arbeitsbedingungen, ob die Unternehmer in Flugblättern angegriffen, ob nicht katholische Vereinigungen unterstützt werden dürfen, sind eben in diesem Sinne sämtlich moralische Fragen, über die das kirchliche Hirtenamt zu unterscheiden hat. Oder ist das etwa nicht so? Wenn die „Köln. Volksztg.“ das bestritten sollte, werden wir es ihr beweisen!

Der christliche Gewerkschaftskongress von Essen ist demnach nichts, als ein schlaues Läufernmanöver!

Zum Kongress von Basel.

Die Regierung von Basel hat unseren Kongress nicht nur in einer Adresse begrüßt; sie hatte auch, dem Antrag eines konservativen Mitgliedes folgend, die Absicht, den Delegierten einen Empfang im Rathaus zu bereiten, als Ausdruck ihrer Sympathie für unsere Friedensbestrebungen. Nur weil die große Zahl der Delegierten im Rathausaal nicht Platz gefunden hätte, wurde schließlich von der Ausführung Abstand genommen.

Der deutschen bürgerlichen Presse ist sowohl das Verhalten der Schweizer Regierung als auch der eindrucksvolle Verlauf des Kongresses sichtlich unangenehm und so sucht sie möglichst rasch über die historische Tatsache hinwegzuleiten, daß das Proletariat der Welt zur selben Zeit Grundzüge einer auswärtigen Politik aufzustellen vermag, wo die herrschenden Klassen die Kriegsgefahr zu einer permanenten gemacht haben. Eine Ausnahme macht die „Frankfurter Zeitung“, die schreibt:

„Man ist, wie wir sehen, in der Schweiz so naiv, es für ganz erpischlich zu halten, wenn die Sozialdemokratie für den Weltfrieden ihren moralischen Einfluß ausübt. Und in der Tat geschah dies auf dem Kongresse meist in einer Art, die bei allen Anerkennungen verdient, welche zu verhalten wünschen, daß der Balkankrieg zu einem europäischen Kriege werde. In der Resolution, welche der Kongress aufstellte und die ein förmliches Programm bildet, wird das Recht der Balkanstaaten, sich zu einem Bunde zusammenzuschließen, betont, womit verständlicherweise gesagt ist, daß der Friede nicht um jeden Preis, also auch um den Preis der Freiheit, angestrebt werden könne; aber für den Ausbruch des Krieges wurden die Grobmächte verantwortlich gemacht, die es jahrzehntlang unterlassen haben, in Mazedonien geordnete Zustände zu schaffen, wie es ihre Mission war. Allerdings erachtet die Resolution, wenn man an die augenblickliche Situation denkt, als zu unglücklich für Oesterreich-Ungarn und zu günstig für Serbien gefärbt, aber deutlich wird doch von ihr das Recht Albanien auf Autonomie anerkannt. Ebenso begründet wie diese letztere Forderung ist der Appell an Deutschland, Frankreich und England, Oesterreich-Ungarn und Rußland nicht zu unterstützen, wenn sie sich in die Balkanwirren einmischen sollten, wie auch der Satz: „Ein Krieg zwischen den drei großen führenden Kulturstaaten wegen des serbisch-oesterreichischen Konfliktes wäre verbrecherischer Wahnsinn“, nur braucht diese Auffassung eine Schlichtung des österreichisch-serbischen Konflikts durch eine europäische Konferenz nicht auszuschließen. Als die größte Gefahr für den Frieden bezeichnet der Kongress die künstlich genährte Gegenrivalität zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich. Hier eine friedliche Stimmung und Bestimmung zu schaffen, müsse vor allem die Aufgabe der sozialdemokratischen Parteien sein. In Deutschland kann man den Sozialdemokraten Englands nur dafür danken, daß sie in ihrem Lande gegen den Krieg wickeln und noch ferner wirken wollen.“

Das „Berliner Tageblatt“ kann aus dieser Beurteilung von neuem lernen, wie töricht seine und Raumanns Behauptungen von der Unmöglichkeit unserer Friedenskonkationen gewesen sind. Uebrigens können wir konstatieren, daß das Blatt sich etwas gebessert hat und nicht mehr so kritisch wie früher die schwarze-kerle Politik unterstützt. Es war auch schon hohe Zeit, nachdem selbst die deutsche Regierung durch ihre Erklärung in der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ das Bedürfnis empfunden hat, der österreichischen Kriegspartei zu bedeuten, daß die deutsche „Rückendeckung“ doch nicht unter allen Umständen ihr zur Verfügung steht.

Das Vaterland in Gefahr.

So lautet der Titel einer Broschüre, die gegen die Elektrifizierung der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen von Berlin geschrieben war und für den Fall einer Mobilisierung alle Schrecken des Unterganges des heiligen deutschen Reiches voraussetzte. Diese Schrecken sollten, so schien es, greifbare Gestalt erhalten, da die Abgeordneten des Kriegsministeriums in Uniform am Mittwoch in der „Kommission für elektrische Zugförderung“ im Landtag erschienen, wo sie freilich erst nach der Mittagspause zu Wort kamen. Zu Anfang der Sitzung gab der Minister über die Frage: „Elektrizität oder Dampftriebwagen oder elektrische Lokomotiven“ seine Meinung zum Besten und entschied sich für das alte System, unter tausend Bedenken gegen die Einführung der Elektrifizierung, die er allenfalls für die Stadtbahn bewilligen wollte. Von einem Redner der Konservativen wurde ebenso entschieden für die Elektrifizierung mit Gründen, die sich hören ließen, eingetreten. Was zur Folge hatte, daß ein Redner der konservativen Bruderpartei den Redner der so nahe verwandten Partei nach allen Regeln der Kunst beunruhigte, wobei er auch die Regierung nicht ungeschoren ließ, was diese veranlaßte, es auch ihrerseits an einer ziemlich deutlichen Antwort nicht fehlen zu lassen. Witter und unbedeutend hing die Rede über den ungeschicklichen Argwohn, den man von dieser (konservativen) Seite der königlichen Staatsregierung entgegenbrachte. In gleicher Weise fragte der Minister über den Vorfall des von der Eisenbahnverwaltung doch so reichlich bedachten Dampflokotypen-Kapitals, das der Eisenbahnverwaltung sehr solche Schwierigkeiten mache.

Eine lange Reihe von Rednern erörterte das Für und Wider, bis nach der Pause endlich ein Vertreter des Kriegsministeriums das Wort nahm und selbst nach Meinung des Eisenbahnministers nicht sagte, was gegen die Elektrifizierung sprach und nicht: schon schriftlich aber mündlich erörtert worden ist. Aber einige Mitglieder der Kommission hielten das Gesagte für so bedeutsam, daß sie, obwohl die Vertreter des Kriegsministeriums gar nicht daran gedacht hatten, so etwas zu verlangen, das „Antragsgemüßnis“ forderten, bis der Redner des Kriegsministeriums die Korrektur gelesen hätte.

Was an den Ausführungen dieses Redners geheim sein soll, ist uns ein Geheimnis. Die „geheim“ rüthliche Besorgnis ging soweit, daß man sogar, nachdem der Vertreter der Eisenbahnverwaltung sich darüber geäußert hatte, daß diese Behörde keine Besorgnis hege, daß die Starkströme der elektrischen Bahnleitung die elektrische Leitung der Post stören könnten, von einer Seite anfragte, ob der Herr der Postverwaltung Wert darauf lege, daß seine Ausführungen „geheim“ blieben, was dieser lächelnd ablehnte. So ließ es denn die Kommission bei der geheimen Korrektur des Kriegsministeriellen Redners bewenden. Nachdem die Herren des Krieges und der Post der Kommission den Rücken gewandt hatten, ging das Wettsfahren zwischen Dampf- und Elektrizität abermals los und verlief sich schließlich in eine sachgemäße Erörterung über Gleich- und Wechselstrom, bis schließlich nach nahezu sechsstündiger Sitzung die Kommission die Debatte auf Freitag vertagte.

Die erfolglose Verbitte.

„Verbitte“ des adligen Klosters Iphoe und erster Prälat der schleswig-holsteinischen Ritterschaft“ ist nach dem Mitgliederverzeichnis des Herrenhauses der Herr Graf zu Rankau. Und in dieser Eigenschaft machte er sich also gestern — Mittwoch — noch einmal zum — na sagen wir mit dem schlichten Ausdruck der bürgerlichen Kanaille — Fürbitter der Sparkassen gegen das Gesetz, das sie zum Ankauf von Staatspapieren zwingen will. Da aber an der Annahme des Gesetzes nicht zu zweifeln sei, beantragte er, die Regierung möge einen Weg suchen, wie von den Sparkassen die Schädigungen durch Kursrückläufe an diesen ausgesetzten Papieren ferngehalten seien. Herr v. Dallwitz aber sagt, das gäbe es nicht. Wo würde diese Resolution abgelehnt. Und da der Staatsbank- („Seehandlungs“) Präsident von Dombold die Liquidität der Banken lobte, fiel auch ein zweiter Antrag Rankaus, der auch den Banken Staatspapiere aufzwingen wollte. In der Debatte hielt der Sorquittener Graf Mirbach wieder einmal seine Vimmelstimmrede und gab zu bedenken, ob man nicht Konsole schaffen solle, die nicht nur auf 100 M. lauten, sondern für die der Staat auch 100 M. bezahle. Aber Herr Lenke lehnte das unter vielen höflichen Entschuldigungen vor dem Steuer- und Wirtschaftstreuer aus Sorquitten aus guten Gründen ab. Dann nahm man das Sparkassengesetz an; die Verbitte des Verbitters von Iphoe wurden abgelehnt.

Religion auch in die Fortbildungsschulen hineinzubringen ist ein dringendes Bedürfnis des milden Kardinalbischofs von Breslau, des böhmischen Bauernsohnes Joseph Kopp, der heute in zweier Staaten Herrenhäuser als eines der prominentesten Mitglieder sibt. Zu dem Gesetz über die ländlichen Pflichtfortbildungsschulen stellen Se. Eminenz einen entsprechenden Antrag und — nicht nur christliche Gewerkschaften sind geforsam, wenn Kopp etwas wünscht — daraufhin ging das Gesetz an eine Kommission, obgleich ein Erläuterer, oder war es bloß ein Ober, bereits die Annahme der Vorlage empfohlen hatte.

Der Rest waren Petitionen. Der Regierung wurde bei einer Petition um Vereinheitlichung des Zeitpunkts des Osterfestes empfohlen, sich dazu mit dem römischen und dem Petersburger Papst — dieser letztere wurde in Basel unter tausendfacher Zustimmung Senkerz genannt — in Verbindung zu setzen.

Donnerstag: Hinterlegungsordnung, Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission für die Verlehnung im Ruhrrevier, Petitionen.

Die württembergischen Nationalliberalen suchen ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie.

Die nationalliberale Partei in Württemberg hat in der höchsten Rat den Weg zur Sozialdemokratie gefunden. Trotz ihrer devoten Haltung gegenüber den konservativen Bündlern mußte sie die Erlaubnis machen, daß die bündlerischen Führer strupplos den Kampf fortsetzen, um auf Kosten der Nationalliberalen die schwarzblaue Landtagsmehrheit herbeizuführen. Da die Sozialdemokratie bei der hochfahrenden Art der Nationalliberalen jede Unterstützung nationalliberaler Kandidaten gegenüber dem Bauernbund und dem Zentrum abgelehnt hatte, sind zwei alle nationalliberale Bezirke, Bradenheim und Sulz, schwer gefährdet, und in Gelsingen droht die Wiederwahl des Zentrumsmannes, für welchen der Bauernbund mit Hochdruck arbeitet. In der Verzweiflung entschloß sich daher die nationalliberale Parteileitung, der Sozialdemokratie das Angebot einer Vereinbarung zu machen; aber in ihrer Bescheidenheit verlangten die Herren die Unterstützung ihrer Kandidaten durch unsere Wähler in drei Bezirken, während sie lediglich in Waldlingen zur Unterstützung unserer Kandidaten auffordern wollten. Unsere württembergische Parteileitung erklärte sich deshalb nur bereit, in Bradenheim, wo unsere Kandidatur als aussichtslos bereits zurückgezogen worden ist, zur Unterstützung des Nationalliberalen aufzufordern, wofür die Nationalliberalen unsere Kandidaten in Waldlingen unterstützen. Weitere Verpflichtungen wurden unsererseits abgelehnt.

Welche Rückwirkung dieser Sündenfall der Nationalliberalen auf die Haltung des Bauernbundes ausüben wird, wird sich am Wahltag, dem 20. November, zeigen.

Frankreich.

Der „Son du Soldat“.

Paris, 26. November. (Fig. Per.) Gestern und heute wurde vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen die Vorstandsmitglieder des Bauarbeiterverbandes durchgeführt, die im Mai d. Js. einen Aufruf an die zu den Föhnen einberufenen Gewerkschaftsmitglieder unterzeichnet hatten, der den statutenmäßigen Geldstrafen beigefügt wurde. Der Kriegsminister hatte darin eine „Aufreizung gegen die Armee“ gefunden und die Verfolgung veranlaßt. — Im heutigen Plaidoyer zog der Staatsanwalt das patriotische Register auf und zeigte den Schwurjuror das bedrohte Vaterland: „Schauen Sie über die Grenze! Dort stehen unsere Nachbarn, das Gewehr im Arm, bereit, einen Schwächeanfall oder einen Fehler auf unserer Seite auszunützen.“

Die Schwurjuroren fanden die Angeklagten nur der Vorseibigung der Armee schuldig und die Strafe lautet auf drei Monate Gefängnis. Das Urteil ist kein Triumph für die Ankläger. Die Verurteilten nahmen es mit dem Ruf: „Rieder mit dem Krieg!“ auf und verließen unter dem Gesang der „Internationale“ den Saal.

Unterzeichnung des Marokkovertrages.

Madrid, 27. November. Der französisch-spanische Marokkovertrag ist heute nachmittag unterzeichnet worden.

Belgien.

Der Kampf ums Wahlrecht.

Brüssel, 25. November. (Fig. Per.) In der Diskussion über die Regierungserklärung hat sich der Ministerpräsident einer etwas klareren Sprache bedient und sein Kommenlar zeigt nun schon deutlich Kurs und Absichten der Regierung in der Wahlrechtsfrage. — Bekanntlich hatte die Opposition der ministeriellen Erklärung eine allenthalben optimistisch gefärbte Interpretation angebeihen lassen. Herr von Broqueville hatte nicht

Ja gesagt, aber er hatte auch keinesfalls Nein gesagt, und mancher wollte in allem mysteriösen Dunfel der Rede eine „halbgeöffnete Tür“ gesehen haben. . . Herr von Broqueville hat wieder ge-redet, aber er hat diesmal, um im Wille zu bleiben, die Tür, falls sie überhaupt einen Spalt offen war, ziemlich vernehmlich zugeschlagen. Der Ministerpräsident behält sich zwar vor, auf den Kern der Frage erst einzugehen, wenn darüber diskutiert werden wird, ob die von den Sozialisten beantragte Verfassungsrevision auf die Tagesordnung gesetzt werden soll; aber die letzten ministeriellen Worte behalten in der gegenwärtigen Situation darum nichts weniger ihre Bedeutung.

Herr von Broqueville ist nämlich endgültig darauf gekommen, daß der Generalstreik, wie er vom sozialistischen Kongress am 2. Juni formuliert wurde, eine Drohung ist, der eine Regierung, die um ihre Achtung und Autorität besorgt ist, nicht weichen darf. Ob das Wahlrecht, die Beseitigung des schändlichen Pluralismus eine ernste, wichtige, dringende politische Notwendigkeit ist, das scheint die Regierung im Augenblick gar nicht sonderlich zu interessieren. Die Hauptsache ist ihr, daß die Arbeiter beschlossen haben, das wirtschaftliche Leben auf „gewaltsame Weise“ zum Stillstand zu bringen, und da gibt es für eine Regierung, die etwas auf sich hält, kein Unterhandeln. Das wäre ja ein Weichen aus Furcht, sagte der Ministerpräsident pathetisch, und da könnte man uns jeden Augenblick auf die Weise kommen, jammerte der unerbittliche Wahlrechtsfeind Woeste. . . Die Frage liegt nahe: Was würde die Regierung ohne Androhung des Generalstreiks tun? Vandalen-gestaltete sich den Luxus, Herrn von Broqueville rund heraus danach zu fragen, aber der Minister antwortete daneben und auch seine übrige Rede zeigt, daß die Regierung der z e i t nicht an eine Verfassungsrevision denkt. Schenken wir uns die Gründe, die sie, abgesehen eben von der Autorität, die auf dem Spiele steht, nach Herrn von Broqueville verhindern, das Pluralwahlrecht zu beseitigen oder sich zu irgendeiner Art von Wahlreform zu verstehen. Denn es ist zu schön, zu glauben, daß die Regierung nur aus purer Fürsorge für die Arbeiterklasse — weil sie nämlich wichtige soziale Gesetze durchzuführen habe — diese politisch als Halb- und Viertelbürger weiter bestehen läßt.

Wenn der Ministerpräsident weiter erklärt, daß man eine Verfassungsrevision nicht nach den Wahlen, sondern am Ende einer Legislaturperiode macht — warum, da der Minister für diesmal schon seine diplomatische Jugelndstheil abgelegt hatte, hat er die Reform nicht in Aussicht gestellt, warum in der gefahrlos-ersten Situation — Herr von Broqueville kennt die Tragweite des Streik-beschlusses vom 2. Juni und die Stimmung der Arbeiter so genau — nicht ein „entspannendes“ Wort gefunden? Warum nun die kategorische Ablehnung, nach der entgegenkommend-verbindlichen Versicherung der vorigen Woche, wonach sich die Regierung der profunden politischen Weisheit, daß auch Wahlrechtsformeln den Gesetzen der Entwicklung unterliegen, nicht verschließen wollte? Warum mit einem Wort nach der, zugegeben geheimnisvoll angedeuteten Absicht, zu verhandeln, sich zu verständigen, zu „plaudern“, wie der Minister Heleputte in einer ähnlichen Lage einmal sagte, nun die offene Provokation? Denn nicht anders wird man die nunmehr so verstärkte Betonung deuten können, daß sich die Regierung unter keinen Umständen zu einer Verfassungsrevision verstehen werde, solange die Arbeiter mit dem Streik drohen.

Herr Woeste, der alte Herkules Drahtzieher, der in solchen Momenten immer aus der Verenkung auslauft, hat erklart, die Regierungserklärung sei „mißdeutet“ worden. Die richtige Deutung nach Herrn Woeste ist eben, daß man mit einer Verfassungsrevision nicht zu rechnen habe. Man will wissen, daß die neue Interpretation der Regierungserklärung, die sich, wie wir gesehen haben, auch der Ministerpräsident, wenn auch in vorsichtigerer Form, zu eigen machte, nicht ohne den alten Staatsminister zustande gekommen ist, daß er bismarck seine Mitwirkung an der neuen Militärvorlage von der Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage abhängig gemacht haben soll und die kategorische Sprache Herrn v. Broquevilles auf dieses neueste Teufels-mediel zurückzuführen sei.

Es gibt ja Leute, die meinen, die Regierung hat noch lange nicht ihr letztes Wort gesprochen und man brauche noch immer die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Situation nicht aufgeben. Möge es so sein. Möge die optimistische Auffassung der Liberalen „Wohlselige“ zum Beispiel, der freilich die Militärvorlage näher liegt als die Wahlreform, daß sich die Situation durchaus nicht hoffnungslos ansehe und die Regierung ihre endgültige Stellung zu einer Verfassungsrevision noch keineswegs fixiert habe, möge, sagen wir, diese optimistische Auffassung recht behalten. Denn wer, der die Arbeitersache mitkämpft und mitfühlt, möchte nicht verhindern wissen, daß das arme belgische Proletariat, das ausgedehnteste Proletariat Europas, seine letzten Energien für den Wahlrechtskampf in einem Generalstreik einsetzen müßte! Wer möchte nicht wünschen, daß die seit Wochen vom großen Lohn zurückgelegten Soustrüde — der belgische Arbeiter ist ja der schlechteste bezahlte Europas —, die in der Generalstreikfasse zusammengehalten werden, daß diese saueren Spareinlagen nicht anderen Zwecken dienen möchten! Aber so stark auch dieser Wunsch sein möge, so weiß doch heute jeder Mensch in Belgien, daß einem leichten und unerhörtlichen Widerstand der Regierung auch dieses letzte Kampfmittel entgegengestellt würde, und daß sich die belgischen Arbeiter, doppelt auf der Qui durch die zweideutige, wenn nicht provokatorische Haltung der Regierung, uner-müßlich, mit zähester Energie und unerschütterlichem Ernst für den äußersten Kampf bereit machen. Dieser Standpunkt ist der Regierung durch den Mund Vanderweides in nicht mißzuverstehender Weise dargelegt worden. Die Arbeiterklasse wird nicht unterlassen, eine Verständigung und den Frieden zu ermöglichen. Aber, Herr von Broqueville mag über diese „Drohung“ denken wie er will, sie sammelt unbedeutend Munition und ihre Waffen, um im äußersten Fall für ihr Recht ihr letztes Mittel: den Generalstreik einzusetzen.

England.

Landbury unterlegen.

London, 26. November. Bei der heutigen Nachwahl für das Unterhaus in dem Londoner Wahlbezirk Bow erhielt der Unionist Fair 4042, das Mitglied der Arbeiterpartei Landbury 3291 Stimmen. Die Unionisten gewinnen das Mandat.

Marokko.

„Beruhigung“arbeit.

Mazagan, 27. November. Oberst Mangin trieb auf seinem Marsch nach Demnat 7000 Vergewaltiger auseinander, nachdem Artillerie sie bezwungen hatte. Die Franzosen hatten vier Verwundete, darunter einen Offizier. — Die Mohalla Atugi drängte in dem Bah Amekron die Anhänger El Hibas zurück.

Amerika.

Das Stimmenverhältnis bei der Präsidentenwahl.

New York, 27. November. Eine Statistik der Abstimmung bei der Präsidentenwahl ergibt folgende Zahlen: Für Wilson 6 157 000 Stimmen, für Roosevelt 3 928 000, für Taft 8 878 000, für Debs 674 000 und für Chapin 161 000 Stimmen.

Gewerkschaftliches.

Die Aufforderung zur Einhaltung von Tarifverträgen ist nicht strafbar!

Im August d. J. war der Angestellte des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Königsberg Genosse Kriese vom Königsberger Schöffengericht wegen angeblichen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Jetzt ist er von der Berufungsinstanz freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft, die nunmehr zusammengebrochen ist, war auf Grund einer Anzeige des christlichen Bauarbeiterverbandes eingeleitet worden. Genosse Kriese hatte zwei organisierten Maurern, die unter Bruch des in Königsberg vereinbarten Tarifvertrages statt im Stundenlohn im Affordlohn tätig waren, den Ausschluß aus dem Verbands für den Fall in Aussicht gestellt, daß sie weiter Affordarbeit leisteten. Als die beiden Maurer erklärten, daß sie trotzdem im Afford tätig sein müßten, teilte Kriese anderen Maurern mit, daß er nichts habe ausdrücken können. Das war das ganze Verbrechen Kriese's und deshalb sollte er auf einen Monat ins Gefängnis. In seiner Anrede, daß die beiden Affordmurer ausgeschlossen werden würden, sah die Staatsanwaltschaft eine Drohung, die nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar wäre.

Rechtsanwalt Heinemann in Berlin wies aber vor Gericht nach, daß der § 153 hier nicht in Anwendung kommen kann, da es sich nicht um die Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen, sondern um die Aufrechterhaltung eines längst vereinbarten und zu Recht bestehenden Tarifvertrages handele. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Königsberg, Herr Lauffer, mußte als Zeuge vor Gericht zugeben, daß die fragliche Arbeit, da in Königsberg als Affordarbeit nicht üblich, nach dem Tarifvertrage und nach einem in Dresden gefällten Schiedsspruch, nicht im Afford hergestellt werden durfte. Kriese selber machte geltend, daß er als Mitglied der Schlichtungskommission im Einverständnis mit den Arbeitgebern Verträge gegen die tariflichen Abmachungen festzustellen, zu untersuchen und nach Möglichkeit abzustellen habe.

Der Staatsanwalt hielt die Anklage aufrecht und meinte, eine Drohung liege vor, nämlich der Ausschluß aus der Organisation mit seinen schweren wirtschaftlichen Nachteilen. Der § 153 schaffe den Arbeitern die Koalitionsfreiheit, der § 153 die Bewegungsfreiheit! Rechtsanwalt Heinemann ging in längeren Ausführungen auf die juristische Unhaltbarkeit des ersten Urteils ein, und das Gericht erkannte auf Freisprechung, da es sich um die Einhaltung eines Tarifvertrages, der ein Friedensvertrag sei, handele. Von einer Drohung im Sinne der Anklage könne nicht gesprochen werden. Damit ist die Sucht der Christen und Staatsanwaltschaft, den Arbeitern mit Hilfe des § 153 der Gewerbeordnung noch engere Fesseln und gefährlichere Fallen zu legen, mißglückt.

Berlin und Umgegend.

Tariffindungen im Schneidergewerbe.

Die Mitgliederversammlung des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen hatte sich Mittwoch abend mit zwei Lohnbewegungen von gleicher Bedeutung zu beschäftigen. Der Versammlung lag ein Antrag der Ortsverwaltung vor, die bestehenden Tarife für die Herrenkonfektion sowie für die Kostümbbranche zu kündigen. Runge begründete den Antrag und erörterte die an die Unternehmer zu stellenden Forderungen. Für die Herrenkonfektion bewegen sich die Lohnforderungen im Rahmen von 10 Prozent. Die bestehenden Tarife sind keine einheitlichen und soll darauf hingearbeitet werden, daß die Unterschiede möglichst beseitigt werden. Die in der Kostümbbranche aufgestellten Forderungen sind in dem Bericht über die Branchenversammlung enthalten. — Nach einer Aufforderung, für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, wurde einstimmig beschlossen, die in Frage kommenden Tarife am 1. Dezember zum 1. März 1918 zu kündigen und den Unternehmern neue Tarifvorlagen zu unterbreiten.

Die Schneider und Schneiderinnen in der Damenmaßbranche versammelten sich am Dienstagabend in den „Arminhallen“ zur Besprechung der Situation mit Bezug auf den Eintritt in eine Lohnbewegung. Der Referent Runge zeigte in einem längeren Vortrage, daß die Löhne in der Berliner Kostümbbranche nicht mehr zeitgemäß sind. Der jetzige Tarifvertrag wurde im Jahre 1909 ohne bestimmte Geltungsdauer vereinbart und kann jederzeit nach einer Kündigungsfrist von drei Monaten gelöst werden. Die eingesehene Kommission empfiehlt nun, den Vertrag am 1. Dezember dieses Jahres zum 1. März 1918 zu kündigen. Eine Erhöhung der Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit wird gefordert. Der Referent legte den Versammelten das Resultat der Kommissionsberatungen zu diesen Fragen vor. Die tägliche Arbeitszeit soll 8 1/2 Stunden betragen und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen 8 Stunden für männliche und 7 Stunden für weibliche Arbeiter, ohne daß dadurch ein Lohnverlust entsteht. Die Voraussetzungen sind dabei, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht durch Ueberstunden die Bestrebungen nach einer Regelung der Arbeitszeit stören. In der Lohnfrage schlägt die Kommission eine Erhöhung der Mindestlöhne um 10 Proz. für die männlichen, um 20 Proz. für die selbständigen weiblichen Arbeiter und um 15 Proz. für die Juarbeiterinnen vor. Die Stückerbeiter sollen 10 Proz. Zuschlag erhalten, aber Stüdlöhne kommen nur für Heimarbeiter, nicht für Werkstattarbeiter in Betracht. Die Bezahlung der Feiertage, die in Berlin allgemein üblich ist, außer bei Kostümschneidern und Militärschneidern, wird ebenfalls verlangt. Die Einführung der Lohnbücher, die schon 1909 vereinbart wurde, soll jetzt energisch betrieben werden. Die Kommission schlägt weiter vor, daß der nächste Vertrag auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen werde, wozu der Arbeitgeberverband in Berlin in der Lage ist, da er nicht dem Zentralverband angehört. — Die Vorschläge wurden von den Versammelten eifrig erörtert, worauf die folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Die versammelten Kostümschneider und -schneiderinnen erklären, daß die derzeitigen Löhne den veränderten Wirtschaftsverhältnissen nicht mehr entsprechen und erachten die von der Kommission der Kostümbbranche unterbreitete Vorlage für die Abänderung des bestehenden Tarifs als eine geeignete Grundlage für den Abschluß eines neuen Tarifvertrages.“

Die Versammelten beantragen daher: Die allgemeine Mitgliederversammlung am 27. November wolle der Kostümbbranche die Genehmigung zur Kündigung des jetzt bestehenden Tarifvertrages erteilen und die Ortsverwaltung hiermit beauftragen.“

Vollständiges Fiasko der Berliner Damenmäntelfabrikanten.

Neuerdings gelangen aus den Kreisen der gelben Zwischenmeister Nachrichten an die Verbandsleitung, wonach dieselben selbst die Undurchführbarkeit des von ihnen mit den Fabrikanten vereinbarten Vertrages anerkennen. Diese Ueberzeugung haben sie allerdings erst gewonnen, nachdem ihnen durch die Fabrikanten in der Praxis gezeigt wurde, daß die Streikleitung im Vorjahre recht hatte. Sie erklären nun, keine Gegner des Tarifvertrages zu sein, jedoch wollten sie nicht, daß die Arbeiterschaft erfahre, welche Preise sie von den Fabrikanten erhalten. Die Hoffnung, den Vertrag gegen den Willen der Arbeiterschaft durchzuführen, geben sie ebenfalls auf.

Es wäre besser gewesen, die Zwischenmeister hätten sich im vorigen Jahre von der Streikleitung überzeugen lassen, dann wäre der Kampf nicht umsonst geführt worden. Der Tarifvertrag wird ja doch kommen. Ob die Zwischenmeister dann dabei so auf ihre Rechnung kommen, wie dies nach den feinerzeit mit den Zwischenmeistern und der Arbeiterschaft getroffenen Vereinbarungen der Fall gewesen wäre, ist eine andere Frage. Vielleicht bewahrheitet sich hier das Sprichwort: „Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein!“

Die Maler und Anstreicher der Küchenmöbelbranche stehen in einem Tarifverhältnis, welches dem Tarif für die Holzindustrie angepaßt ist und auch gleichzeitig mit diesem abläuft. Da der Tarif der Holzindustrie gekündigt ist, so läuft damit auch der Tarif für die Maler und Anstreicher der Küchenmöbelbranche ab. Für die Beratung eines neuen Tarifs haben die Angehörigen der Branche in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung einen Entwurf aufgestellt, der einige Verbesserungen des bisherigen Tarifs vorsieht. Es wird die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit gefordert mit der Maßgabe, daß bei schlechtem Geschäftsgang die tägliche Arbeitszeit bis auf sechs Stunden zu verkürzt ist, ehe Entlassungen vorgenommen werden. Der Zuschlag, den die Anstreicher zu ihrem Affordverdienst erhalten, soll von 7 1/2 auf 15 Prozent erhöht werden. Der Stundenlohn soll für Anstreicher 85 Pf., für Fertigmacher 1 M. betragen. Sämtliches Werkzeug, auch Pausen und Schablonen, sollen vom Arbeitgeber geliefert werden. Ausbesserungsarbeiten außer dem Hause sollen nur während der Arbeitszeit und in Lohn ausgeführt werden. Für das Zu- und Abtragen der Arbeit sowie für Freibehaltung des Arbeitsplatzes soll der Arbeitgeber sorgen. Für Rängel an der Arbeit, die der Arbeiter verschuldet hat, soll dieser nur so lange aufzukommen haben, als sich die betreffenden Arbeiten im Betriebe befinden. Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des neuen Tarifentwurfes.

Achtung, Töpfer! Wegen Nichtbezahlung des Lohntarifes und Beschäftigung von Wilden sperren wir hiermit die Firma Karl Friedrich, Berlin, Köhlftr. 51. In Betracht kommt der Bau Greifswalder Ude Straße 20b.

Zentralverband der Töpfer.

Der Kellnerstreik im Papehofer Auschank dauert fort. Seitens der Betriebsleitung werden allerlei Märgen über die streikenden Angestellten verbreitet, die den Zweck haben sollen, diese in den Augen der Öffentlichkeit herabzusetzen. Die Verbandsleitung wird hierzu in nächster Zeit Stellung nehmen. Der Papehofer Ausschank ist bis auf weiteres für organisierte Gehilfen gesperrt.

Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Berlin I.

Achtung, Friseurgehilfen! Bei der jetzt im Verufe herrschenden großen Arbeitslosigkeit versuchen die Arbeitgeber die tariflichen Abmachungen zu umgehen. Es ist daher doppelte Pflicht aller Kollegen, auf die Durchführung der Tarifbestimmungen streng zu achten und grobe Verstöße dagegen der Tarifkommission zu melden. Wegen Tarifbruch sind für Verbandsmitglieder gesperrt: H. J. H. Friedberger Straße 11; Anderj. Raugardter Straße 3, Friedrich, Puladstr. 26; Simon, Weihensee, Udermarktstr. 10. Bewilligt hat Kiefer, Hollmannstr. 29.

Verband der Friseurgehilfen.

Deutsches Reich.

Unternehmerterrorismus.

Die Möbelfabrik Gerstenberger in Frankfurt a. O., die neben etwa 1000 Tischlern in ihrem neu eingerichteten Tapeziererbetriebe jetzt auch Tapezierer beschäftigt, mißachtet nicht allein das Koalitionsrecht der Arbeiter in grösßter Weise, sondern verweigert auch den Tapezierern die für dieses Gewerbe durch den Verband festgesetzten ortsbüchlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Statt der neunstündigen Arbeitszeit besteht die zehnständige im Betriebe. Und die Löhne sind so niedrig, daß sie auf 16, 14, sogar auf 9 M. pro Woche sinken. Aber die Arbeiter sollen auch Nichtverbandsmitglieder sein. Bei den Tischlern ist der Firma das nicht gelungen, so versucht sie es wenigstens bei den Tapezierern. Bei der Einstellung wird jeder gefragt, ob er dem Verbands angehört; bejaht er dies, so nimmt man ihm sein Verbandsbuch ab und zwingt ihn, seinen Austritt anzumelden. Herrn Gerstenberger ist schon mitgeteilt worden, daß die Verbandsblätter Eigentum des Verbandes sind und er dieselben gar nicht fortzunehmen hat. Die Antwort ist der Mann noch schuldig. Die Firma ist bemüht, ihre Arbeitskräfte aus den abgelegenen Provinzorten herbeizulocken. Sie inseriert fortgesetzt in den Provinzialblättern, jedenfalls in der Absicht, dadurch junge unerfahrene Leute zu bekommen. Es sei deshalb vor ihr gewarnt.

Die Bauarbeiter in Gardelegen streiken bereits seit über sechs Wochen. Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattfanden, führten zu einem die Arbeiter nicht befriedigenden Resultat. Die Arbeitgeber sind geschworene Organisationsfeinde. Aus dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe schieden sie aus, als auch sie auf Grund der allgemeinen Vereinbarungen eine Lohnzulage gewähren sollten. Die Gardeleger Bauarbeiter erhielten nur eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 2 Pf., während sonst überall 5 Pf. mehr gezahlt wurden. Am die restlichen 3 Pf. mindestens zum 1. April 1918 zu erhalten, stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Die Unternehmer erklärten sich jedoch nur bereit, am 1. April 1918, 1914 und 1915 je einen Pfennig zuzulegen. Dies „Jugendstündnis“ lehnten die Arbeiter ab, so daß der Streik fortgesetzt wird. Die oben erwähnten Verhandlungen unter Leitung des Bürgermeisters fanden auf Veranlassung des Haupteiters des Bauarbeiterverbandes statt. Dessenungeachtet lehnten die Unternehmer seine Zulassung zu den Verhandlungen ab. Die drohende Betonung des „Herrn-im-Haue“-Standpunkts wird aber früher oder später doch noch ein unrückliches Ende nehmen.

Aussperrungsmanie der Unternehmer in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie.

Ein triebvolles Spiel mit den Arbeitern treiben die Unternehmerverbände des großen sächsisch-thüringischen Gebietes der Wolleindustrie. Zum dritten Male innerhalb weniger Wochen versuchen die Unternehmer einen großen Kampf zu provozieren. Kaum 4 Wochen sind vergangen — es war am 25. Oktober —, da kündigte der Verband sächsisch-thüringischer Webereien, Ortsgruppe Gera, durch den Vorsitzenden die Aussperrung der Weber von Gera an. Wenige Tage später schloß sich der Verband sächsisch-thüringischer Webereien in seiner Gesamtheit dieser Bekanntmachung an. Es sollten also sämtliche Weber, Weberinnen und deren Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im niederen Vogtland und den beiden Keupenländern adgesperrt werden, weil in einem Betrieb zwischen wenigen Webern und dem Unternehmer Differenzen ganz geringfügiger Natur bestanden.

Nur vorher, im September, war die Auseinandersetzung mit der Färbereikonvention und heute hat dieselbe Färbereikonvention die Aussperrung für Dienstag, den 8. November, mit Schluß der Arbeit in familiären Betrieben angedroht. Es dürften demnach heute 8000 Färbereiarbeiter ausgesperrt sein. Die Unternehmer machen sich die Sache fürchtbar leicht. Die Aussperrung ist ihnen nicht das Kampfmittel in ihren Auseinandersetzungen mit den Arbeitern, das nur angewandt wird, wenn alle anderen Kampfmittel versagen, sondern sie wenden es beliebig bei irgend welchen geringen Differenzen an, um den Arbeitern zu beweisen, daß sie sich allen vom Unternehmer diktierten Lohn- und Arbeitsbedingungen willenlos zu fügen haben. Aus dieser Auffassung heraus erklärt es sich, daß die Aussperrungen nicht vom Unternehmerverband beschlossen, sondern von wenigen Leuten einfach verfügt werden. Während im Webereiverband der Vorstand das Verfügungsrecht

der Aussperrung ohne Anordnung der Mitglieder des Verbandes besitzt, ist es in der Färbereikonvention eine Kommission, die ohne Anhören der übrigen Mitglieder einfach die Aussperrung verfügen kann. Auch in dem jetzt vorliegenden Streitfall ist so gehandelt worden. Die Unsicherheit der Existenz der 30 000 im Bezirk beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wird durch diese rigorose Anwendung der Aussperrungsmaßnahmen bis zur Unerträglichkeit gesteigert. Der Arbeiter wird zum Spielzeug des Kapitalisten. Daher ist die große Abwanderung der jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen in das benachbarte bessere Lohn bietende Städtereigebiet verständlich.

Die Löhne der Färbereiarbeiter sind Hungerlöhne. Die Mindestlöhne betragen nach einer Bekanntmachung des Färbereiverbandes 27 und 30 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt seit 1. Oktober 58 Stunden pro Woche. Die Mindestlöhne sind jedoch in diesem Falle Maximallöhne; nur in wenigen Fällen wird mehr gezahlt. — Die Färbereiarbeiter waren bis vor kurzem nicht organisiert. Ihre elende Lage verhinderte den Erfolg intensiver Agitationsarbeit. Das Ueberstundenwesen überwiegt in den Färbereien und Appreturen wie in keiner anderen Branche der Textilindustrie. Die Arbeiter müssen nun im ganzen Reich seit längerer Zeit schon nicht mehr zu den alten Bedingungen Ueberstunden leisten. In Weerane werden pro Ueberstunde 40 Pf. und 30 Pf. bezahlt. Auch im Vogtland gibt es Betriebe, die die Arbeiter für Ueberstunden in gleicher Höhe entlohnen. Der Färbereiverband hat nun beschlossen, bei einem Mindeststundenlohn von 27 Pf. nur noch 30 Pf. pro Ueberstunde zu zahlen, bei einem Mindeststundenlohn von 30 Pf. aber 35 Pf. Diejenigen, die aber 30 Pf. Stundenlohn erhalten, sollen 40 Pf. pro Ueberstunde bekommen. Also für die Ueberstunde 3 oder 5 Pf. Zuschlag. Arbeiterinnen sollen für die Ueberstunde nur 2 Pf. Zuschlag erhalten. Dazu sagte der Färbereiverband noch den unsinnigen Beschluß, daß über diesen Betrag hinaus nicht gezahlt werden dürfe.

Bei der Firma Fierenkrantz u. Ehret sollten nun in voriger Woche Ueberstunden geleistet werden. 17 Arbeiter kamen in Frage. 9 Arbeiter von diesen 17 sollten 40 Pf. pro Ueberstunde bekommen, die übrigen aber weniger. Arbeiter, die an gleichen Maschinen stehen, sollten verschiedenen entlohnt werden. Die Firma begründete das damit, daß die höher bezahlten schon früher diese Beträge bekommen haben. Dabei sind aber alle Arbeiter schon lange im Betriebe tätig. Die 8 Arbeiter weigerten sich für 35 Pf. Ueberstunden zu leisten. Sie wurden entlassen. Die übrigen 9 weigerten sich jetzt gleichfalls, Ueberstunden zu machen, wenn für einen Teil nur 35 Pf. gezahlt wird; sie wurden gleichfalls entlassen.

Es handelt sich also um eine Differenz, deren Erledigung nach dem Wunsche der Arbeiter der Firma 40 Pf. pro Tag gekostet hätte. Und wegen dieser Bagatelle verfügt die eingesezte Aussperrungskommission die Schließung sämtlicher Betriebe im Industriegebiet. — 8000 Arbeiter wurden ausgesperrt.

Offensichtlich finden die bisher nicht organisierten Färbereiarbeiter infolge dieses Gewaltaktes den Weg in die Organisation und zeigen durch ihr Verhalten, daß sie entschlossen sind, derartige sinnlose Provokationen zurückzuweisen. — Der Geschäftsang ist gegenwärtig ein guter. Die 17 in Frage kommenden Arbeiter haben beschlossen, nicht wieder bei Fierenkrantz u. Ehret anzufahren.

Verweigerte Lohnzulage als politisches Erziehungsmittel.

In der Brauerei des Reichsrats Freiherrn v. Cramer-Klett in Hohenachau hatten in letzter Zeit einige Brauereiarbeiter Lohn-erhöhungen erhalten. Um zu erfahren, ob es nicht ein Versehen sei, daß einzelne der Arbeiter von der Lohnhöhung ausgeschlossen blieben, wandte sich der Bezirksleiter der Brauereiarbeiter höflich um Auskunft an den Herrn Reichsrat. Statt seiner antwortete der Verwaltung:

„Unter Bezugnahme auf Ihre an Herrn Reichsrat Freiherrn v. Cramer-Klett gerichteten Schreiben vom 15. cr. beehren wir uns in dessen Auftrag zu erwidern, daß Herr Reichsrat sich ablehnt, mit Ihrem Verbands in Unterhandlung einzutreten. Unsere Ihrem Verbands angehörenden Brauereiarbeiter haben sich durch ihr agitatorisches Vorgehen bei den letzten Wahlen in direkten Widerspruch mit den Interessen ihres Arbeitgebers gesetzt, weshalb sich Herr Baron nicht veranlaßt sieht, ihnen noch ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen.“

Der sächsischen Tabakmanufaktur in Straßburg i. E. ist es gelungen, die Pläge der Streikenden zu beseigen. Der Streik mußte deswegen als aussichtslos beendet werden. Keiner der Streikenden wurde eingestellt. Der Direktor erklärte, so lange er Leiter des Betriebes sei, kommt keine Arbeiterin, die gestreift hat, mehr hinein. Infolgedessen hat das Gewerkschaftsamt Straßburg i. E. in seiner Sitzung vom 20. November beschlossen, daß der bereits über die Warent der sächsischen Tabakmanufaktur verhängte Boykott nach wie vor fortbauert. Der größte Teil der Straßburger Unternehmertum hat sich mit der sächsischen Tabakmanufaktur solidarisch erklärt und keine der ausgesperrten Tabakarbeiterinnen eingestellt.

Letzte Nachrichten.

Attentat auf den Londoner Polizeipräsidenten.

London, 27. November. (P. E.) Der Chef der Londoner Polizei, Sir Edward Richard Henry, ist heute abend das Opfer eines Mordanschlages geworden. Sir Edward Henry war gerade mit seinem Auto nach Hause gekommen, als ein junger, gutgekleideter Mann auf ihn zutraf und drei Schüsse auf ihn abgab. Zwei Augen verfehlten ihr Ziel, während die dritte dem Polizeipräsidenten in den Unterleib drang. Der Chauffeur des Polizeichefs sprang sofort dazu und streckte den Attentäter mit einem wohlgezielten Faustschlag zu Boden. Zwei Detektive, die sich ständig in der Begleitung des Polizeichefs befinden, eilten gleichfalls herbei und fesselten den Verbrecher, der sofort nach Scotland Yard gebracht wurde. Beim Verhör weigerte er sich, seinen Namen zu nennen, gab jedoch an, geborener Engländer zu sein. Ueber die Motive der Tat küßt er sich in Stillschweigen. Das Befinden Sir Edward Henrys ist außerordentlich bedenklich.

Eine Familie an Gasvergiftung gestorben.

Reichenbach (Böhmen), 27. November. In der Gemeinde Wiesenthal bei Gablung wurden heute der Gastwirt Geißler, seine Frau, seine drei Kinder und ein zu Besuch weilender Anabe tot aufgefunden. Sie sind einer Gasvergiftung erlegen. Es steht noch nicht fest, ob es sich um ein Verbrechen oder einen unglücklichen Zufall handelt.

Eiserjuditsdrama.

Ostelsberg, 27. November. (P. E.) Auf dem hiesigen Hauptbahnhof spielte sich ein blutiges Eiserjuditsdrama ab. Der 16 Jahre alte Schreibergeselle Horne gab auf den 40 Jahre alten Wollwarenfabrikanten Kehler, zu dessen Frau er Beziehungen hatte, zwei Revolvergeschüsse ab und verriet ihn schwer. Horne erschoss sich darauf selbst.

Entdeckung eines Goldfeldes in England.

London, 27. November. (P. E.) Mehrere im Fürstentum Wales beschäftigte Moosfucher fanden bei Barmouth einen goldhaltigen Quarzstein. Man schließt aus dem Fund auf ausgedehnte Goldlager in der dortigen Gegend.

Reichstag.

71. Sitzung. Mittwoch, den 27. November 1912, nachmittags 1 Uhr.

Von Bundesratsmitglied v. Bethmann-Hollweg, Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten.

Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel. Abgegeben werden 371 Stimmen, davon 117 ungültige weiße Stimmzettel. Von den 254 gültigen entfallen auf den Abg. Kaempf (Sp.) 190 Stimmen, den Abg. Dietrich (L.) 60 Stimmen, verpöhlert sind 4 Stimmen. Abg. Kaempf nimmt die auf ihn gefallene Wahl mit Dank an.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Wasserhagen über die auswärtige Lage und die Richtlinien der deutschen auswärtigen Politik.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg erklärt auf die Frage des Präsidenten: Ich bin bereit, die Interpellation in der nächsten Woche zu beantworten und zwar, wie ich hoffe, in den ersten Tagen der nächsten Woche. Auch mir liegt daran, auf die in der Interpellation gestellten Fragen baldmöglichst dem Reichstag Auskunft zu erteilen. Ich werde mir gestatten, dem Herrn Präsidenten den bestimmtesten Tag mitzuteilen, sobald ich dies vermag.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt, ebenso die Interpellation Albrecht (Soz.) über die auswärtige Politik. Es folgt die Interpellation Albrecht (Soz.) betr.

die Teuerung

zu deren sofortiger Beantwortung sich der Reichskanzler bereit erklärt.

Die Interpellation lautet:

Ist der Reichskanzler bereit, zur Milderung der durch die exorbitante Teuerung hervorgerufenen schweren Verhältnisse der Kreise des Volkes Schritte zu tun, daß

- 1. die Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch, aufgehoben werden;
2. die Grenzen für Einfuhr von Vieh und Fleisch unter Aufrechterhaltung der unerlässlichen Sicherheitsmaßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen geöffnet werden, und namentlich sofort die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch fast unmöglich machenden Bestimmungen beseitigt werden;
3. die Futtermittelzölle aufgehoben werden;
4. die Einfuhrzölle beseitigt werden.

In Verbindung damit wird gestellt die Beratung des Gesetzesentwurfs betr. vorübergehende Zollleichterungen bei der Fleisch-einfuhr, nachdem der Abg. Wedel (Soz.) sein Einverständnis hiermit erklärt hat unter der Voraussetzung, daß ein von seiner Partei noch zu der Interpellation zu stellender Antrag mit zur Verhandlung und Abstimmung kommt.

Das Wort zur Begründung der Interpellation erhält

Abg. Scheidemann (Soz.):

Seit einer ganzen Reihe von Jahren hat meine Partei die Fleischteuerung hier zur Sprache gebracht und Abhilfe von dem wachsenden Notstand verlangt. Mit großer Regelmäßigkeit ist uns geantwortet worden, auf unsere Anregungen könne nicht eingegangen werden, da es sich eigentlich nur um

vorübergehende Erscheinungen

handelt; in einem Falle wurde sogar gesagt, an den ganzen Uebelständen sei nur der Fleischnotstand schuld. Nun sind die Verhältnisse im Laufe der Jahre so schlimm geworden, daß kein Volk mehr die Teuerung bestreite. Selbst bis in die Kreise der bessergestellten Beamten hinein wird der Notstand empfunden, und immer lauter wird der Ruf gehört, daß es dringend notwendig sei, Abhilfe zu schaffen. Die mittleren und unteren Beamten, die Geschäftsleute, die kleinen Bauern und Arbeiter leiden in einer Weise, daß von niemand mehr bestritten werden kann, daß die Teuerung eine außerordentlich große ist. Sogar in dem Organ des Herrn v. Bethmann-Hollweg wird zugegeben, daß wir unter sehr schlimmen Verhältnissen zu leiden haben. Wer noch daran zweifeln möchte, wie es in Wirklichkeit aussieht, der mag es in den Veröffentlichungen der Arbeiterföderation lesen, in den Veröffentlichungen der Mütter dieser Kinder, und wer daran nicht zu lesen versteht, mag die Berichte über die Säuglingssterblichkeit lesen. Ich weiß wohl, daß nicht alle unter der Teuerung leiden und daß nicht alle das richtige Verständnis für die Teuerung haben. Sonst wäre es undenkbar, daß wir Reden hätten hören können, wie die, die vor einigen Wochen außerordentliches Aufsehen machte. Ich will nur die eine Wendung erwähnen, daß kein Anlaß zur Unzufriedenheit vorhanden sei. Eine solche Äußerung ist in einer Zeit sehr bedauerlich, wo Hunderte und Aberhunderte von armen Frauen des Nachts stundenlang vor den Freidanks gestanden haben, um des Morgens etwas minderwertiges Fleisch kaufen zu können. Auch etwas weiter herunter in der Stufenleiter der Beamten hat man sehr merkwürdige Vorstellungen von der Teuerung. Ich muß da auf einige Äußerungen eingehen. So hat der preussische Landwirtschaftsminister im preussischen Abgeordnetenhaus bei Besprechung der von den Fortschrittlichen eingebrachten Interpellationen über die Fleischteuerung gesagt, wenn wir in Zukunft etwas tun wollen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln günstiger zu gestalten, so dürfen wir nicht aus dem Auge lassen, daß wir leider auf dem Wege sind, den Fleischkonsum für den Einzelnen sehr zu verstärken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bevölkerung muß auf den Wert und die Bedeutung der anderen Nahrungsmittel hingewiesen werden, die Frauen und Töchter der Arbeiter müssen auch die Zubereitung anderer Nahrungsmittel kennen lernen. Ein großer Teil der Hausfrauen bevorzugt die Fleischkost, weil sie deren Zubereitung allein verstehen. Gehen Sie nach Frankreich und sehen Sie das Menu des kleinen Pannes an, so finden Sie dort weit mehr Gemüse und viel weniger Fleisch als bei uns. Bei uns heißt es immer nur: „Fleisch und wieder Fleisch!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich zweifle nicht, daß Herr v. Schorlemer in ehrlicher Meinung diese Ausführungen gemacht hat. Er konnte sie aber nur machen, gestützt auf eine

große Unkenntnis des Volksebens.

(Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der bestehenden Verhältnisse sind diese Äußerungen wie blutiger Hohn empfunden worden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Er sagt, die Preise der anderen Lebensmittel seien niedrig. Auch hierbei ist er falsch informiert. Wir haben die teuersten Lebensmittelpreise in der ganzen Welt. So kostet ein Liter Milch in Berlin 24 resp. 28 Pf. Würden die großen Arbeitermassen nur von Kartoffeln leben wollen, so würden die Unternehmer sehr bald zu kurz kommen. Denn bei der intensiven Ausnutzung der Arbeitskraft ist es ganz undenkbar, daß die Arbeiter die schwere Arbeit leisten können, wenn sie nicht genügend Fleisch bekommen. Für die Arbeitermassen ist das Fleisch geradezu zum Lebenselixir geworden. (Lachen rechts.) Lebhaftes Entrüstungsäußerung (links.) Den Arbeitermassen, die sich vorwiegend von Kartoffeln und Hülsenfrüchten nähren müssen, zu raten, ihre Frauen sollen besser kochen lernen, war so deplaciert wie möglich. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Kenntnis des Volksebens, die Herr v. Schorlemer damit befehdet hat, entfernt sich nicht sehr von der jener

Prinzessin, die, als man ihr von der Not des Volkes erzählte, das kein Brot essen könne, antwortete, warum ist man denn nicht kochen. Herr v. Schorlemer hat seine Kenntnisse wohl von dem bekannten Agrarprofessor bezogen, der sagte, kippiges Essen ist in vielen Kreisen geradezu zu einem Gegenstand des Prahlens und Hochmuts geworden. Die Fleischpreise, in denen die Arbeiter leben, ermöglichen es der einen Arbeiterfrau, in den Kochtopf der anderen zu schauen, und keine will im guten Essen hinter der anderen zurückbleiben. Hat die eine eine Karbonade im Kochtopf, so muß die andere es auch haben. Dazu kommt, daß die Kochkenntnis nicht weit reicht, das Braten ist am einfachsten, und deshalb bevorzugen die Arbeiterfrauen die Bratenstücke. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wer so redet, muß in der Tat zu der Anschauung kommen, wir haben zu wenig Fleisch, weil die Arbeiter zuviel Fleisch genießen; schuld an der allgemeinen internationalen Teuerung habe nicht die kapitalistische Produktion, nicht die kapitalistisch-imperialistische Politik, schuld an den besonderen Teuerungsverhältnissen in Deutschland sei nicht die agrarökonomische Gesetzgebung, schuld haben vielmehr die Arbeiterfrauen, weil sie nicht genügend kochen gelernt haben. Ich will nicht untersuchen, wie weit die Kochkunst der Bourgeoisfrauen reicht. Wenn aber das wahr wäre, was da gesagt ist, so wären die kleinen Beamten und Arbeiter schon längst verhungert, denn die Kotelette und Bratenstücke, von denen da die Rede ist, existieren nur in der Phantasie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist wirklich bedauerlich, daß ein Mann mit so krasser Unkenntnis über die Art wie das Volk lebt und leidet, bei uns noch auf einem Ministerposten sitzen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Schorlemer hat dann aber in seiner Rede trotz dieser Ausführungen anerkannt, daß ein

Notstand breiter Massen

besteht. Mir ist es unverständlich, wie er diese Äußerung mit der zuerst zitierten in Einklang bringen will. Er könnte höchstens meinen: es besteht zwar eine große Teuerung, aber nur deshalb, weil die Arbeiter zu viel Lederbissen haben wollen. Eine andere Erklärung finde ich nicht. Unbestreitbare Tatsache ist jedenfalls, daß der Notstand außerordentlich groß ist. Die Gewerbeinspektoren haben es in ihren Berichten allgemein bestätigt, ebenso die ganze Presse, abgesehen von der rein agrarischen von der Tonart der „Deutschen Tageszeitung“. Organisationen des Handels und der Industrie haben es in Rundgebungen an die Regierung offiziell anerkannt.

Im Hinblick darauf, daß dieser große Notstand gar nicht mehr bestritten wird, verzichte ich auf die Anführung irgendwelcher Ziffern, aus denen hervorgehen würde, wie die Teuerung sie verstärkt hat, daß die Fleischmenge, die das Volk auch nach der Ansicht des Reichsgesundheitsamts absolut braucht, nicht vorhanden ist, daß Arbeiter, Handwerker und Beamte nicht das Fleischquantum zu sich nehmen können, das man für notwendig hält, um den deutschen Soldaten zu ernähren. Ich will auch nicht auf die Ziffern eingehen, die beweisen, daß unsere Landwirtschaft leider — das „leider“ unterstreiche ich absichtlich — nicht in der Lage ist und wahrscheinlich auch leider in absehbarer Zukunft nicht in der Lage sein wird, das, was wir an Nahrungsmitteln brauchen vollständig decken zu können. All dies wird ernsthaft nicht mehr bestritten werden können. Wir Sozialdemokraten haben es nun selbstverständlich für unsere Pflicht gehalten, alles zu tun, was wir konnten, um Abhilfe zu schaffen. Der Reichstag war monatelang vertagt und so haben wir geäußert, den Reichskanzler durch unsere Fraktion daran erinnern zu sollen, daß er

den Reichstag von sich aus einberufen

müßte. Wir haben am 5. September d. J. vom Fraktionsvorstand aus als Vertreter der 110 Sozialdemokraten im Hause und der 4 1/2 Millionen mehr als 25 Jahre alter Männer mit all ihren Frauen und Kindern an den Reichskanzler in diesem Sinne geschrieben. Der Redner verliest das bekannte Schreiben der Fraktion. Der Herr Reichskanzler hat sich dann hingeseht und hat sofort, d. h. 23 Tage später (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), folgende Antwort auf das Schreiben erteilt, datiert vom 28. September: „Auf die Eingabe vom 5. September erwidere ich ergebenst, daß die von mir und der kgl. preussischen Staatsregierung gegenüber der zurzeit bestehenden Fleischteuerung ergriffenen Maßnahmen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht worden sind. Von diesen Maßnahmen würde der Entwurf des Gesetzes, betreffend vorübergehende Zollleichterungen bei der Fleisch-einfuhr, der Zustimmung des Reichstages bedürfen; zunächst unterliegt er der Beschlussfassung des Bundesrates.“

Zunächst einige Worte zu dem Schreiben selbst: Wir Sozialdemokraten haben es für ganz selbstverständlich gehalten, daß die Volkvertretung in dem Augenblick zusammentreten muß, wo es im Interesse des Volkes, das diese Vertretung gewählt hat, dringend erforderlich ist. Wir sind der Meinung, daß der Reichstag zu keiner Zeit dringlicher hätte zusammenberufen werden müssen, als zu der Zeit, wo selbst die Regierung von einer exorbitanten Teuerung gesprochen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir empfanden es als eines Naturvolles unwürdigen Zustand, daß die Vertreter des Volkes in solch schweren Zeiten nicht aus eigener Initiative zusammentreten können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sondern warten müssen, bis es der Regierung gefällt ist, sie zu rufen. Das zeigt, wie weit wir noch entfernt sind von wahrhaft demokratischen Zuständen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Um so notwendiger wird sein, daß alle, die ein Interesse an der Aenderung der jetzigen Zustände haben, die in diesem Hause eine wirkliche Vertretung des Volkes sehen wollen, mit verstärkter Energie darauf dringen, daß dies Haus mächtiger wird und mehr Initiative entwickeln kann. Wir haben die Einberufung des Reichstages auch deshalb gefordert, weil die wirklich durchgreifenden Maßnahmen, die wir in unserem Schreiben an den Reichskanzler als notwendig bezeichneten — dieselben, die wir in der Interpellation wieder betonten — vom Reichskanzler gar nicht ohne Mitwirkung des Reichstages hätten durchgeführt werden können. Was nun die vom Reichskanzler in seinem Antwortschreiben erwähnten Maßnahmen anlangt, so kann ich die umfangreiche Bekanntmachung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht verlesen. Man kann sich auch darüber sehr kurz fassen, weil bei den sehr vielen Worten schließlich der Kern doch ein sehr magerer ist.

Zunächst wird darin gesagt, daß für die großen Städte, die als Markt für die vielen Fleischpreise ganzer Landesteile maßgebend seien, die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Rußland, aus Serbien, Rumänien, Bulgarien im Wege besonderer Genehmigung und unter besonderen Vorschriften gestattet wird. Schon der erste Satz ist durchaus aufsehbar wie aus folgendem Fall hervorgeht. Es wurde verboten, daß von der großen Stadt Frankfurt aus nach Hanau der kleinere Stadt, Vieh verkauft wurde. Dadurch wurde folgendes erreicht: In dem Augenblick, da von Frankfurt Vieh nach Hanau gekommen war, sanken die Preise sofort und in dem Augenblick, wo das für die Stadt Hanau verboten wurde, gingen die Preise gleich wieder in die Höhe. (Hört! hört!) Also die Preisgestaltung war lediglich für die Stadt Frankfurt maßgebend. Dann wird die Einfuhr von Fleisch aus den Balkanstaaten erlaubt. Drei Tage nach dieser Erlaubnis brach der Balkankrieg aus. Da muß sich doch jeder fragen: Wachte denn die Regierung gar nicht, was auf dem Balkan vorging? Wenn sie es wirklich drei Tage vor dem Ausbruch des Krieges nicht wußte, dann stellt sie damit unserer Diplomatie

ein außerordentlich kühles Zeugnis

aus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Oder die Regierung hat es gewußt, wie erscheint dann eine solche Erlaubnis! Also entweder die Diplomatie hat verjagt oder sie wußte mehr, als wir allgemein von ihr anzunehmen pflegen (Heiterkeit), und dann ist es noch schlimmer.

Weiter wird dann in der Bekanntmachung die Einfuhr von Schmalzrindern aus den Niederlanden mit besonderer Genehmigung gestattet unter einer Masse Kautelen. Dabei ist Holland gar nicht auf die Einfuhr von Vieh nach Deutschland eingerichtet. Das ist ganz begründet, nachdem wir all unsere Nachbarländer jahrelang in der Weise behandelt haben. Interessant dabei ist: Man verzichtet bei dem Lande, das uns zunächst nichts schaden kann, auf alle Quarantänenvorschriften, die man dem viehreichen Dänemark gegenüber bis auf das letzte Äpfelchen über dem i aufrecht erhalten hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner dürfen wir uns auch aus Belgien Fleisch schicken lassen, einem Industriestaat ersten Ranges, der selbst Fleisch in großen Mengen aus Argentinien usw. bezieht. Also aus all den Ländern, die nichts schaden können, dürfen wir uns Fleisch kommen lassen. Von ähnlichem Wert sind die anderen Bestimmungen, die alle offensichtlich den Stempel der Unvollständigkeit an sich tragen. Daraus kommen noch eine Anzahl Bestimmungen über Tarifermäßigungen, die, soweit Breuzen in Betracht kommt, in denkbar kleinlicher Weise ausgeführt werden. So hat man z. B. dem Berliner Konsumverein mit 65 000 Mitgliedern, der also eine Bevölkerung von gering geschätzt 200 000 Menschen versorgen könnte, diese Vergünstigungen nicht gewährt. Ein solches Vorgehen trägt den

Stempel kleinlicher Geheißigkeit

an sich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die bedeutsamste Maßnahme der Regierung ist die, die auch unserer Zustimmung bedarf und ihren Niederschlag gefunden hat in dem heute mit zur Beratung stehenden Gesetzentwurf. Auch diese Maßregel über die Mitwirkung der Kommunen bei der Fleischversorgung geht lange nicht weit genug. Aber so geringfügig sie ist, so ist sie doch von dem Bund der Landwirte auf das mächtigste angegriffen worden. Die Agrarier sehen schon das deutsche Volk überhäumt mit argentinischem Fleisch, sie sehen die Landwirtschaft überflutet mit Futtermitteln. Diese Furcht ist sehr charakteristisch für die Agrarpolitik des Bundes der Landwirte. Eine Überflutung des Landes mit Futtermitteln würde ein Segen sein für die deutsche Viehzucht. Aber sie wird von den Agrariern bekämpft, um die Viehzucht auch weiter in Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern zu erhalten. Wegen dieser geringfügigen Maßnahme hat die agrarische Presse, vor allem die „Deutsche Tageszeitung“ die heftigsten Angriffe gegen die Regierung geübt und ihr vorgeworfen, daß sie der „demokratischen Hege, die sich auf Abgaben aufbaut“ nachgäbe. Eine solche Rundgebung ist unterföhren von dem Herrn Diederich als Christian Hahn. (Heiterkeit.) Wenn Herr Hahn von demokratischer Hege, die sich auf Abgaben aufbaut, spricht, so ist diese Hege die Not des Volkes, und die Wahrheit, die dagegen aufmarschieren soll, ist der Dr. Diederich Hahn. (Heiterkeit.) Leider erweist die Regierung immer mehr den Eindruck, daß das kaiserliche Kavalier der Schnapphähne des Bundes der Landwirte mehr Einbruch auf sie macht, als der Notfurch des Volkes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Daß das, was geschehen ist, durchaus ungenügend ist, hat die ganze bürgerliche Presse bis zur Rheinisch-Westfälischen Zeitung, mit Ausnahme des kleinen Aufheims in die „Deutsche Tageszeitung“ herum, anerkannt. So spricht die „Frankf. Zeitung“ von zaghaften Halbheiten und verlangt durchgreifende Maßnahmen. Sie schreibt: „Wir begnügen uns nicht mehr mit dem mehr oder minder aufgeklärten Despotismus des Reichskanzlers, der 1911 alles verweigert und 1912 freunblichst einige Brocken gibt. Wir verlangen, daß Deutschland konstitutionell regiert wird. Es kommt jetzt einzig und allein darauf an, daß sich im Reichstag eine geschlossene Mehrheit findet, die sich auf ein Mindestprogramm zur Bekämpfung der Teuerung einigt und mit allen Mitteln der parlamentarischen Macht bis zur Verweigerung des Etats die Regierung zur Verwirklichung dieses Programms zwingt.“ (Abg. Dertel: Hört! hört!)

Ich möchte wünschen, daß die Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei endlich einmal den Mut aufbringen würden, der Regierung die Mittel zu verweigern, dann werden wir sehen, ob die Regierung auch fernerhin die für das Volk so unglückliche Politik des Bundes der Landwirte weiter treibt. Unter den Rundgebungen, die die Maßnahmen der Regierung als ungenügend zurückweisen, weist ich besonders hin auf eine Eingabe der Stadt Berlin, die sich gemeinsam mit 26 Vereinen in diesem Sinne an die Regierung gewandt hat und ziffernmäßig das ganze Unglück dargelegt hat, das aber das Volk gekommen ist. Dabei möchte ich auf einen sehr pikanten Umstand hinweisen. An der Spitze Berlins steht jetzt der frühere Staatssekretär Wermuth und er läuft jetzt als Oberbürgermeister Berlins Sturm gegen die Politik, die er als Staatssekretär mitgemacht und verteidigt hat. Und der Mann, der im Reichstag herauf ist, diese Politik als Staatssekretär zu verteidigen, ist jetzt Dr. Delbrück, der früher als Oberbürgermeister von Danzig gleichfalls Sturm gelaufen ist gegen diese Politik. (Hört! hört! und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen vor allem die

Aufhebung der Lebensmittelzölle,

die in unseren Augen ein schreiendes Unrecht sind. Sie zwingen das Volk zum Darben, sie sind geschaffen, um die Reichen und Wohlhabenden, die zahlen können, von einer höheren Steuerzahlung zu verschonen. Man hat die Lebensmittelzölle nicht nur dazu benutzt, um der Reichtum Mittel zuzuführen, sondern auch um den Reichen und Wohlhabenden noch große Zuwendungen von Millionen jährlich zu machen. Ich weise auf den schließlichen Beweis des Professor Orientano hin, der gar nicht erschüttert werden kann. Orientano hat festgestellt, daß durch die Verzollung von Weizen, Roggen, Hafer und Gerste das deutsche Volk jährlich rund eine Milliarde und dreißig Millionen aufbringt. Von diesen fließen nur 130 Millionen in die Reichskasse und in die Taschen der Großgrundbesitzer mehr als 900 Millionen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Dann verlangen wir die

Beseitigung der Grenzsperrern

unter den notwendigen Kautelen zur Fernhaltung der Seuchen. Auch wir wollen, daß die Landwirtschaft vor einer Seuchenübertragung geschützt wird. Aber wir wenden uns dagegen, daß die Grenzen abgeschlossen werden sollen, um die deutsche Landwirtschaft vor einer ungleichen Konkurrenz zu bewahren. (Sehr wahr! links.) Die Krone setzt allem das System der Einfuhrzölle an. Das wirkt man fortwährend Unterlandlosigkeit vor. Aber das System der Einfuhrzölle bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß unsere Patentpatronen das Fleisch nach dem Auslande billiger liefern können als dem deutschen Volke, und Hunderte von Millionen muß das deutsche Volk alljährlich dafür zahlen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur die arbeitenden Massen, sondern alle Bevölkerungsklassen, die im Dienste des Kapitalismus stehen, werden von dieser Gesetzgebung bis aufs Blut ausgebeutet. Daher fort mit den Zöllen auf Lebensmittel, fort mit den Futtermittelzöllen, fort mit der schändlichen Grenzsperrern, fort mit dem System der Einfuhrzölle und

schließlich so schnell als möglich fort mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes. (Beifall links.)

Die „Vossische Zeitung“, gewiss ein staatsverhaltendes Blatt, hat vor einiger Zeit gemeldet, daß der Landwirtschaftsminister v. Scharlemer auf einer Konferenz über die Fleischsteuerung gesagt hat, er stehe und falle mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Diese Meldung ist in der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht demontiert worden. Aber selbst wenn sie demontiert worden wäre, würde ich darauf nicht viel geben, denn derlei Minister v. Scharlemer hat im Preussischen Abgeordnetenhaus gesagt, daß Veröffentlichungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“, wie man allgemein wisse, etwas an sich hätten. (Hört! hört! links.) Sie haben in der Tat etwas an sich, sie riechen nicht gut, und zwischen den Zeilen schreit es einem förmlich entgegen: mit Vorsicht zu genießen, denn es kommt von der Regierung. (Heiterkeit links.) Der Ministerpräsident will ja auch stehen und fallen mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes, denn er hat im Abgeordnetenhaus ausdrücklich erklärt, daß er einer Aenderung des § 12 niemals seine Zustimmung geben würde. Die beiden größten Minister, Herr v. Bethmann Hollweg und Herr v. Scharlemer (Große Heiterkeit links, Zuruf: Die längsten) klammern sich also an diesen § 12, an einen Paragraphen, gegen dessen Schaffung sich 1890 die Regierung mit Händen und Füßen gestäubt hat. (Stürmisches Hört! hört! links.) Das kann allenmäßig bewiesen werden. (Erneutes Hört! hört! links.) Als der Inhalt des jetzigen § 12 damals vom konservativen Grafen Lindowström beantragt wurde, hat sich der Regierungskommissar mit großer Entschiedenheit gegen diesen Antrag gewendet und erklärt, die Regierung würde sich niemals auf einen Standpunkt hinstellen lassen, der die Bestimmungen des Gesetzes in das gerade Gegenteil verkehrt. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Der Regierungskommissar fügte hinzu, daß der Regierungsentwurf stehe und falle mit der Annahme dieses Antrages der agrarischen Mehrheit. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Er warnte davor, den Bogen zu straff zu spannen, weil man sonst Gefahr laufe, das Gesetz zu Fall zu bringen. Er führte aus, daß in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse möglichst milde Bestimmungen lägen, daß die Fleischmahlung nicht ohne weiteres zu erreichen sei. Er äußerte die gewichtigsten Bedenken dagegen, daß nach Ablauf des Jahres 1903 jede Fleischmahlung so gut wie unbedingt verboten werden solle, und bezweifelte, ob bis dahin die deutsche Landwirtschaft imstande sein würde, unseren gesamten Fleischbedarf zu decken. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Ja, er stellte die Gefahr einer Fleischsteuerung durch ein weitgehendes Einfuhrverbot als naturnotwendige Folge hin. (Stürmisches Hört! hört! links.) Und er legte hinzu, daß die Regierung unter Umständen, wenn die Fleischpreise eine für die Volksernährung gefährliche Höhe erreicht hätten, die Regierung gezwungen sein würde, die Grenzen für die Einfuhr von Schlachtvieh zu öffnen. (Wiederholtes Hört! hört! links.) Das alles also hat damals die Regierung gesagt, aber sie hat umgekehrt und sich nach dem Diktat des Bundes der Landwirte gerichtet. (Sehr richtig! links.) Im Plenum hat dann Graf Pobjadomsky den Standpunkt der Regierung vertreten. Er hat gesagt, daß er bei der damaligen Beratung des Fleischbeschaugesetzes von allen möglichen Dingen gehört habe, aber nichts davon, wozu das Gesetz doch gemacht werde, nämlich vom Interesse des deutschen Volkes. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Die Absicht des Gesetzes war nach dem Grafen Pobjadomsky, dem Volke eines seiner wichtigsten Nahrungsmittel in möglichst gesunder Form darzureichen. (Sehr wahr! links.) So wurde es ja auch dem Volke geschildert: Fleisch sollt Ihr haben, so viel Ihr braucht, aber das Gesetz soll dafür sorgen, daß das Fleisch gut ist. Hier sitzen Hunderte von Abgeordneten, die sich daran erinnern werden. (Zustimmung links.) Graf Pobjadomsky aber mußte als Minister erklären, daß statt dieses wahren Zweckes des Gesetzes andere Interessen in den Vordergrund geschoben worden seien. (Hört! hört! links.) Er konnte eine Denkschrift des Bundes der Landwirte vorlegen, in der ausdrücklich gesagt wurde, daß es dem Bunde der Landwirte nicht um ein Wort um eine Verbesserung des deutschen Volkes mit gesundem Fleisch, sondern um eine Generalprobe für die kommenden Kämpfe um den neuen Posttarif. (Stürmisches Hört! hört! links.) Graf Pobjadomsky konnte dem Herrn v. Wangenheim damals vorhalten, daß er mit seinem Wort von der hygienischen Bedeutung des Gesetzes gesprochen hätte. (Hört! hört!) Graf Pobjadomsky fuhr wörtlich fort: Ich will einmal den theatralischen Vergleich mit der Generalprobe akzeptieren und erkläre im Namen der Verbündeten Regierungen, daß wir für eine derartige Generalprobe oder Straßprobe, wie man in agrarischen Zeitungen gelesen hat, nicht zugänglich sind, sondern nur das tun werden, was wir vor dem deutschen Volke verantworten können. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Daraus geht klipp und klar hervor, daß die Regierung zweifellos ursprünglich die ehrliche Absicht gehabt hat, etwas zu tun, was sie vor dem deutschen Volke verantworten konnte. Aber sie ist dann

vom Bunde der Landwirte gepöpselt

worden, und sie hat etwas getan, was sie vor dem Volke nicht verantworten kann. (Lebhaftes Zustimmung links.) Damals erklärte die Regierung, das Gesetz stehe und falle mit der Annahme der agrarischen Anträge, und jetzt erklären die Herren von der Regierung, daß sie stehen und fallen, nachdem sie diesen Paragraphen geschluckt haben. (Sehr gut! links.) In die Praxis übertragen heißt das: Der Landwirtschaftsminister steht und fällt mit dem § 12 des Fleischbeschaugesetzes, durch den § 12 aber würde es möglich sein, Fleisch nach Deutschland zu schaffen. Ich tausche den § 12 mit dem Herrn Landwirtschaftsminister v. Scharlemer gern ein für so und soviel Doppelzentner gepöpseltes Fleisch. (Stürmisches Heiterkeit. Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn es davon abhängt, daß deutsche Volk mit Fleisch zu versorgen, dann, Herr Landwirtschaftsminister, verschwinden Sie möglichst rasch von der Ministerbank. (Erneute Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist gut, daß mir beim Studium dieser Sachen das Bild von der theatralischen Generalprobe ins Gedächtnis gerufen wurde. Wir wollen dieses vom Grafen Pobjadomsky aufgerufene Wort in die Rassen werfen und werden dem Volke sagen:

Mit Euch spielt man Komödie,

man sagt Euch, man will Eure Gesundheit schonen, und denkt dabei an den eigenen Geldbeutel. (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Man spricht von der Fernhaltung von Fleisch und meint die Fernhaltung gesunder Konkurrenz. (Lebhaftes Zustimmung links.) Auch ein Ministerkollege des Grafen Pobjadomsky, der bayerische Minister v. Craißheim, hat damals erklärt, daß es den bayerischen Agrariern beim Fleischbeschaugesetz darauf angekommen sei, österreichisches Fleisch fernzuhalten, das billiger sei, weil die österreichischen Landwirte billigeren Arbeitskräfte und billigeres Futtermittel hätten, und darum billiger produzieren könnten als die bayerischen Bauern. (Hört! hört! links.)

Run noch eins. Angenommen, Sie würden einmal so verständlich sein und alles das akzeptieren, was wir gegen die Fleischsteuerung verlangen (Heiterkeit), dann bliebe Ihnen immer noch ein Hintertürchen, durch das Sie hindurchschlüpfen können, ein Gesetzesparagraph, mit dem die Regierung jeden Tag die Grenze hermetisch abschließen kann. In das Viehsteuergesetz ist nämlich ein Paragraph hineingearbeitet worden, mit dessen Hilfe die Regierung die Grenze nicht nur gegen Fleisch und Vieh, sondern beinahe gegen jeden Gegenstand, den es auf der Welt gibt, abschließen kann. Auf Grund dieses Paragraphen kann die Regierung nämlich die Einfuhr solcher Gegenstände nach Deutschland verbieten, durch die Bakterien übertragen werden können. Dazu kommt, daß dies Verbot der Einfuhr sich nicht auf Länder zu erstrecken braucht, in denen eine Seuche besteht, sondern für alle Länder angeordnet werden kann, in denen nach den Erfahrungen der letzten Jahre eine Seuche zu erwarten sei. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Run gibt es keinen Gegenstand, der nicht als Träger von Bakterien oder Bakterien in Frage kommen kann, und daher kann

die Regierung ein ganz generelles Verbot erlassen gegen Seuchen, die gar nicht existieren. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Also selbst wenn die Regierung jetzt unseren Forderungen nachkommen würde, und der Sturm der Bundes der Landwirte würde beginnen, es würde zwei Wochen dauern, vielleicht auch drei Wochen, obwohl ich eine solche Stabilität unserer Regierung gar nicht zutraue (Heiterkeit links), dann würde zu diesem Zweckmittel gegriffen und die Bude zugemacht werden. Das ist eben die Folge unserer agrarischen Politik, die die Regierung bedauerlicherweise betreibt. Das deutsche Volk ist förmlich

in einem großen Spinnwebewebe eingezwängt.

Angeht diese Tatsachen können Sie es und nicht verübeln, wenn wir der Regierung auch nicht die geringste Spur von Vertrauen entgegenbringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Bund der Landwirte kam sich auf die Regierung verlassen, er weiß, daß sie ihm zu Willen ist. Wenn wir Sozialdemokraten und mit uns die fortschrittliche Volkspartei und zahlreiche Stadtverwaltungen die Befestigung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes fordern, um dadurch die Einfuhr namentlich von amerikanischem Gefrierfleisch zu ermöglichen, dann tun wir das wirklich nicht aus Begeisterung für dieses Gefrierfleisch, sondern wir tun es notgedrungen, weil die Landwirtschaft das deutsche Volk noch nicht mit Fleisch versorgen kann. (Sehr wahr! links.) Das Volk soll sich satt essen können. Es soll nicht neben der Erbärmlichkeit seiner Wohnungen nun auch noch die Unterernährung haben.

Es ist unklar, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch für die deutsche Viehzucht gefährlich werden könnte. Andere Länder beweisen, daß dies nicht der Fall ist. Es ist unklar, daß dieses Fleisch gesundheitsgefährlich ist. Auch die Stadtverwaltungen haben gegen die durch die Fleischsteuerung hervorgerufene Unterernährung des Volkes jetzt Maßnahmen ergriffen und — ein seltener Fall — nach vielen Jahren hat sich endlich auch Herr v. Heydebrand zu einem Punkt des sozialdemokratischen Programms bekennt. (Heiterkeit.) Auch will den Gemeinden die Pflicht auferlegen, bei der Versorgung ihrer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln mitzuarbeiten. Aber wer A sagt, muß auch B sagen. Wenn Sie, Herr v. Heydebrand, Arm in Arm mit mir (Stürmisches Heiterkeit) dafür eintreten wollen, daß die Gemeinden diese Verpflichtungen erfüllen, dann müssen Sie auch Seite an Seite mit mir Sturm laufen gegen das veraltete Wahlrecht zu den Gemeindevertretungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur eine Gemeindevertretung, die auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt ist, wird in dieser Beziehung Ihren Wunsch erfüllen. (Sehr wahr! d. d. Sog.) Sie sehen, wir sind gar nicht so ängstlich, wir nehmen Ihre Hilfe, wenn es gilt, Sturm zu laufen gegen die liberalen Hochburgen in den Städten. (Heiterkeit.) Aber wir erwarten von den entschiedenen Liberalen auch, daß sie Arm in Arm mit uns Sturm laufen gegen die Hochburg des Herrn von Heydebrand in der Prinz-Albrecht-Straße. Denn darüber besteht kein Zweifel, ein freies Wahlrecht in den Gemeinden ist nur möglich, wenn in Preußen ein anderes Parlament da ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein kleines Wort über

das Verhalten der Fleischermeister.

Wir Sozialdemokraten täuschen uns über die Fleischermeister durchaus nicht, wir wissen, daß sie stets schnell dabei waren, wenn es galt, die Fleischpreise in die Höhe zu setzen, und nur langsam folgten, wenn die Fleischpreise heruntergingen. (Sehr richtig! rechts.) Die Fleischermeister sind im Grunde genommen, was die Schatzmacher in der Großindustrie, sie bezahnen ihre Gesellen sehr schlecht. Wir haben sie trotzdem in Schutz genommen, wenn von agrarischer Seite nach der bekannten Spießbubenart, die „Halte den Dieb“, um die Aufmerksamkeit von sich selbst abzulenken, die Schuld dem Zwischenhandel, den Fleischermeistern in die Schuhe zu schieben versucht wurde. Run sind die Fleischermeister z. B. in Sachen so weitgegangen, zu erklären, sie beschäftigen keinen Gesellen mehr, der sich in den Diensten einer Stadtverwaltung gestellt hat, die in bezug auf die Fleischversorgung des Volkes ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein ganz unerhörtes Verhalten, und ich will hoffen, daß die Fleischermeister noch zur Einsicht kommen, sonst wird der Jörn des Volkes sich gegen sie richten statt gegen die Agrarier. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

An die Regierung und an die Mehrheit des Hauses möchte ich die Ermahnung richten, daß ihre Entschlüsse nicht den Einbruch erwecken möchten, als spielen sie mit der Geduld des Volkes. Das deutsche Volk hat mit Geduld ertragen, was vielleicht kein anderes Kulturvolk erträgt. Rügen sie den Bogen nicht überspannen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das Volk leidet Rot auf Grund der kapitalistischen Produktionsweise. Das Volk darbt in Deutschland noch ganz besonders infolge der agrarischen Gesetzgebung, durch welche die Preise der Lebensmittel noch über die internationalen Preise hinaus in die Höhe getrieben sind. Wir wissen, Sie können keine durchgreifende Hilfe aus den jetzigen Zuständen schaffen, politische Freiheit und Gleichheit, Wohlfahrt für alle können nicht geschaffen, sondern nur der Sozialismus. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber Sie können die schlimmsten Mißstände mildern, indem Sie die Bahn freimachen für die Einfuhr von Lebensmitteln. Die größten Notstände können Sie damit beseitigen. Tun Sie das nicht, machen Sie nicht den Versuch, dem Volke zu helfen — der Schaden meiner Partei wird es gewiß nicht sein. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber es sollte sich hier nicht darum handeln, an die Interessen einer Partei zu denken, sondern jeder, der sich als Volksvertreter fühlt, sollte nach dem Grundsatz handeln: des Volkes Wohl ist das höchste Gesetz. (Anhaltender lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichszentraler von Bethmann Hollweg:

Die Ausführungen des Herrn Vorredners gipfelten in der Forderung nach Einführung der sozialistischen Produktionsverhältnisse, nach Abschaffung unserer Wirtschaftspolitik. Wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) das Volk, für das Sie in so warmen Worten eintreten, in bezug auf die Höhe der Fleischpreise vertrotzeln wollen auf den Eintritt der sozialistischen Produktionsverhältnisse (Gelächter bei den Sozialdemokraten und Heiterkeit rechts), und wenn Sie Hilfe suchen in dem Umfange unserer Wirtschaftspolitik, dann stellen Sie eine Forderung auf, von der Sie wissen, daß sie nicht durchführbar ist. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Jawohl, meine Herren. Wir haben uns über diese Frage ziemlich alle ehrlich unterhalten. Ich habe noch vor einem Jahre die Ehre gehabt, hier vor dem Reichstag ausführlich die Gründe darzulegen, weshalb die Verbündeten Regierungen unsere Wirtschaftspolitik für eine gesunde und Deutschland zuträglich halten. Diese Ueberzeugung ist viel zu fest fundiert, als daß sie von einem auf das andere Jahr ausgegeben werden könnte, und soweit ich die politischen Anschauungen der Mehrheit aus dieses Reichstages kenne, glaube ich, daß die Mehrheit des Reichstages für Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik ist. (Zustimmung rechts.) Run, wenn diese Annahme zutrifft, so ist Ihr Vorschlag, unsere Wirtschaftspolitik abzuschaffen — und das bedeutet doch Ihre Forderung nach Aufhebung der Lebensmittelzölle, Sie können nicht die Lebensmittelzölle aus unserem Wirtschaftssystem einzeln herausgreifen, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts), also wenn Sie, trotzdem Sie wohl wissen, daß die Verbündeten Regierungen an dem Wirtschaftssystem festhalten und getragen werden von der Mehrheit des Reichstages, diese Abschaffung, diese Aenderung der Wirtschaftspolitik fordern, um dem Volk bei den teuren Preisen zu helfen, dann schlagen Sie eben ein untaugliches Mittel vor. Ich kann mir wirklich keinen Nutzen davon versprechen, mich mit Ihnen auch heute wieder ausführlich über

die Gründe auszusprechen, weshalb wir an unserem Wirtschaftssystem festhalten. Aber ich möchte doch auch dem Herrn Abgeordneten Scheidemann und seinen Gefinnungsgenossen hier im Reichstag raten, sich auch einmal Rats zu holen bei den eigenen politischen Gefinnungsgenossen, welche das Studium von Wirtschaftfragen zu ihrer Lebensaufgabe machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Aufgabe in Ihren „Sozialistischen Monatsheften“ (Aha! bei den Sozialdemokraten) — ja gewiß, das ist Ihnen sehr unangenehm: ich habe häufig Freude an den Aufsätzen von Schippel und Galtner. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Oder sind Sie der Ansicht, daß die Herren Reichstagsmitglieder sind? Das behaupten Sie nicht. Diese Herren führen doch Gründe an für die Wirtschaftspolitik, welche weit von dem abliegen, was uns heute der Herr Abg. Scheidemann vorgebracht hat. Der Herr Abg. Scheidemann sagte heute: die Lebensmittelzölle und die Getreidezölle wären eingeführt, um die Taschen einzelner Großgrundbesitzer zu füllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Run, wie können Sie vor dem Deutschen Reichstag eine so kleine Auffassung vertreten! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wissen Sie, daß wir zu der Zeit, wo wir von dem Freihandel zu dem Schutzollsystem übergegangen sind, unter einer Krise in der Landwirtschaft gelitten haben, wie wir vielleicht keine andere Krise in der Industrie jemals erlebt haben und daß es notwendig gewesen ist, der nationalen Produktion einen Schutz angedeihen zu lassen, um über die Krise überhaupt hinwegzukommen. (Hört! hört! rechts.) Und da behaupten die Herren, die Zölle seien eingeführt, um einzelnen Grundbesitzern zu dienen. Das ist, verzeihen Sie, eine etwas oberflächliche Beurteilung der Dinge. (Beifall rechts — Lachen links.) Sie fordern weiter, wir sollten die Grenzen öffnen, soweit es mit dem Veterinärschutz irgendwie vereinbar sei. Bei der Besprechung dieses Punktes hat Abg. Scheidemann seine sarkastische Kritik daran geübt, daß wir die Grenze auch gegen die Balkanstaaten weiter geöffnet haben wie bisher, und hat die billige Bemerkung daran geknüpft, daß wir doch während eines Krieges von den Balkanstaaten kein Fleisch bekommen könnten. Wie sind in der Öffnung der Grenzen so weit gegangen, wie es unsere Verantwortung bezüglich des Seuchenschutzes überhaupt zuläßt, und wir haben die Öffnung auf alle uns umgebenden Länder ausgedehnt. Wenn wir aus den Balkanländern wegen des Krieges, aus den Niederlanden aus anderen Gründen kein Fleisch bekommen können, so liegt das eben an den realen Verhältnissen. Aber wir haben, abgesehen von Frankreich, wo wir es wegen der Maul- und Klauenseuche nicht tun können, überall die Erleichterungen geschaffen, wo es nur möglich war. Kennen Sie mir doch europäische Länder, wo wir es noch hätten tun können. Dann belagern Sie sich darüber, daß unsere Grenzen gegen die Einfuhr von frischem Fleisch durch die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes zu stark eingeschränkt seien. Abg. Scheidemann hat bei der Erörterung der Entstehungsgeschichte des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zurückgegriffen auf Verfügungen, die der damalige Staatssekretär des Innern, Graf Pobjadomsky, hier gemacht hat. Ich möchte auf diese Ausführungen des Abgeordneten Scheidemann mit folgender Bemerkung erwidern: Wir haben durch die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes tatsächlich dem deutschen Volke einen großen sanitären Schutz gewährt, einen großen und gleichzeitig einen der kostspieligsten. (Hört! hört!) Ich glaube, durch diese Bestimmungen werden wir etwa um 30 Millionen belastet. Auf den sanitären Schutz werden Sie ja nicht verzichten wollen. Sie werden es aber auch nicht der Verhandlung zumuten können, das inländische Fleisch schärfer zu behandeln als das auswärtige. (Sehr richtig! rechts.) Das wäre doch eine Ungerechtigkeit, und Sie wollen doch immer eine gerechte Politik vertreten. In der engsten Verbindung mit dem Fleischbeschaugesetz steht natürlich das argentinische gefrorene Fleisch. Der Abg. Scheidemann hat die Meinung ausgesprochen, er würde den § 12 des Fleischbeschaugesetzes gern preisgeben, wenn er dem deutschen Volke unbegrenzt Fleisch aus dem Auslande zuführen könnte. Ich glaube damit — abgesehen von der heimerpersönlichen Färbung (Heiterkeit) — daß der Abg. Scheidemann das Richtige getroffen hat. Bei der Frage des Gefrierfleisches wird man sich darüber klar werden müssen: wollen wir das Ziel weiter verfolgen, unser Volk aus der Produktion der eigenen Landwirtschaft mit Fleisch zu versorgen, oder wollen wir dieses Ziel aufgeben. (Sehr richtig! rechts.) Sie können nur das eine oder das andere. (Sehr wahr! rechts und im Zentrum.) Run behauptet der Abg. Scheidemann, es wäre erwiesen, daß die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk nicht mit dem nötigen Fleisch versehen könne. Ich wäre dankbar, wenn der Abg. Scheidemann einmal diesen Beweis wirklich liefern wollte. Ich kenne diesen Beweis nicht, und ich möchte dieser Behauptung des Abg. Scheidemann folgendes entgegenhalten: es steht fest, daß es der deutschen Landwirtschaft gelungen ist, den eigenen Fleischbedarf des Inlandes in immer erhöhtem Maße aus der eigenen Produktion zu decken. (Sehr richtig! rechts; lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Und es ist das der deutschen Landwirtschaft gelungen, obwohl die Bevölkerungszahl stark gewachsen ist, und obwohl der Fleischbedarf an Quantität und Qualität sehr stark gestiegen ist. (Hört! hört! rechts und im Zentrum.) Der Abg. Scheidemann hat weiter gemeint — es finden sich ja manchmal Uebertreibungen in seinen Ausführungen (Heiterkeit rechts) —, für den deutschen Arbeiter sei das Fleisch ein Lederbissen. Der Abg. Scheidemann hat dem Landwirtschaftsminister von Scharlemer, der inzwischen hier erschienen ist und dessen eventuellen Ausführungen ich nicht vorgehen möchte, Unkenntnis mit den tatsächlichen Lebensverhältnissen vorgeworfen. Gestatten Sie, daß ich bezüglich dieser Behauptung des Abg. Scheidemann ihm den Wortwurf zurückgebe. Wenn Sie wirklich der Ansicht sind, daß unsere deutschen Arbeiter so schlecht gestellt seien, daß für sie das Fleisch nur ein Lederbissen ist, dann sind Sie wirklich mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vertraut. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten; Sehr richtig! rechts.) Es ist unrichtig, daß der deutsche Arbeiter in keinem Maße Fleisch als Nahrungsmittel nicht braucht. Daß er bei den gegenwärtigen Fleischpreisen sich in sehr empfindlicher Weise einschränken muß, bedauere ich genau so wie Sie; das geht aber nicht nur dem Arbeiter, das geht weit in den Mittelstand hinein so. (Lebhaftes Zustimmung rechts.) Aber Sie können sich nicht einer solchen Uebertreibung schuldig machen, daß Sie die Verhältnisse so darstellen, als nagten unsere Arbeiter am Hungertuch und könnten niemals Fleisch auf ihren Tisch stellen. Das ist nicht wahr. (Sehr richtig! rechts; große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ich kenne das Volk auch; ich gehöre ebenso zum Volke wie Sie. Die Herren von der Sozialdemokratie haben sich gewöhnt, sich als alleinige Vertreter des Volkes hinzustellen. Das sollten sie sein lassen. Wir gehören alle zum deutschen Volke, sowohl die Herren, die auf der rechten Seite des Hauses sitzen, wie die in der Mitte, wie die auf der linken. Mit diesen Geschichten, bitte, kommen Sie mir nicht. (Lebhaftes Zustimmung rechts und im Zentrum; Unruhe links.)

Einfuhr von Gefrierfleisch

müssen wir uns darüber klar werden: Wollen wir unser Volk aus eigener Kraft mit Fleisch versorgen oder fremdes Fleisch schrankenlos hereinlassen? Run behauptet der Abg. Scheidemann, er habe nachgewiesen, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch der eigenen landwirtschaftlichen Viehzucht nicht schaden würde, das sei in anderen Staaten nachgewiesen. Das ist das einzige, was er zur Begründung seiner Ansicht vortrug. Das ist in keiner Weise nachgewiesen. Ich kann mir gar nichts anderes vorstellen, als daß, wenn wir Gefrierfleisch in großen Massen hereinlassen, die deutsche Viehzucht geschädigt werden muß. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Und namentlich die deutsche Schweinezucht, die zu 75 Proz. von den mittleren und kleinen Haushaltungen unterhalten wird, den Haushaltungen bis zu 30 Schaf,

Das würde eine kolossale Schädigung unserer kleinen Landwirtschaft zur notwendigen Folge haben. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Sie sind ja selber auf der linken Seite der Ansicht, der ich voll zustimme, daß eine unserer Hauptaufgaben ist, die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe zu stärken und zu vermehren. Wenn Sie das tun wollen, können Sie nicht in demselben Augenblick denjenigen Zweig des landwirtschaftlichen Betriebes schädigen, aus dem gerade die kleinen Landwirte den größten Teil ihrer Vereinnahmungen haben und damit die Viehzucht gefährden. (Sehr richtig! rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das tun, spannen Sie ein Pferd vor und eines hinter den Wagen. (Sehr richtig! rechts. Unruhe links.) Ich bin der Ansicht, daß die Viehzucht derjenige Zweig der Landwirtschaft ist, der mit allergrößter Vorsicht zu behandeln ist, und wir sollen sehr vorsichtig sein, unsere Landwirtschaft nicht einer übermächtigen großkapitalistischen Konkurrenz des Auslandes aussetzen, einer Konkurrenz, die mit sehr viel geringeren Kosten produziert und damit das Fundament unserer Landwirtschaft in Frage stellt. Das ist ein Weg, den ich nicht gehen werde, und ich glaube, daß, wenn die Regierung nicht entschlossen auf diesem Wege schreiten würde, würde sie an den Wurzeln unserer Landwirtschaft nagen und damit einen verhängnisvollen Fehler begehen. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Der Fehler würde sich schnell rächen am ganzen deutschen Volke. (Lebhaftes Bravo! rechts und in der Mitte.) Ueber die

Aufhebung der Futtermittelzölle

habe ich im vorigen Jahre eingehend gesprochen. Ich will das Besagte nicht wiederholen und nur auf das folgende hinweisen: Im vorigen Jahre litten wir unter einer Futternot in Deutschland, in diesem Jahre haben wir eine gute Futterernte gemacht. Im vorigen Jahre war die ausländische Ernte in Futtergerste und Mais gering, in diesem Jahre ist sie gut. Wir haben eine Rekord-ernte an Mais gehabt, so daß die Preise normal geworden sind. Wenn ich im vorigen Jahre mich gegen die Aufhebung oder Suspension der Futtermittelzölle habe ausgesprochen müssen, so muß ich es in diesem Jahre, wo die Verhältnisse für die Landwirtschaft verhältnismäßig günstig sind, in dieser Beziehung in doppelter Weise tun. (Lebhaftes Hör! Hör! bei den Sozialdemokraten und Weisfall rechts und in der Mitte.)

Auch was der Abg. Scheidemann über die Einfuhrscheine sagte, habe ich im vorigen Jahre eigentlich beantwortet. Ich glaube nicht, daß sich diese Dinge in der Weise abmachen lassen, wie es der Abg. Scheidemann getan hat, daß es uns viele Millionen an Zöllen kosten würde. Die Einfuhrscheine dienen den Interessen namentlich des Ostens, nicht den landwirtschaftlichen, sondern gerade den Handelsinteressen, die mit den Einfuhrscheinen aufs engste verknüpft sind. Bei dieser Gelegenheit können Sie eine einfache Aufhebung der Einfuhrscheine unmöglich verlangen, das würde uns in keiner Weise zum Ziele führen. Auch an den praktischen Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben, hat der Abg. Scheidemann scharfe Kritik geübt, sie wären als unzulänglich erwiesen. Er hat aber selber zugegeben, daß die gegenwärtigen Zuerzeugungverhältnisse leider von internationalen Charakter sind. Sie finden sich in allen Ländern, allen Nachbarstaaten, in Europa, Amerika, Kanada und Südamerika. Sie finden überall ein merkwürdiges Ansteigen aller Lebensmittel- und Fleischpreise, gleichviel unter welchen wirtschaftlichen Systemen die einzelnen Länder stehen. Die gegenwärtige Teuerung der Fleischpreise ist im übrigen wesentlich auf elementare Ereignisse zurückzuführen, auf die Teuerung des vorigen Jahres, die Maul- und Klauenseuche. Wir sind dem gegenüber allerdings in den Abhilfemaßregeln beschränkt. Wir können unmöglich den Zuerzeugungszuständen, die zum Teil auf allgemeinen Ursachen beruhen, ein Ende machen. Immerhin aber haben wir eine Abhilfe zu finden in dem Erfuchen um die Mitarbeit der Kommunen. Wir glauben darin ein Mittel zu finden, das geeignet ist, auf eine Stabilisierung der Fleischpreise hinzuwirken. Wir haben uns an die Kommunen nicht gewandt, wie in der fortgeschrittenen Presse gesagt wurde, um von uns eine Aufgabe abzuschieben.

Wir sind nicht von ungefähr auf diese Idee gekommen. Weit- ständige große Kommunalverwaltungsgenossen haben ihrerseits, bevor irgend eine Anregung von seiten der Regierung gegeben worden ist, es für ihre Aufgabe angesehen, durch eigene Maßnahmen auf eine Herabdrückung der Fleischpreise hinzuwirken. Ich darf hier die Namen der Städte Elm, Köln u. a. nennen. In diesen Städten ist es praktisch erreicht worden, daß es durch eine Tätigkeit der Kommunen möglich ist, auf das Niveau der Fleischpreise einzuwirken. Und wenn wir uns im allgemeinen an die Kommunen gewandt haben, dem Beispiel dieser Städte nachzufolgen, so sind wir einen Weg gegangen, der durch tatsächliche Erfolge, die bereits erzielt waren, praktisch vorgezeichnet ist. Erfolge sind damit un- zweifelhaft erzielt worden. Es haben rund 70 deutsche Städte von den Erleichterungen der Einfuhr von Fleisch und Vieh Gebrauch gemacht, und an allen Stellen ist nachgewiesen worden, daß die Fleischpreise sich gesenkt haben, zum Teil in sehr bedeutender Weise. Die Kommunen haben sich zunächst auf die Einfuhr von ausländischem Vieh geworfen. Ich bin aber der Ansicht, daß es durchaus notwendig ist, daß die Kommunen einen Zusammenhang herzustellen suchen mit der inländischen Landwirtschaft. (Sehr richtig! rechts.) Daß der Weg vom Produzenten zum Konsumenten ein langer ist und sich im Laufe der Zeit immer mehr verlängert hat, ist eine Tatsache, die bekannt ist und seit Jahren in den beteiligten Kreisen besprochen wird. Wir hoffen, durch die Enquetekommission, die einberufen worden ist, auch in dieser Frage auf theoretische Weise mehr Licht hineinzubringen. (Weisfall.) Ausschlaggebend aber würde ich es halten, wenn die Kommunen praktische Versuche machen würden durch Abschluß mit landwirtschaftlichen Organisationen über eine mehrjährige Lieferung von Fleisch und Vieh, um eine Stabilisierung der Preise herbeizuführen, deren wir gegenwärtig ermangeln. Und wenn ich auf der einen Seite den deutschen Kommunen, welche in tatkräftiger Weise eingegriffen haben, meinen Dank auch von dieser Stelle aus ausspreche, so ver- zeihle ich mit diesem Dank die Bitte, daß sie in der von mir be- zeichneten Richtung, nämlich nach Verproviantierung der Städte durch ein direktes Inbenedimenten mit landwirtschaftlichen Or- ganisationen ein weiteres tun möchten. (Weisfall rechts.)

Diesem selben Zwecke, die Tätigkeit der Kommunen zu unter- stützen und zu erleichtern, dient der Gesetzentwurf, den wir Ihnen vorgelegt haben, und um dessen Annahme ich Sie bitte. Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf nicht um eine Zollherabsetzung oder um eine Zollsuspension, sondern es handelt sich darum, den Städten, welche durch eigene Aktion auf eine Besserung des Fleisch- marktes hinzuwirken wollen, in der teilweisen Milderung von Zoll eine sekundäre Hilfe von seiten des Reiches zu gewähren und ich hoffe, daß auch diejenigen Herren von der rechten Seite, welche Ver- denken gegen einen derartigen Vorschlag gehabt haben, die Be- deutung des Gesetzentwurfes in der Weise erkennen werden, wie ich es eben präzisieren habe, und auch ihrerseits dem Gesetzentwurf Ihre Zustimmung erteilen werden.

Wir erkennen von seiten der Regierung vollkommen an, daß es und unmöglich ist, eine Teuerung, die auf internatio- nalen Erscheinungen beruht, zu beseitigen. Wir sind aber noch wie vor der Ansicht, daß wir der Verletzung des deutschen Volkes durch die inländische Produktion als etwas Notwendiges auf- recht erhalten müssen, sowohl im Interesse unserer politischen Un- abhängigkeit, als auch im Interesse einer Stärkung und einer Stärk- erhaltung unserer Landwirtschaft, daß wir deshalb alle Aktionen ablehnen müssen, welche die Sicherheit der deutschen Landwirtschaft gefährden können. Ich kann den deutschen Reichstag nur bitten, daß er auf dem Wege, den er bisher eingeschlagen hat, in dem deutschen Bauernhande, in der deutschen Landwirtschaft ein festes Fundament unseres Staates zu sehen, fortfahren möge, und daß er auch in diesem Sinne seine Beschlüsse zu der gegenwärtigen Interpellation fassen möge. (Leb- hafter Weisfall rechts. Starres onhaltendes Nicken bei den Sozial- demokraten.)

Auf Antrag Baffermann wird die Besprechung der Inter- pellation und auf Antrag Sebel in Verbindung damit die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend vorübergehende Zoll- erleichterung bei der Fleischzufuhr beschlossen.

Der Reichstag wolle beschließen: Die Behandlung der Teuerungfrage durch den Reichstagler entspricht nicht den Anschauungen des Reichstages, insoweit der Reichstagler nicht die Dehnung der Grenzen zur Einführung von Schlachtvieh veranlaßt hat, insoweit er nicht die Suspension der Zölle auf Schlachtvieh, Fleisch und Futtermittel ver- langt, insoweit er nicht die vom Reichstag am 20. März 1912 ge- forderte Veränderung des Gesetzes betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau in die Wege geleitet hat, um die Einfuhr von Gefrierfleisch zu ermöglichen, insoweit er erklärende Maßnahmen für Schlachtvieh- und Fleischbesuch nur für bestimmte Arten von Gemeinden eingeführt hat.

Vizepräsident Dove: Da ich nicht übersehen kann, ob von den 71 Unterzeichnern des Antrages 30 anwesend sind, stelle ich für den Antrag die Unterstufungsfrage.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Abg. Wiesberts (Z.): Es war mir nicht verhandlich, warum die Sozialdemokraten in Vagen ausbrechen, als der Reichstagler die „Sozialistischen Monatshefte“ erwähnte, zumal doch eine ganze Reihe angesehener Sozialdemokraten an diesem Blatte mitarbeiten, das auch von uns immer mit großem Interesse ge- lesen wird. — Gegen die Tatsache der Teuerung und der Einschränkung des Fleischkonsums in der Arbeiterbevölkerung darf man den Kopf nicht in den Sand stecken, denn unter der mangel- haften Ernährung leidet auch die Gesundheit des Volkes. Herr v. Heubrand hat im Landtag vorgeschlagen, daß von landwirtschaftlicher Seite mit großen Städten langfristige Verträge zur Lieferung billigen Fleisches abgeschlossen werden sollen. Das ist ein erfreuliches Zeichen, daß auch die Landwirt- schaft jetzt bereit ist, praktisch mitzuarbeiten. — Eine der Haupt- ursache der Teuerung ist die Steigerung der Produktionskosten der Landwirtschaft. Dazu kommen die Kosten der Fleischbeschau und ähnliches. Die Maßnahmen der Regierung hätten besser gewirkt, wenn sie früher gekommen wären. Die Beseitigung der landwirtschaftlichen Zölle wäre der Ruin der deutschen Landwirtschaft und damit auch eine schwere Schädigung der Arbeiter. Ich nehme daher diese Forderung der Sozialdemokraten nicht sehr ernst, man will offenbar nur das Prinzip betonen. — Die Verringerung des § 12 des Fleischbeschau- gesetzes wäre bedenklich, solange der Beweis nicht erbracht ist, daß auch dann noch die Gewähr geboten ist, die Lieferung ver- dorbenen Fleisches unmöglich zu machen. Die Zulassung des argentinischen Fleisches würde uns in erhöhtem Maße bei dem Fleischkonsum vom Ausland abhängig machen. Man könnte sagen: das ist gleichgültig, dafür haben wir wenigstens billiges Fleisch. Aber das ist falsch, denn sobald das Ausland merkt, daß wir von ihm abhängig sind, wird es selbstverständlich die Preise erhöhen. Dafür, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage sei, den einheimischen Bedarf zu decken, hat Herr Scheide- mann einen Beweis nicht erbracht. Das kann man nur behaupten, wenn man geleitet ist vom einseitigen Haß gegen den Schutz Zoll. (Sehr wahr! rechts.) Daß die Landwirtschaft diese Aufgabe erfüllen kann, ist nur eine Frage der Rentabilität und eines bestimmten gesunden Schutzes. Die Bauern haben an hohen Preisen gar kein Interesse, wohl aber an stabilen Preisen, die ihre Produktionskosten decken. Das Einfuhrschutzesystem in seiner heutigen Ausdehnung ist allerdings bedenklich, es wird zum mindesten eingeschränkt werden müssen. Zu beurteilen ist auch die sehr teilweise aufkommende Viehwirtschaft. Die Landwirt- schaft muß vielmehr ihr Möglichstes tun, damit sie auch in Zukunft in der Lage bleibt, trotz der Steigerung der Bevölkerung Deutsch- land mit genügendem Fleisch zu versorgen. Nur zu diesem Zwecke wird ihr der Zollschutz gewährt. Seit 1905 reden wir von der Fleischteuerung. (Abg. Gothein: Und es ist immer schlimmer geworden!) Das liegt vielleicht daran, daß man die Frage viel zu sehr von parteipolitischen Gesicht- punkten aus behandelt hat. Es handelt sich aber um eine Lebensfrage der Nation, die jenseits der parteipolitischen Gegen- sätze liegt. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Weissenböck (L.): Der deutschen Landwirtschaft wird der Vorwurf, sie sei schuld an der gegenwärtigen Teuerung, zu Unrecht gemacht. Ebenso ist es eine unrichtige Behauptung, die deutsche Landwirtschaft sei nicht in stande, die deutsche Bevölkerung zu ernähren, sie hat vielmehr dem zunehmenden Konsum, der zu- nehmenden Bevölkerung und jeder Veränderung der Geschmacks- richtung in vollem Maße Rechnung getragen. (Zustimmung rechts.) Die schlechte Futterernte des Vorjahres hat die Landwirtschaft weit mehr geschädigt, als die vorübergehende Steigerung der Fleischpreise die Konsumenten. Der einheimische Kon- sum kann am sichersten nur gestärkt werden durch die einheimische Viehproduktion. (Sehr richtig! rechts.) Aber in einer Zeit, wo alle Preise steigen, wo die Gehälter der Beamten erhöht werden, kann man von der Landwirtschaft nicht verlangen, daß sie nicht auch trotz erhöhter Produktionskosten die Preise erhöht. (Sehr richtig! rechts.) Daß die Regierung eingegriffen hat, um der Bevölkerung über eine Krise hinwegzuhelfen, billigen wir; doch bedauern wir, daß die Maßnahmen der Kommunen der ausländischen, nicht der inländischen Viehproduktion zugute gekommen sind. (Zustim- mung rechts.) In dem vorgelegten Gesetzentwurf erblicken wir einen Einbruch in den Zolltarif von 1902 und lehnen ihn deshalb ab. (Zustimmung rechts.) Daß die Regierung einer Abende- rung des Fleischbeschaugesetzes nicht zustimmt und die Einführung von Gefrierfleisch ablehnt, billigen wir. — Futtermittelzölle haben wir nicht, die sogenannten Futtermittelzölle sind Getreide- zölle. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Wittger (natl.): Die Tendenz der Interpellation, unsere Schutzpolitik zu durchbrechen, machen wir nicht mit. Unsere nationale Wirtschaftspolitik hat sich durchaus be- währt. Die Behauptung, daß die Teuerung eine vorübergehende ist, hat sich allerdings durch die Tatsachen als unrichtig er- wiesen. Mit den Abhilfemaßnahmen hätte die Regierung nicht so lange zögern sollen. Wir billigen die getroffenen Maßnahmen als Ausnahmezustände. Doch sollten auch kleinere Städte, in denen das Bedürfnis vorhanden ist, berücksichtigt werden. Die Be- frachtung, daß wir mit den Maßnahmen einer zu weitgehenden sozialistischen Kommunalpolitik die Wege ebnen, teilen wir nicht. Die Frage der Futtermittelzölle hat keine akute Bedeutung. Die Hauptfrage ist für uns die Kräftigung des heimischen Marktes. Wir wollen nicht wie England zu einem großen Prozentsatz in der Fleischversorgung vom Ausland abhängig sein. Eine Milderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes zugunsten des argentinischen Gefrierfleisches lehnen wir ab. Durch die Konkurrenz dieses ausländischen Fleisches müßte unsere einheimische Landwirtschaft schwer geschädigt werden. Wir müssen vielmehr die Vieh- und Fleischproduktion im Inland heben und die Preisbildung gesünder gestalten. Große Bedeutung legen wir auch der inneren Koloni- sation bei; das Fideikommisswesen muß eingeschränkt werden. Wir stimmen für alle Maßnahmen zur Hebung der Bodenkultur, lehnen aber jede Durchbrechung der jetztigen Schutzpolitik ab. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Das Haus verläßt sich.

Abg. Baffermann (natl.) (zur Geschäftsordnung): Der Antrag der Sozialdemokraten zur Interpellation läßt durch seine Fassung erheblichen Zweifel über seine Zulässigkeit aufkommen. Ich möchte deshalb meinen Widerspruch dagegen ankündigen, ohne daß heute eine Abstimmung darüber zu erfolgen braucht.

Der Antrag enthält eine längere Spezialisierung oder Be- gründung, dann man könnte ebensogut statt des Wortes „soweit“ stehen „weil“. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir solche Begründungen, Spezialisierungen zulassen, so könnte das zu den erheblichsten Konsequenzen führen. Zum Beispiel könnte bei der Interpellation zur auswärtigen Politik ein vollständiges Pro-

gramm für die auswärtige Politik auf diese Weise zur Abstimmung gebracht werden. So war die Sache nicht gemeint. Es kann Trennung der Abstimmung nach den einzelnen Punkten verlangt werden, und wir kommen so zu einem ganzen Konglomerat von Abstimmungen, während ursprünglich nur daran gedacht war, daß durch solche Anträge festgestellt werden soll, ob die Behandlung des Gegenstandes der Interpellation durch die Regierung den An- schauungen des Reichstages entspricht oder nicht entspricht, also ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum in gemildeter Form.

Abg. Haase (Soz.)

Ich halte diese Zweifel nicht für begründet. Die Interpellation besteht aus vier Teilen. Der Antragsteller hätte ebensogut jeden Teil in Form einer eigenen Interpellation einbringen können und dann hätte sich an jede dieser vier Interpellationen ein solcher Antrag knüpfen können. Herr Baffermann hat zwei verschiedene Gesichtspunkte vermischt. Es handelt sich in unserem Antrag nicht darum, daß wir für das Mißtrauensvotum — um es einmal kurz so zu nennen — eine Begründung im einzelnen geben wollen, son- dern um eine Spezialisierung, inwieweit wir mit den Anschauungen des Reichstagesler nicht einverstanden sind. Nun ist zwischen Spezialisierung und Begründung ein Unterschied. Eine Spezialisierung kann in vielen Fällen eine Einschränkung dar- stellen, und es liegt doch gerade im Interesse des Hauses, daß es klar seine Meinung der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck bringt, ob es ihr Vorgehen in vollem oder beschränktem Umfange billigt oder mißbilligt. Ich verweise auch darauf, daß die ver- stärkte Geschäftsordnungskommission einmütig als ihre Meinung ausgesprochen hat, daß die Worte „entspreche“ oder „entspreche nicht“ das Vorgehen der Regierung den Anschauungen des Reichs- tages, nicht gebraucht werden müßten, wenn ein solcher Antrag ge- stellt werde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baffermann (natl.): Es genügt mir, meinen Widerspruch erhoben zu haben, damit diese schwierige Frage jetzt einmal ge- prüft wird.

Abg. Graf Westarp (L.): Es rächt sich jetzt eine Unterlassungs- sünde der Parteien, die diese Bestimmung in die Geschäftsordnung aufgenommen haben. Wir haben feinerzeit ausdrücklich auf diese Folgen aufmerksam gemacht. (Sehr richtig! rechts.) Aus dem Wortlaut der Bestimmung in der Geschäftsordnung müssen wir die Zulässigkeit des Antrages folgern. (Hör! hör! bei den Sozial- demokraten.) Wenn die Parteien, die diese Bestimmung getroffen haben, sie jetzt im Sinne des Abg. Baffermanns interpretieren wollen, so werden wir das gern unterstützen.

Abg. Dr. Franck (Soz.)

Die Auffassung des Abg. Baffermann hätte zur Folge, daß nach Interpellationen lediglich eine Abstimmung über die Ge- samtspolitik des Reichstagesler möglich wäre. Nun kann es sehr wohl Zeiten geben, in denen sich die sozialdemokratische Fraktion erlauben wird, sich auf diese allgemeine Formel in einem Antrage zurückzuziehen, aber bei dem zur Verhandlung stehenden Thema besteht ein Interesse, darin festzustellen, inwieweit ein- zelne Handlungen oder Unterlassungen der Regierung vom Reichstag gebilligt werden oder nicht. Ich verstehe nicht, weshalb man in unsere Geschäftsordnung etwas hineinlegen will, was nicht darin steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo- kraten.) Unser Antrag hält sich in den Grenzen des Inter- pellationsrechts und ist daher zulässig.

Abg. Gröber (Z.): In der Geschäftsordnungskommission be- stand volle Übereinstimmung darüber, daß sich an Interpellationen nicht eine Abstimmung sollte anschließen können über einzelne Re- gierungshandlungen oder Unterlassungen, sondern nur über die Gesamtpolitik der Regierung in einer bestimmten großen Frage. Dann aber müssen wir eine solche Spezialisierung, wie sie der sozialdemokratische Antrag enthält, vermeiden. Es ist richtig, daß eine formelle Festlegung darüber, in welcher Form der Reichstag seiner Ansicht über die Haltung der Regierung zum Ausdruck bringen darf, und wie ich sie beantragt hatte, nicht erfolgt ist, und zwar gerade durch die Stimmen der Partei des Herrn Baffermann. (Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (Soz.)

Auch wir wollen, daß der Reichstag unter Umständen in einer großen Frage eine möglichst geschlossene Kundgebung abgeben kann. Aber damit ist uns nicht die Möglichkeit verschlossen, in einer Sitzung wie der jetzigen Stellung zu nehmen dazu, wie weit wir in sachlicher Beziehung von der Regierung differieren. Man muß schon die Debatte oder, besser gesagt, das Sprungvermögen des Herrn Baffermann (Heiterkeit) besitzen, um aus unserem Antrag eine Begründung herauszuleiten, während wir nur zum Ausdruck bringen wollen, „inwieweit“ wir mit dem Reichstagler in dieser Frage nicht einverstanden sind. Ich glaube, diese Aussprache wird schon genügt haben, um die Zulässigkeit der Form unseres Antrages zu beweisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Baffermann (natl.) hält seine Behauptungen aufrecht, daß in dem Antrag statt „inwieweit“ ebensogut „weil“ gesagt werden könne. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Die Frage, inwieweit spezifiziert werden darf, ist ebenso schwierig wie wichtig. Wir haben feinerzeit gerade darauf hingewiesen, daß die Einbringung solcher Anträge zu einem generellen Vertrauens- oder Mißtrauensvotum führen werde. In dieser Befürchtung hat und die heutige Debatte nur bestärkt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Fortsetzung der Besprechung der Interpellation, Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Die staatsgefährliche Totenfeier.

Zu einer Ehrung für unsere toten Vorkämpfer und Genossen hatten sich am Totensonntag die Genossen und Genossinnen von Striegau und Umgebung in einem dortigen Lokal recht zahlreich eingefunden. Noch bevor die Versammlung eröffnet war, wurde dem Einberufer, Genossen Langner, ein mit dem Siegel des Amtsanwalts des Amtsgerichts Striegau ver- schlossener Brief folgenden Inhalts übergeben:

Amtsanwalt Striegau, 24. November 1912.
Nr. 531/12.

An Herrn Kolporteur Langner

Hier als Einberufer der heutigen öffentlichen Versammlung im „Fürst Wäcker“ oder seine Vertreter.

Da ein gewisser Verdacht vorliegt, daß die öffentliche politische Versammlung im Fürst Wäcker eine Zuwiderhand- lung gegen die Gesetze in sich schließt, ersuche ich um Enträumung eines Platzes in der Versammlung.

Mein Anspruch stützt sich auf § 144² Gerichtsverfassungsgesetzes.

b. Martins, Amtsanwalt.

Im das sonderbare Schreiben des Amtsanwalts Besser verstehen zu können, sei hier gleich der von ihm zitierte § 144² des Gerichts- verfassungsgesetzes wiedergegeben:

„Ein unzuständiger Beamter der Staatsanwaltschaft hat sich denjenigen innerhalb seines Bezirks vorzunehmenden Amtshand- lungen zu unterziehen, in Ansehung welcher Gefahr im Verzuge obwalte.“

Der mit dem Sekretar betraute Reichstagsabgeordnete Genosse Feldmann-Langenbielau machte dem gesetzgebenden Amts- anwalt zunächst auf den § 13 des Reichsvereinsgesetzes aufmerksam, wonach die Polizeibehörde nur zwei Beauftragte in eine Ver- sammlung schicken darf. Da zwei Uebervachende schon anwesend waren, lehnte er die Enträumung eines Platzes für den Herrn Amts- anwalt ebenso höflich wie energisch ab. Dagegen lud er ihn ein, als Privatperson der Versammlung beizuwohnen. Zunächst wollte der Amtsanwalt auf Grund des Gerichtsverfassungsgesetzes seine

Ansicht über sein amtliches Verbleiben im Versammlungsbüro aufrechterhalten. Man dürfe einen Beamten an der Ausübung seines Amtes nicht hindern. Es könnte eine Demonstrationsversammlung gegen den Krieg sein, wie solche in der letzten Zeit wiederholt stattgefunden haben und außerdem könnten Angehörige des Verlaubtenstandes in der Versammlung anwesend sein.

Es bedurfte erst längerer Hinweise auf das Reichsvereinsgesetz durch den Genossen Feldmann, ehe der Amtsanwalt erklärte, daß er sich in seinen Voraussetzungen getäuscht habe und seiner Wege ging. Dann erst nahm die Versammlung ihren Anfang und nahm einen musterhaften Verlauf.

Nach dieser Probe braucht man sich über manche Beurteilungen wegen Uebertretungen des Reichsvereinsgesetzes wahrlich nicht mehr wundern.

Gemeinbewahlen.

Miel, 27. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“). Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen fielen von sieben zu besetzenden Mandaten vier der Sozialdemokratie zu. Die Sozialdemokratie brachte im ganzen 11 600 Stimmen auf, die Bürgerlichen 8100 Stimmen. Wegen der erfolgten Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von 36 auf 48 finden morgen Donnerstag noch 12 Wahlen statt. Nach dem heutigen Resultat ist mit Sicherheit anzunehmen, daß davon sechs Sozialdemokraten gewählt werden. Dann würde die Stadtverordnetenversammlung in Kiel aus 24 Sozialdemokraten und 24 Bürgerlichen bestehen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schmalkalden (Thüringen) wurde von unserer Partei ein Mandat behauptet und ein neues erobert. Auf die sozialdemokratische Liste entfielen 267 Stimmen, auf die bürgerliche 157.

Dokuzelles, Gerichtliches usw.

Fressprozeß.

Ein Opfer falscher Berichterstattung ist der verantwortliche Redakteur des „Neumärkischen Volksblattes“ in Landsberg a. B., Genosse Otto Hoffmann, geworden. Derselbe veröffentlichte in unserem Landsberger Parteiorgan im Juni d. J. einen Artikel über angebliche Mißstände in dem Betriebe des Fleischermeisters Born in Driesen. Der Bericht war der Redaktion von einem Driesener Vertrauensmann zugegangen mit der Mitteilung, daß auf Grund der in der Notiz behaupteten Tatsachen die Driesener Fleischerinnung auf Antrag eines in dem Bornschen Betriebe beschäftigten Bebrühten dessen Lehrverhältnis aufgelöst habe. Später stellte sich heraus, daß dies nicht der Fall war, sondern auch vom Amts- und Landgericht in dem Prozeß des Bebrühten auf Aufhebung des Lehrverhältnisses die angeblichen Mißstände als unerwiesen betrachtet wurden.

In Anbetracht dieser Tatsache verzichtete das Landsberger Schöffengericht auf eine Beweiserhebung über die in dem Artikel des „Volksblattes“ berichteten Zustände in dem Betriebe des Klägers und verurteilte den Genossen Hoffmann zu 300 M. Geldstrafe, wobei es als strafmildernd in Betracht zog, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe.

Jugendbewegung.

Jahresbilanz der Merikalen Jugendbewegung.

Seit 1896 haben die katholischen Jugendvereine eine straffe sich über ganz Deutschland erstreckende Zentralorganisation. Die einzelnen Diözesanverbände sind zusammengesetzt in dem „Zentralverband der Präsidien der katholischen Jugendvereinigungen Deutschlands“, der von einem Zentral-

komitee mit einem Generalsekretariat in Düsseldorf geleitet wird. Dieses Generalsekretariat veröffentlicht sodann die neueste Statistik der katholischen Jugendvereine, aus der sich die Verbreitung der Merikalen Jugendbewegung in den einzelnen Bezirken ergibt:

Diözese	Zahl der Vereine 1912	Zahl der Mitglieder 1912
1. Augsburg	26	1488
2. Bamberg	16	1250
3. Breslau mit der Delegation Berlin	175	12309
4. Köln	515	60 092
5. Kulu	20	1550
6. Eichstätt	10	600
7. Ermland	3	190
8. Freiburg	139	7200
9. Fulda	38	1800
10. Gnesen, Polen	12	400
11. Hildesheim	31	1467
12. Limburg	71	4965
13. Mainz	88	5925
14. Reg	79	3898
15. Münster Freising	37	1907
16. Münster	350	51768
17. Donau-Reg	75	7200
18. Osnabrück	3	180
19. Paderborn	334	37426
20. Passau	6	885
21. Prag	8	400
22. Regensburg	22	1150
23. Rottenburg	89	4400
24. Sachsen, Bistum	21	1054
25. Speyer	51	3545
26. Straßburg	82	7816
27. Trier	263	25000
28. Würzburg	12	1400
	2606	355 655

Zweifellos zeigt diese Statistik ein beträchtliches Anwachsen der katholischen Jugendbewegung in Deutschland. 1909 zählte die Merikale Jugendbewegung erst 1728 Vereine mit 165 238 Mitgliedern. Im Jahre 1910 gab die Statistik 1937 Vereine mit 194 017 Mitgliedern an und in diesem Jahre kann die „Schwarze Schar“, wie die katholische Jugendbewegung von einem ihrer Führer selbst genannt wird, in Deutschland 2606 Jugendvereine mit 355 655 Mitgliedern aufweisen. Das bedeutet gegen 1909 eine Zunahme von 91 838 Mitgliedern, ein Beweis, mit welcher beispiellosen Eifer und welche kolossalen Mitteln die Merikale Jugendbewegung gerade in den letzten Jahren gearbeitet hat; denn, wenn auch die statistischen Zahlen nicht ganz mit der Wirklichkeit übereinstimmen, sicher hat die katholische Jugendbewegung einen großen Zuwachs zu verzeichnen. Für den, der in Merikalen Gesellen die Schwärze an der Jugendarbeit sieht, ist dies nicht weiter verwunderlich. Gerade der unter sogenannten „Adlerner Richtung“ stehende „Volksverein für das katholische Deutschland“ arbeitet in Rheinland-Westfalen mit riesigem Eifer auch für die Merikale Jugendbewegung. Ist es doch bezeichnend, daß von den 255 655 Mitgliedern, die die „Schwarze Schar“ nach der neuesten Statistik in Deutschland zählt, allein 183 288 Mitglieder auf die rheinisch-westfälischen Diözesen Köln, Trier, Münster und Paderborn entfallen gegen 141 616 im Jahre 1909. Dies bedeutet allein in Rheinland-Westfalen einen Zuwachs von 41 671 Mitgliedern in drei Jahren. Zählen doch die rheinischen Diözesen Köln und Trier jetzt allein 94 002 Mitglieder, gegen 60 195 im Jahre 1909. Der große Zuwachs im übrigen Deutschland ist dadurch zu erklären, daß 1909 eine ganze Anzahl Diözesen, die jetzt mit etwa 40 000 Mit-

gliedern in der Gesamtstatistik fungieren, dem Generalsekretariate noch nicht angeschlossen waren.

Neben den dem „Zentralverband“ angeschlossenen Jugendvereinen sind dann noch die Beibringungsabteilungen der katholischen Kaufmännischen Vereine und die Jugendabteilungen der katholischen Arbeitervereine zu nennen, die auch noch zehntausende Mitglieder haben dürften.

Interessant ist es wohl auch, zu erfahren, daß von den Merikalen fünf Jugendzeitschriften, davon eine besonders für Mädchen, und außerdem drei Zeitschriften für die in der katholischen Jugendbewegung tätigen Erzieher herausgegeben werden. Das ganze ungeheure Heer der katholischen Gesellen steht der Merikalen Jugendbewegung selbstverständlich zur Verfügung und ist erklärlicherweise ihr Hauptträger.

Obwohl wir dieser gewaltigen Jugendarbeit des deutschen Merikalismus eigentlich noch verhältnismäßig wenig gegenüberstellen können, haben wir doch allen Grund, der Zukunft gerade auch in Hinblick auf das heranwachsende Jungproletariat mit frohen und hoffnungsvollen Blicken entgegen zu sehen; sind doch die Mittel, mit denen die Merikale Jugendbewegung oft arbeitet, nur allzu bekannt, und ist doch ferner unsere proletarische Jugendbewegung von einem ganz andern, festgedehnten Geiste beiseit und durchdrungen, ganz abgesehen davon, daß ihr auch die wirtschaftliche Entwicklung zur Seite steht. Indes sollten uns doch die angeführten Zahlen wieder von neuem zeigen, daß wir noch weit mehr tun müssen, um die arbeitende Jugend an uns zu fesseln, daß wir noch weit mehr Opfer bringen müssen, um das heranwachsende Geschlecht in der proletarischen Weltanschauung zu erziehen. Der Partei und den Gewerkschaften baret hier noch eine große und gewaltige Aufgabe, denn leider sind noch immer viele Arbeiterkinder nicht von der Notwendigkeit und Bedeutung der proletarischen Jugendbewegung für den gesamten Befreiungskampf der Arbeiterklasse überzeugt.

Hier tätig mitzuarbeiten für den jüngsten Sproß der modernen Arbeiterbewegung, für die proletarische Jugendbewegung, zu werden und sie nach Kräften in jeder Beziehung zu unterstützen, ist aller denkenden und Klassenbewußten Arbeiter Pflicht!

Aus Industrie und Handel.

Abschlüsse von Berliner Brauereien.

Die Geschäftsberichte der Berliner Brauereien für das Jahr 1911/12 klagen wiederum über erhöhte Betriebs- und Geschäftsunkosten. An erster Stelle wird die starke Preiserhöhung der Rohmaterialien (Gerste und Hopfen) genannt, die durch die ungünstige Witterung in den beiden letzten Sommern gelitten hätten. Daneben lehren die Klagen über außerordentliche Steuer aufwendungen wieder, Schultzei berechnet die Steueransgaben auf 49,3 Proz. des Aktienkapitals, das Böhmisches Brauhaus auf 33,34 Proz. Immerhin haben es die Brauereien verstanden, diese Lasten vollständig abzuwälzen; nicht sie, sondern die Konsumenten tragen die durch die Reichsfinanzreform geschaffene Belastung. Und das würde auch mit der neu geplanten kommunalen Biersteuer geheißen, gegen die der Geschäftsbericht von Pagenhofer sich wendet. Die finanziellen Ergebnisse der drei großen Brauereien Schultzei, Pagenhofer, Böhmisches Brauhaus sind jedenfalls recht günstig ausgefallen. Schultzei konstatiert eine Absatzsteigerung von 7 Proz., Pagenhofer von 10 Prozent. Schultzei erzielte einen Nettogewinn von 2,507 Millionen. Die Dividende beträgt wie im Vorjahr 15 Proz. Die Abschreibungen belaufen sich auf 2,055 Millionen. Die Aktien-Brauerei-Gesellschaft Friedr. Schöbe vorm. Pagenhofer erzielte einen Reingewinn von 1,202 Millionen, woraus 14 Proz. Dividende ausgeschüttet werden. Die Abschreibungen erreichten eine Höhe von 1,555 Millionen. Das Böhmisches Brauhaus erzielte einen Nettogewinn von 213 563 M. und verteilt eine Dividende von 5 Proz. Die Abschreibungen betragen hier 481 600 M.

Den

Weihnachts-Tisch

bestellt Jonass & Cie.

Wir liefern erstklassige Präzisionsuhren, erprobte Schweizer- und Glashütter Erzeugnisse aus den ersten Fabriken von Welt. Wir führen Uhren in jeder Preislage von Mk. 4.— an und verkaufen unsere Uhren zu Preisen, wie sie in realen Spezialgeschäften üblich sind unter langjähriger schriftlicher Garantie. Unsere Uhren sind auf das sorgfältigste reguliert, und weisen wir besonders auf unsere Uhren mit Gangschein hin, die auf Sekunden genau gehen. — Unser jährlicher Verkauf beträgt über 25000 Taschenuhren. — Ferner empfehlen wir Brillantschmuck in feinsten Juwelierarbeit: Ringe, Boutons, Kolliers, Broschen, Armbänder (Brillanten mit Angabe des Gewichtes in Karat), Gold- und Silberwaren: Essbestecke, Bowlen, Aufsätze usw. in vornehmster Ausführung.

Wir liefern gegen bequeme monatliche Zahlungen

Auf Wunsch senden wir Ihnen gerne und ohne jede Kaufverpflichtung:

- a) Katalog über Uhren, Goldwaren, Brillantschmuck nebst Bedingungen für Zahlungserleichterung.
- b) Spezialkatalog über Gramola, echte Odeon-Apparate, Apparate für nadellose Pathéplatten sowie Künstler-Schallplatten nebst Bedingungen für Zahlungserleichterung.
- c) Spezialkatalog über Photo-Apparate, Prismengläser etc., erstklassige Fabrikate nebst Bedingungen für Zahlungserleichterung.

Wir bitten um gefällige Angabe, welcher Katalog erwünscht ist. — Wir laden Sie zur Besichtigung unserer Ausstellungsräume höflichst ein.

JONASS & CO., BERLIN SW. 91, Belle-Alliancestr. 3



Evangelische Arbeiter in ultramontanen Gewerkschaften.

Der Gedanke der christlichen Gewerkschaften ist zwar ultramontanen Köpfen entsprungen, an seiner Verwirklichung haben aber auch evangelische Kräfte mitgearbeitet. Professor Hise, damals die Seele des katholischen Volksvereins, und Vizentia Weber, hervorragendes Mitglied des Evangelischen Bundes, sind die eigentlichen Väter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute, dieser ersten christlichen Gewerkschaft, nach deren Muster dann die weiteren Organisationen dieser Art entstanden sind.

Nun hat ja, was die leitenden Personen auf evangelischer Seite betrifft, das Bündnis nicht lange vorgehalten. Pfarrer Weber trat anfangs 1896 anlässlich des Piesberger Streiks aus dem Ehrenrat des christlichen Bergarbeiterverbandes aus und hat sich seitdem recht lau der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegenüber verhalten.

Kleines Feuilleton.

Was würde ein europäischer Krieg täglich kosten? Die Gefahr, daß aus dem Balkanbrand eine europäische Feuerbrunst entstehen könnte, beunruhigt die Gemüter Europas und trotz aller beruhigender Rundschreibungen will das Schreckgespenst eines Krieges nicht aus der Phantasie weichen.

Table with 2 columns: Item description and Cost. Includes: Ernährung der Truppen, Fütterung der Pferde, Lohn der Arbeiter, Mobilisation der Truppen, Transport der Munition, etc. Total: Insgesamt 274 500 000 Fr.

Wir hätten also die runde Summe von 274 Millionen täglicher Kriegskosten. Doch darf man gegen diese Berechnung Einwände erheben. Zunächst wäre es wenig wahrscheinlich, daß sämtliche Staaten in der angemessenen Maximalhöhe mobilisieren würden.

Kumm ist weiter nichts als die gescheiterte Billie des Zentrums. Die christlichsoziale Dreimännerfraktion verdammt ihr Dasein allein der ultramontanen Gnade; zahlreiche christlichsoziale Agitatoren finden ihr Brot als Angestellte der christlichen Gewerkschaften — man begreift es, daß diese Leute zu den Zentrumsgelehrten halten.

Man greift hoch, wenn man den Anteil der evangelischen Arbeiter an der christlichen Gewerkschaftsbewegung auf ein Zehntel der Mitglieder schätzt. Neuerdings machen nun die christlichen Gewerkschaften, indem sie das Umsturzgespenst heraufbeschwören, auch in nichtkatholischen Gegenden, z. B. in Sachsen, Anstrengungen, weiteren Zuwachs zu gewinnen, und wenn sich ihre Absicht, die Staatsangestellten und Staatsarbeiter zu sich herüberzugiehen, erfüllen soll, werden sie ebenfalls darauf bedacht sein müssen, die evangelischen Arbeiter auf ihre Seite zu bringen.

Wenn ein Zusammenarbeiten von Katholiken und Nichtkatholiken, wie es in unseren christlichen Gewerkschaften stattfindet, nach den Lehren unserer heiligen Kirche nicht erlaubt ist, so möge der Heilige Vater allgemein verbieten, er wird in uns gehorsame Katholiken finden.

Wenn sich katholische Arbeiter so etwas gefallen lassen, so können sie sich auf ihren Glauben berufen, der sie zum Gehorsam gegenüber der kirchlichen Autorität verpflichtet, womit sie dann allerdings nur bewiesen hätten, daß sie in das Mittelalter, nicht aber in das zwanzigste Jahrhundert gehören.

Roberte Choleraabehandlung.

Unter allen Vorschlägen, die während der letzten Jahre zur Behandlung der asiatischen Cholera gemacht worden sind, ist der von Leonard Rogers der bedeutendste gewesen. Er sieht die Einlösung einer Salzlösung in die Adern unter gleichzeitiger Verabreichung von übermanganfauren Salzen vor. Da die Cholera eine Austrocknung des ganzen Körpers zur Folge hat, so schien die Einlösung der sogenannten physiologischen Salzlösung, die sich schon bei anderen lebensgefährlichen Erschöpfungszuständen als letztes Zufluchtmittel bewährt hat, von vornherein eine günstige Aussicht zu bieten.

Theater.

Schiller-Theater O. Jbrens Dramen fordern einen vorbedächtl. erwogenen Darstellungsstil und Schauspieler, die künstlerisches Vermögen genug in sich tragen, um die Monumentalität der Dichtung zu wahren.

Bewegung, die, aus jesuitischem Geiste geboren, den Zweck hat, Hunderttausende von deutschen Arbeitern diesem Geiste zu erhalten.

Steuerkommission des Abgeordnetenhauses.

Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses setzte am Mittwoch ihre Beratungen bei § 45 des Einkommensteuergesetzes fort, der das Einspruchsverfahren gegen die Veranlagungen regelt. Nach der Praxis des Oberverwaltungsgerichts muß die Veranlagungskommission, wenn sie die Angaben eines Jenfiten bezweifelt, beweisen, daß die Angaben unrichtig sind, sie ist verpflichtet, die zur Begründung ihres Einspruchs dienlichen Tatsachen und Beweismittel anzuführen.

Abgelehnt wurde gegen die Stimmen der Konservativen und der Freikonservativen ein Antrag auf Schaffung eines neuen § 48a, wonach der Vorsitzende der Veranlagungskommission und der Vorsitzende der Berufungskommission befugt sind, im Namen der Kommission in gewissen Fällen allein über Einsprüche oder Berufungen zu entscheiden.

Bei der Beratung des Ergänzungsteuergesetzes wandte sich ein konservativer Redner gegen den Beschluß erster Lesung, wonach jeder bereits mit einem Vermögen von mehr als 32 000 M. zur Ergänzungsteuer veranlagte Steuerpflichtige zur Abgabe einer Vermögensanzeige verpflichtet ist.

Zug der Hedda gut, dennoch blieb sie ihr die Besonderheit des Weizens schuldig. Freix Ahterberg wäre bei anderer Gelegenheit gewiß ein passabler Privatgelehrter Teemann; hier war er es, trotz lobenswerter Eminentenfreiheit, doch mehr nach der philiströsen Richtung hin.

Notizen.

Die Freie Volkshöhne bringt für ihre nächsten Radmittagsserien zur Aufführung: „Die Feinde“ von Gorki im Thalia-Theater. Im Deutschen Schauspielhaus wird Sonntag, den 8. Dezember, Sophokles' „Elektra“ in deutscher Bearbeitung von Dr. H. Körner aufgeführt.

Verbrecher infolge Schundliteratur.

Zu einem schweren Verbrechen hatten sich zwei 15jährige Mädchen zusammengetan, die gestern unter der Anklage des schweren Raubes, der Unterschlagung und der Falschheit vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I standen. Die beiden Angeklagten, die Arbeitsburschen Friedrich Krause und Arthur Rehler, Söhne ehelicher und anständiger Eltern, sind befreundet. Krause ist der kleinere, aber an Energie den doppelt so großen Fehler weit übertragende; er hat diesen auch zu dem Verbrechen verführt. Sein Arbeitgeber befandete, daß Krause seine Arbeiten in ganz zufriedensstellender Weise erledigte, aber von einer unheimlichen Lesewut befallen war und jede freie Minute dazu benutzte, um aus allen möglichen Schundbüchern Weisheiten zu saugen. Sein Vater überreichte gestern dem Gerichtshof ein ganzes Konvolut solcher Bücher, welche Titel führen wie „Burenblut“, „Indianer-Nacht“, „Die Goldstadt“, „Opfer“, „Wunderferb“ u. dgl. Krause war eines Tages von seinem Arbeitgeber damit betraut worden, 100 M. einzulassieren; er unterschlug aber das Geld und gab seinem Freunde Rehler 10 M. davon ab. Inzwischen hatten sich die beiden schon zu einem „großen Coup“ verabredet. Sie hatten mehrere Abende hindurch die Filiale der Bäckerei „Nordstern“ in der Gangestraße beobachtet und gesehen, daß dort nur eine Verkäuferin fungierte. Sie sohten nun den Plan, diese im Laden zu überfallen und sich der Kasse zu bemächtigen. Die Tat sollte am 24. Oktober ausgeführt werden. Die beiden Angeklagten kauften zunächst in einem Leddraden ein großes Stück Gasrohr und mit diesem ausgerüstet begab sich Krause am 24. Oktober abends kurz vor Geschäftsschluss in den Laden. Der kaum dem Knabenalter entwachsene Rehler verlangte von der Verkäuferin Josefa Wägerth zwei Brote. Sie holte die Brote aus dem Regal, als sie sich dann aber umwandte, um die Brote in Papier einzuwickeln, erhielt sie plötzlich von Krause mit dem Gasrohr zwei Hiebe auf den Kopf, die ihr die Bestimmung einen Augenblick raubten. Während das Mädchen zu Boden sank, eilte Krause hinter den Ladentisch, griff in die geöffnete Kasse, raffte etwas Geld — im ganzen nur 73 Pfennige — zusammen und eilte davon. Die Ueberfallene hatte schnell die Bestimmung wieder gewonnen. Sie eilte mit blutendem Kopf zu Tür und schrie laut um Hilfe. Es gelang dann einigen Passanten, den jugendlichen Verbrecher festzunehmen. Sein Komplize Rehler hatte sich schleunigst aus dem Staube gemacht. Die Ueberfallene mußte von einem Arzte verbunden werden. Sie ist 14 Tage krank gewesen und hatte infolge des Nervenschocks zwei Tage hindurch die Sprache vollständig verloren.

Die behauerswerten Eltern der Angeklagten erklärten gestern dem Gericht, daß sie gar nicht begreifen konnten, wie ihre Söhne zu so einer verbrecherischen Tat haben kommen können. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Krause 1 Jahr 6 Monate und 3 Tage, gegen Rehler 1 Jahr und 1 Tag Gefängnis. Das Gericht hielt bezüglich des Krause, der bei der Tat eine große Energie bewies und auch seinen Arbeitgeber in dreifacher Weise geschädigt habe, die beantragte Strafe nicht für ausreichend, sondern verurteilte ihn zu 2 Jahren 6 Monaten 8 Tagen Gefängnis. Rehler wurde zu 9 Monaten und 1 Tag Gefängnis verurteilt.

Kinderbegauenerungen.

Eine gemeingefährliche Schwindlerin, durch welche eine große Anzahl von Personen, die selbst nicht viel übrig haben, empfindlich geschädigt worden sind, mußte sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verantworten. Wegen Betruges war die ledige Frieda Lamprecht angeklagt, die wegen ganz gleichartiger Schwindereien, wie die jetzt zur Anklage stehenden, erst vor einiger Zeit von dem

Schöffengericht in Nichtenberg zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Wie die Verhandlung ergab, hatte die Angeklagte sich im Norden und Osten der Stadt auf der Straße herumgetrieben und dort Kinder angesprochen, von denen sie annahm, daß diese für ihre Eltern irgendwelche Bestellungen auszuführen hätten. Sie forderte die Kinder auf, für sie zu einem „Schneidermeister Schmidt“ zu gehen, der ihnen 500 M. und einen Karton geben würde. Als „Sicherheit“ sollten sie aber das ihnen von den Eltern mitgegebene Portemonnaie ihr aushändigen. Die Kinder — zum Teil 12- bis 13jährige Mädchen — gaben ohne weiteres das Portemonnaie heraus. In den meisten Fällen handelte es sich um die Kinder von armen Heimarbeiterinnen, welche die Arbeit abgeliefert und den Lohn dafür erhalten hatten. In einem Falle erbeutete die Angeklagte die Summe von 66 M., den Lohn für eine Wochenlange, mühselige Arbeit.

Bei den Vernehmungen der betroffenen Schulkinder ereigneten sich verschiedene drollige Szenen. Ein kleiner 13jähriger Knirps, der für „Mutter“ eingeholt hatte, wurde von dem Vorsitzenden, Amtsgerichtsrat Kade, befragt, was nun „Mutter“ dazu gesagt habe, als er ohne Geld nach Hause gekommen sei. Der Knirps brachte nur das eine Wort „Keine“ heraus, wobei er sich mit schmerzlicher Verzogenheit mit der Hand diejenige Stelle rieb, an welcher der Rücken aufliegt und die Beine anfangen. — Staatsanwalt-Kressor Haase beantragte mit Rücksicht darauf, daß zahlreiche arme Leute geschädigt worden seien, eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr und sofortige Verhaftung. Das Gericht erkannte, da es sich gewissermaßen nur noch um eine Nachtragssache handelte, auf nur 3 Monate Gefängnis. Der Vorsitzende erwähnte in der Urteilsbegründung, in diesen Fällen habe die vielgepriesene Schaulust der Berliner Kinder sich nicht besonders gezeigt. Es sei eigentlich erstaunlich, daß ein 13jähriges Mädchen, welches von einer Fremden den Auftrag erhalte, 500 M. zu holen, nicht geantwortet habe: „Ne, dei loode is nich!“

Wiederholt möchten wir mahnen, Kinder zur Vorsicht vor jedem Fremden zu erziehen.

Lichtbilder und Lustbarkeitssteuer.

Der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbandes in Eberswalde, Genosse Wilhelm Alm, hatte im April des Jahres im Auftrage der dortigen Verwaltung Lichtbildervorträge über Karraturen im deutschen Freiheitskampfe arrangiert. Die Vorträge fanden in sechs Orten an aufeinanderfolgenden Abenden statt. Wegen eines dieser Vorträge, der am 26. April in der Eisenpalterei stattgefunden hatte, war U. in Strafe genommen worden, weil er den Vortrag nicht zur Lustbarkeitssteuer gemeldet hatte. Gegen den Strafbefehl hatte U. rechtzeitig richterliche Einscheidung beantragt und war vom Schöffengericht freigesprochen. Dieses hatte sich auf den von Alm eingenommenen Standpunkt gestellt, daß der Vortrag lediglich belehrenden Zwecken gedient habe und eine steuerpflichtige Lustbarkeit deshalb nicht vorliege. Gegen das freisprechende Urteil hatte der Staatsanwalt Berufung eingelegt, die am Dienstag verhandelt wurde. Die Strafkammer hob das freisprechende Urteil auf und verurteilte U. zu drei Mark Geldstrafe.

Die Lustbarkeitssteuerordnung, hieß es in der Begründung, nimmt Veranstaltungen von der Steuer aus, die höheren künstlerischen oder wissenschaftlichen Zwecken dienen. Demnach soll jede Veranstaltung als Lustbarkeit getroffen werden, die unterhaltend wirkt. Der Vortrag war aber nach der Auffassung des Gerichts eine Veranstaltung, die eine öffentliche Unterhaltung im politischen Sinne bezweckte, also war es eine Lustbarkeit.

Die Drahtbergerer vor Alimentationspflichten, so berichtet man aus Halle a. S., hatte für den wohlstilleren Kaufmann Stolze, dessen 74jährige Mutter, die Witwe Stolze, und

die Ehefrau Lubke, sämtlich von Gräfenhainichen, vor dem Schwurgericht ein ganz furchtbares Raubspiel. Stolze war wegen Verführung seines jugendlichen Dienstmädchens zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. In jenem nach der Verführung angeordneten Alimentationsprozeß des Dienstmädchens hatten die Mutter Stolze und die Lubke alles mögliche aufgebietet, um den Dienstherrn des Mädchens von den Alimentationspflichten durch Stellung von Zeugen zu befreien. Das unglücklich gemadete Mädchen sollte um seinen guten Namen gebracht werden. Die Folge davon war nun, daß die 74jährige St. wegen Anstiftung zum Meineid zu drei Jahren und die Lubke zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt wurden.

Eine Vuhtagveranstaltung des Zweigvereins Breslau des Solgarbeiterverbandes

hatte zu einem Strafverfahren geführt, das jetzt das Kammergericht beschäftigt. Es handelte sich um eine Darbietung des Melodramas „Enoch Arden“, die durch einen Rezitator und einen Pianisten, zwei hervorragenden Breslauer Künstlern, zum Vortrag gebracht wurde. Das Landgericht Breslau als Berufungsinanz verurteilte Rabitz, den Vorsitzenden des Vergnügungsausschusses des Vereins, wegen Uebertretung der Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien vom 16. März 1904, welche für öffentliche Veranstaltungen am Vuhtag vorschreibt, daß an diesem Tage nur Auführungen geistlicher Musik in Kirchen und in den Räumen solcher Konzerts- und Theaterunternehmungen gestattet seien, deren Zweck es sei, Darbietungen zu veranstalten, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet. Anherdem wurden Rabitz und Rasch als Verwalter des Gewerkschaftshauses wegen Uebertretung einer Ortspolizeiverordnung von 1891 verurteilt, welche auch die Veranstaltung öffentlicher Vorträge, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, eine Anzeige beim Polizeipräsidenten verlangt, sowie die Einreichung etwaiger Texte. Die Anzeige, die Rasch gemacht hatte, wurde als unvollkommen behandelt, weil ihr das Textbuch nicht beigegeben war. Die Angeklagten legten Revision ein, die Dr. Sengler am Montag in eingehenden Rechtsausführungen vor dem Kammergericht vertat.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung auf und wies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt:

Die Feststellungen des Landgerichts reichen nicht aus zur Verurteilung. Man müsse danach unterstellen, daß das Landgericht annehme trotz der öffentlichen Bekanntmachung hätten nur Mitglieder und ihre Familienangehörigen Zutritt gehabt, und daß das Landgericht ferner allein aus der großen Mitgliederzahl des Zweigvereins folgere, daß die Mitglieder nicht in persönlichen Beziehungen zu einander stehen könnten und es sich so um eine öffentliche Veranstaltung handele. Das wäre rechtlich bedenklich. Ein innerer Zusammenhalt, der für den Begriff der geschlossenen Gesellschaft erforderlich sei, könne auch gefolgert werden aus der Gemeinschaftlichkeit des sachlichen Zwecks, daraus, daß es sich um Personen desselben Berufs handele, die dieselbe politische Gesinnung und dieselben Interessen hätten. Andererseits könne es natürlich auch bei solchen Vereinigungen vorkommen, daß die Mitgliederzahl demotiv groß und der Zweck und der Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Bedingungen geknüpft sei, daß von einer inneren Gemeinschaft keine Rede sein könne. In dieser Richtung fehlten aber alle Feststellungen. Das Landgericht müsse deshalb in eine erneute Prüfung eintreten. Dabei werde es aber auch zu erörtern haben, ob nicht dadurch, daß die Billets an bestimmten Stellen zu haben waren, auch anderen Personen als Mitgliedern, Familienangehörigen und geladenen Gästen der Zutritt möglich war.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Heute Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat!

Fische

- Leb. Hechte über 8 Pfd schwer Pfund 75 Pf.
- Leb. Hechte unt 8 Pfd schwer Pfund 90 Pf.
- Lebende Neunaugen . . . 4 Stück 55 Pf.
- Lebende Aalquappen . . . Pfund 58 Pf.
- Lebende Aale mittelstark . . Pfund 98 Pf.
- Lebende Karpfen . Pfund 68, 75, 80 Pf.
- Lebende Plötzen . . . Pfund 35, 45 Pf.
- Kabeljau im ganzen . . . Pfund 12, 18 Pf.
- Nordsee-Kabeljau im ganzen ohne Kopf Pfund 25 Pf.
- Grosser Schellfisch . . . Pfund 19 Pf.
- Rotzungen Pfund 15 Pf.
- Jütländer Bratschollen . . Pfund 19 Pf.
- Grosse Schollen Pfund 28 Pf.
- Seelachs im ganzen, o. Kopf Pfund 20 Pf.
- Austernfisch Pfund 35 Pf.
- Goldbarsch Pfund 20 Pf.
- Frischer Haffzander . . . Pfund 68 Pf.
- Frische Kaulbarsche . . . Pfund 18 Pf.
- Seemuschein 100 Stück 25 Pf.

Obst und Gemüse

- Amerikanische Aepfel Pfund 12, 25 Pf.
- Essäpfel Pfund 8 Pf.
- Kochäpfel 5 Pfund 25 Pf.
- Almeria-Trauben Pfund 26 Pf.
- Kanarische Tomaten Pfund 10 Pf.
- Grünkohl Pfund 4 Pf.
- Kalifornische Aepfel . . . Pfund 28 Pf.
- Apfelsinen . . . Dutzend 20, 30, 40 Pf.
- Mandarinen Kiste 25 St 75 Pf.
- Kochbirnen 5 Pfund 40 Pf.
- Sellerie Mandel 50 Pf.
- Zitronen Dutzend 20, 30 Pf.
- Franz Wallnüsse Pfund 45 Pf.
- Rosenkohl 3 Pfund 25 Pf.
- Blumenkohl Kopf 10, 15 Pf.

Frisches Fleisch

- Gulasch und Querrippe Pfund 60 Pf.
- Lieser Pfund 75 Pf.
- Rinderkamm Pfund 65 Pf.
- Pökelschutt Pfund 70 Pf.
- Kalbsskotelett Pfund 1⁰⁰
- Kalbskeule Pfund 70 Pf.
- Rinderleber Pfund 85 Pf.
- Roastbeef mit Knochen . . Pfund 85 Pf.
- Schmortfleisch m Knochen Pfund 80 Pf.
- Rinderfilet ausgeschält . . Pfund 1²⁰

Weine

- 1911^{er} Remicher . . . 1/2 Flasche 75 Pf.
- 1911^{er} Edenk^oener . . . 1/2 Flasche 85 Pf.
- 1909^{er} Wormeldinger 1/2 Flasche 1¹⁰
- 1905^{er} Bldeshelmer . . . 1/2 Flasche 1⁴⁵
- 1911^{er} Lieserer Niederbg. 1/2 Fl 1⁸⁵
- 1908^{er} Kreuznach. Gutenthal Hl-sing 1/2 Fl. 1⁸⁵
- 1910^{er} Lieser.-Schloßbg. 1/2 Fl 2¹⁰
- 1909^{er} Le Moulin Flasche 95 Pf.
- „Gutanna“ Prieur de St. Anne . . . Flasche 1¹⁰
- 1909^{er} Graves weiss . . . Flasche 1⁴⁰
- Madeira ganz alt Flasche 1⁸⁵
- 1904^{er} Chät. La Tour-Rauz. Fl. 2¹⁰
- Douro-Port-Princesa ganz alt Fl 2⁴⁵
- 1909^{er} Chät. Palmar-Marg. Fl. 3¹⁰
- Kognak-Verschnitt + 1/2 Fl. 1¹⁰
- Jam. Rum-Verschnitt 1¹⁰
- Halb und Halb 10 Fl.
- Alpenkräuter 10⁰⁰
- Alter Taragona 1/2 Fl. 78 Pf.
- Montagna franz. Rotwein 1/2 Fl 68 Pf.

Butter und Käse

- Schweizer Pfund 85, 95 Pf.
- Echter Emmenthaler Pfd 1⁰⁰ 1¹⁰
- Limburger Pfund 58 Pf.
- Echter Holländer . . . Pfund 85 Pf.

- Tilsiter Pfund 65, 80 Pf.
- Landkäse 2 Stück 35 Pf.
- Kochbutter Pfund 1²⁰
- Felne Molkereibutter, in 1/2 Pfd.-Stück Paket 70 Pf.

Gänsefleisch

- Stückenfleisch Pfund 65 Pf.
- Gänseklein 85 Pf.
- Lieser Pfund 1³⁰
- Hautfett Pfund 85 Pf.
- Leber Pfund 1⁵⁰
- Keulen Stück 70 Pf.
- Oderbrucher Fetigänse . . . Pfund 75 Pf.
- Bratgänse Pfund 53, 58 Pf.

Den Lesern wird hierdurch ergebenst mitgeteilt, daß eine reich illustrierte Wochenschrift unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgegeben wird. Dieselbe bringt gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissenschaften. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Die Mitarbeiter sind allererste Fachleute. Jedes Heft enthält ca. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Pfahlbauzeit — Wenn die Erde erittert — Gesundheit und Schönheit — Der Wille und dessen Gymnastik — Das Leben unter Wasser — Fern-

photographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisterwelt. — Flüssige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität. — Unser Sonnensystem usw. usw.
Außerdem erhält jeder Abonnent auf „Welt und Wissen“ eine große illustrierte **Hand- und Hausbibliothek** vollständig gratis,

und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke.

Im ersten Jahre:
Die illustrierte Himmelskunde.
Illustriertes Buch der Technik.
Entdeckungsreisen nach dem Nord- und Südpol.
Damit alle Leser darauf abonnieren können, ist der Preis auf nur 15 Pf. für ein 24 Seiten starkes illustriertes Heft festgesetzt.
Der Bestellschein ist auszufüllen und an die Expedition von „Welt und Wissen“, Linkstr. 25, einzusenden.

Bestellschein No. _____

An die Expedition von
„Welt und Wissen“, Berlin W. 9, Linkstraße 25.
Ich abonniere hiermit „Welt und Wissen“ à 15 Pf. pro Heft durch Boten frei ins Haus.
Name
Ort, Straße

... *„Um Gottwinnsch Wolzoffen bin Süßfink im Gaisn.“*

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 28. November 1912.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Schauspielhaus. Ein Waffengang.
Deutsches Lotentanz.
Steines. Professor Bernhardt.
Zirkus Albers Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Aus Mitternachts.
Kgl. Opernhaus. Salome.
Nimmerpfeile. Maria Ragdalena.
Vernina. Gabriel Schillings Nacht.
Deutsches Opernhaus. Figaros Hochzeit.
Sündergräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Schiller O. Hedda Gabler.
Schiller-Charlottenburg. Die Ge-
schwister. Elga.
Berliner. Filmzauber.
Residenz. Prinzenerziehung.
Kombihaus. Die Generalprobe.
Deutsches Schauspielhaus. Der guttische Grad.
Ebnita. Autoleichen.
Rufstücken-Cyber. Der Aufrechten.
Mouris Operetten. Der Frauen-
kaiser.
Neues Opern (Kroß). Russisches Ballett.
Theater am Rollendorfsplatz. Himel.
Lilien. Des anderen Ehre.
Rote. Die Sünden der oberen 10000.
Metropol. Chauffeur — ins Metropol.
Trianon. Liebesbarometer.
Herrfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein.
Walhalla. Goldener Lichtstern.
Cajano. Der Großfürst.
Wintergarten. Spezialitäten.
Nipho. Spezialitäten.
Vollage. Spezialitäten.
Reichshallen. Die Nacht der Töne.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Geigt.
Lustspielhaus. Mein alter Herr.
Solies Caprice. Der feuchte Joseph.
D. r. Hebbod.
Königshof-Bistro. Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Lore. Die Spieler. Der Kammerfänger.
Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Uebelliet. Boome.
Sternwarte. Juchelnd. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.
Freitag, abends 8 Uhr:
Im weißen Rösel.
Sonnabend, nachmittags 3.10 Uhr:
Wallensteins Tod.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Geschwister. Elga.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Am Nordend 1141.
Abends 8 Uhr:
Der Frauenkaiser.

Passage-Theater
U. d. Linden 23-28
Lichtspiele.
Jed. Sonnabend
neues Programm.
Anfang 4 Uhr,
Sonntags 8 Uhr.

Berliner Theater.
8 Uhr:
Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der guttische Grad.
Theater am Rollendorfsplatz 5.
8 Uhr: **Risnet.** 8 Uhr.
Jeden Mittwoch u. Sonnabend 4 Uhr:
Schneewittchen.
Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Prinzenerziehung.
Saitre in 3 Akten v. Maurice Donnay.
Kroß und folgende Tage:
Prinzenerziehung.
Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Des anderen Ehre.
Freitag: Des anderen Ehre.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Kumpelstücken. 8 Uhr:
Einmaliges Schauspiel der Gefangens-
schule der Frau Viglitta Berger:
Figaros Hochzeit.

ROSE-THEATER
Große Neanderstr. 122.
Abends 8 Uhr:
Die Sünden der
oberen Zehntausend.
Aufführungsdrama in 4 Akten von
Nolzig, Hamilton und Zug.
Freitag dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Sünden gestiftet.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang
und Tanz in 10 Bildern von B. Freund.
Musik v. Rud. Nelson. Länge arrang.
von Ed. Bilhop. In Szene gesetzt
vom Direktor R. Schulz.

Folies Caprice.
Der feuchte Joseph.
Der Hebbod.
Der Einbrecher.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr. Nur noch 3 Tage
des grandiosen Programms!
Robins, der Urkomische.
Kussys Wunderhand.
Nebo-Quartett.
Karl Sedlmayr.
Bendix-Schnabel
und 5 weitere gr. Attraktionen.

Passage-Panoptikum
Das größte Naturwunder!
Die **HEILIGE WEISSE NEGERIN**
und ihre schwarze Priester-
Schwester.
Beide lebend
ohne Extra-Entree
zu sehen.

Freie Volksbühne

3 Uhr:
Deutsches Schauspielhaus
Tragödie des Sophokles:
Elektra.
(Vom 8. Dezember ab.)
Deutsche Oper
in Charlottenburg
Beethoven:
Fidelio.
(Vom 1. Dezember ab.)
Thalia-Theater
Gorki:
Die Feinde.
(Vom 8. Dezember ab.)
Kerrnfeld-Theater
Nansen:
Eine glückliche Ehe.
(Vom 29. Dezember ab.)
Lessing-Theater
28. Dezember 8 Uhr:
Extravortellung:
Die Weber.
15., 22., 29. Dezbr., 1. Januar:
Glaube u. Heimat.
Residenz-Theater: Francillon.
Die Geschäftsstelle: G. Winkler.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!

Herrnfeld Theater
Beispielloser Lacherfolg!
Die Alpenbrüder.
Komödie in 2 Akten von Anton
und Denat Herrnfeld.
Hierzu:
Das Scheidungs-Souper.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Theater Königstadt-Casino.
Dolzmarktstraße 72,
1. Hof v. Bohns. Jannowbrücke.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das gr. Spezialitätenprogramm
und „Eine von der Wasserkant“.
Lebensbild in einem Akt.

Voigt-Theater.
Donnerstag, den 28. November 1912:
Gastspiel in Puhmanns Theater,
Schönhauser Allee 148:
Luftschlösser.
Sollstüd mit Gesang in 3 Akten von
Ramsaert und Weller.
Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
„Bosco“
Moyse und Britten.
Sonntag-
nachmittag
3 Uhr:
Sanatorium
Sonn-
stich.

Casino-Theater
Lottbinger Str. 37. Abends 8 Uhr:
Nur noch heute:
Der Großfürst.
Freitag Erstaufführung
der Totalpoffe
Am grünen Strand der Syree.
Sonntag 4 Uhr: O diese Männer.

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute: **Doppel-Konzert!**
Berliner Konzertorchester, Dir. Frz. v. Blon, Komponist.
Musiko. Kaiser-Alexander-Reg., Dirig. Kgl. Musikdir. Brase.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freitag, den 29. November cr., abends 8 Uhr:
Bierabend mit nachfolgendem **Tanz**
veranstaltet vom **Wander-Ruder-Verband.**
Die zum Bußtage gelösten Billets gelten!

Sozialdemokratischer Wahlverein
des 4. Berliner Reichstagswahlkreises
Sonntag, den 1. Dezember 1912:
2. großer heiterer Künstler-Abend
in Kellers Festhallen, Koppenstr. 29.
Martin Kettner vom Metropol-Theater.
Hans Petra vom Linden-Kabarett.
Grete Sellin vom Metropol-Kabarett.
Kurt Winterle vom Linden-Kabarett.
Königs Pisten-Trio Musikal. Akt.
Hse und Kurt Bois Kinderduette vom Theater des Westens.
Die Lebemannier Gesangs-Quartett vom Berl. Opernhaus.
Nach der Vorstellung: **BALL** (Ballorchester Kapellmeister u. Komponist. Wilhelm Metter (Ballorchester Hollfelder).
Saalöffnung 8 1/2 Uhr. — Billett 60 Pf. — Anfang 8 Uhr.
Abendkasse findet nicht statt.
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Donnerstag, 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr:
Elfte-Abend.
U. a.: Tommy & Boy, die einzigen Bären, welche selbständig Zweirad fahren und Rollschuh laufen.
Herr Albert Carré mit seinen neuesten Schul- und Freiheitsdressuren.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
Die Hauptattraktion von Berlin!

Zirkus Busch.
Heute Donnerstag, 28. Nov., abends 7 1/2 Uhr; Zum 6. Male:
die große Prunk-Pantomime „Sevilla“
in 6 glänzenden Akten.
Besonders hervorzuheben:
Sturz der Wirtin Viarda von dem überschwimmten 42 Fuß hohen Felzen. Das Stiergefecht. Die feenhaften Festschweifungen aus der Rokokozeit.
Vorher das große Galaprogramm.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Liebesbarometer.

TGB
THEATER GROSS-BERLIN AM ZOO.
Täglich 8 Uhr:
So hummeln wir!
Bunte Bilder mit Gesang und Tanz v. Gustav Kadelburg, Leo Leipziger und Jean Gilbert mit: Fritz Massary, Max Pallenberg, Karl Bachmann.
Vorher: Gr. Varieté-Teil.
Rauchen in allen Räumen des Theaters gestattet.
Der Vorverkauf findet statt an der Theaterkasse 10-2 Uhr, im Warenhaus Tiets und im Invalidendank. Keine Vorverkaufsgelöh.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzfränzchen.
14375 C. Nible.
Concordia-Festsäle.
Inh.: M. Wandt u. A. Schütze. 64 Andreasstr. 64.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
der allgemein beliebten und bekannten **Hoffmanns Sänger** mit vollständig neuem Programm
Anfang 8 Uhr.
Nach der **Soiree: Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Giltigkeit.
Für den Inhalt der Zinerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Am 25. d. M. verstarb unser
Genosse, der Arbeiter

Franz Mendel

Waltstr. 15. Bezirk 617.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 2 1/2 Uhr,
von der Halle des Philippus-
Apostel-Kirchhofes, Müllerstraße,
nach dem städtischen Friedhof,
Müllerstraße, Ecke Seefraße, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Tischler

Ernst Goldschmidt

Stegh, Bismarckstr. 36, im Alter
von 45 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 29. November, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, vom Trauer-
haus aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler

Bernhard Langhop

Bohndorf, Paradiesstr. 8, im
Alter von 51 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Halle
des Bohndorfer Gemeinde-
Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
01/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Drochsten-
führer

Eduard Hanicke

am 23. November im Alter von
81 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am 25. November verstarb nach
langem schweren Leiden mein
geliebter Vater, Schwiegervater,
Bruder und Schwager

Johann Schwab

im 44. Lebensjahr.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 29. d. M., nachmittags
3 Uhr, von der Halle des städtischen
Friedhofes, Seefraße, aus statt.

Staatschalen, trockene Wasser-
schalen, 0,70, 0,80
r. 1,00 m lang, billigst frei Baggon
Berlin abzugeben. Anfragen er-
beiten unter F. 1 an die Expe-
dition des „Vorwärts“.

Getragene Monatsgarderobe.

Heute und folgende Tage: Verkauf von gebrauchten Maßanzügen,
Maßpalotots, Ulster etc., welche teils von ersten Schneidern sind, auch
einzelne auf Seide gearbeitet. Ferner elegante neue Herrenkleidung in
prima Ausführung:

Jackett-Anzüge	M. 12.-	16.-	22.-	etc.
Herrn-Palotots	10.-	14.-	18.-	
Ulster	12.-	16.-	24.-	
Rock-Anzüge	12.-	16.-	24.-	
Gehrock-Anzüge	18.-	23.-	29.-	
Frack- u. Smoking-Anzüge	24.-	28.-	33.-	
Herrn-Beinkleider	5.-	7.-		

Frack-Gesellschaftsanzüge werden verliessen.

Herren-Garderobenhaus nur Friedrichstr. 127

Sonntags nur v. 12-2 Uhr geöffnet.

Patente etc.

erwirkt u. verwertet anerkt. schnell
Civ.-Ing. Jaeger & Dr. Breslauer
Berlin, Gitschinerstr. 106, n. d. Pat.-Amt
Das beratende Nachschlagebuch: „Wie muss
eine Erfindung für die Verwertung beschaff. sein“ gratis u. franko

Tanz-Schule Richard Heinrich

jetzt Restaur. Fürstenhof, Köpenicker Str. 137.
Unterrichtsstunden: Jeden Sonntag von 3-6 Uhr.
Jed. Donnerstag v. 8-11 Uhr. Jed. Sonntag v. 6-11 Uhr.
Nachbildungszirkel. Aufnahme neuer Schüler jederzeit.
Hochachtungsvoll
Richard Heinrich
Weichselstr. 8.
Telephon:
Neukölln 406.

Sophien-Säle

Inhaber Joseph Heidrich, Sophienstr. 17-18
12 Säle in allen Größen mit Bühne
zu allen Gelegenheiten passend.
An Sonntagen und Sonntagen noch frei!
Kleine Vereinszimmer und 5 Kegelbahnen noch zu vergeben!

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wietzke, Neukölln. Für den

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.

Am Sonntag, den 24. November,
starb unser langjähriges Mitglied

Louis Tetzl

im 61. Lebensjahre an den Folgen
einer Operation im städtischen
Krankenhaus Moabit.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
in Moabit statt. 147/12
Die örtl. Verwaltung.

Danksagung.

Für die prachtvollen Kranzspenden
und die liebevolle Betheiligung bei
der Beerdigung meines unvergeß-
lichen Mannes, des Schiffhefers

Bruno Weise

sagen allen Beteiligten innigsten Dank!
Witwe Berta Weise u. Sohn.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Spezialarzt

f. Haut-, Gorn-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beintracht jeder
Art, Ohrlisch Gata-Kuren in
u. Co. fonz.
Laborat. f.
Blut-
untersuchung. Gaden l. Gorn u. f.
Friedrichstr. 81, gegenüber
Spt. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Arbeiter-Gesundheits-

Bibliothek

32 verschiedene Hefte à 20 Pf.

Vorjährige

feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gehrockanzüge,
Smokings auf Seide 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.

Abhandlungen und Vorträge

zur sozialistischen Bildung.
Herausgegeben 248/19*
von **Max Grünwald.**
Heft 6:
Schiller und die Arbeiter
Von Conrad Haenisch.
Preis 40 Pf.

In Freien Stunden

Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sektion I (Handelsarbeiter).

Hausdiener, Packer, Radfahrer, Fahrstuhlführer, Portiers,
Schaffner, Einkassierer, Kassenboten usw. aller Branchen
der Sektion I.

Donnerstag, den 28. November 1912, abends 8 1/2 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im „Marine-Festhaus“, Brandenburger Ufer 1, am Köllnischen Park
(neben der Landesversicherung), großer Saal, 1 Treppe.
Tagesordnung: 69/1

**Die herrschende Teuerung, die Entlohnung der
Handelshilfsarbeiter und der gewerkschaftliche Kampf.**

Referent Reichstagsabgeordneter Hermann Jäckel. — Diskussion.

Kollegen! Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden einzelnen, rege für den
Besuch zu sorgen. Kein Kollege darf dieser Versammlung fernbleiben! Erscheint in Massen!
Die Sektionsleitung. S. A.: Fritz Wappler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Bezirk Weißensee.

Freitag, den 29. November 1912, abends 6 Uhr, im Prälaten,
Lehrstraße 122:

Große Holzarbeiter-Versammlung.

Tagesordnung:

**„Die Kriegsvorbereitungen der Unter-
nehmerverbände für das Kampffahr 1913“**

Referent Josef Ahlemeyer-Bremen.

Kein Holzarbeiter Weißensees darf in dieser Versammlung fehlen.
91/14 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Freitag, den 29. d. M. stattfindenden
ordentlich. Generalversammlung muß
beizien: 6. Erwahl von drei Vor-
standsmitgliedern der Arbeitnehmer.

Achtung!

Brasil-Ersatz,
Vorstenland, Vollblatt,
dritte Länge, p. Pfd. 1,30.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstraße 25.

Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

E. G. m. b. H. Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstr. 19/26.

Donnerstag

Seefische

zu nachfolgenden Preisen:
Schellfisch . . . pro Pfd. 25 Pf. | **Schollen** pro Pfd. 24 Pf.
Kabliau (ohne Kopf) . . . 24 . | **Knurrhahn** 24 .
108/9 Der Vorstand.

Das Ideal der Hausfrau
ist eine
Singer Nähmaschine

Zu haben in sämtlichen Läden
mit nebenstehendem „S“-Schild
oder durch unsere Agenten

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
filialen in allen Stadtteilen.

Die neue Manoli
Kardasch
das Beste für 3 M

Gelegenheitskauf! Schwere

Schlafdecken
Sl. 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁰⁰, 6⁰⁰ M.

Pferdedecken!
Sl. 2⁵⁰, 3⁵⁰, 4⁵⁰, 5⁵⁰ M.

Englischschwere
Reisedecken
Sl. 4⁷⁵, 6⁷⁵, 9⁷⁵ bis 36 M.

Fries für dicke
Vorziehen
alle Farben

Meter 1.75, 2.50 bis 4.50.
Abgeh. Friesmäntel 2.25-8 M.
Versand unter Nachnahme.

Emil Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158.

Der neue Katalog

mit bunten Teppichmustern
750 Abbildungen grat. u. franko

Achtung! Hausfrauen.

Heute großer Ausnahmetag!

Feinstes (kein russisches)

Rindfleisch

Brust . . . pro Pfund 65 Pf.
Kamm 70 Pf.
Fehlrippe 75 Pf.
Schmorfleisch . . . 85 Pf.
do, ohn. Knochen 90 Pf.
Filet . . . pro Pfund 95 Pf.
Rostbeef 75 Pf.
sowie unsere bekannt guten
Wurst- u. Fleischwaren
zu billigsten Preisen.
Berliner Wurst- u. Fleischwarenfabrik
Petersburger Platz 8

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69, Laden

Gegen den Krieg!

Mit dem Tornister

Ungeschminkte Feldzugs-
Erinnerungen eines Infanteristen
aus dem Jahre 1870
Von Karl Chr. Rückert.
Preis gut gebunden 1.50 M.

Der Balkankrieg

und die deutsche Weltpolitik
Von Otto Bauer.
Preis 40 Pfennig.
Der Verfasser schildert in klarer
und umfassender Weise die öko-
nomischen, nationalen und poli-
tischen Ursachen des Krieges, die
nationale Mannigfaltigkeit Bala-
kans und die hier wirkenden
wirtschaftlichen Tendenzen wie die
mittelalterliche Eigenart Albanens.
Die Broschüre gibt ferner einen
großartigen Einblick auf die
gefahrenschwangeren weltpolitische
Situation, wie sie sich nach den
Siegen des Balkanbundes ent-
wickelt hat. 248/17*

Partei-Angelegenheiten.

Lichtenberg. Morgen Freitag, abends 7 Uhr: Flugblatt-Verbreitung von den bekannten Stellen aus.

Mariendorf. Heute abend 8 Uhr findet im Großes Gesellschaftshaus (Zuh. R. Saar) eine öffentliche Versammlung statt.

Spandau. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Verteidigung unseres Genossen Metasch heute, Donnerstag, den 28. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in den Riffeln aus stattfindet.

Potsdam. Eine große öffentliche Versammlung findet am Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem Versammlungsplatz der sozialdemokratischen Partei in der Behlerstraße statt.

Pankow-Schönhausen. Morgen abend findet im Türkischen Belt der letzte Vortrag des Genossen Vorchardt über den Zukunftsstaat statt.

Berliner Nachrichten.

Aus der Geschichte der Berliner Fortbildungsschulen für Mädchen.

Die Stadt Berlin will jetzt die Pflichtfortbildungsschule auch für Mädchen einführen. Erst spät hat sie daran gedacht, überhaupt etwas für die Fortbildung der schulentlassenen Mädchen zu tun.

Nachdem die nur für das männliche Geschlecht bestimmten Lehrstätten, die seit 1849 bestehenden Fortbildungsanstalten der Stadt samt den 1799 gegründeten Sonntagsschulen eines Vereins, im Jahre 1878 reorganisiert worden waren, brachten Vereine die Mittel zusammen, um nun auch für Mädchen eine Fortbildungsschule einzurichten zu können.

Wenig dürfte bekannt sein, daß in Berlin die Versuche, auch für die Fortbildung der schulentlassenen Mädchen etwas zu tun, tatsächlich schon sehr viel weiter zurückreichen. Die Sonntagsschulen entstanden, gegründet aus Anregung eines Professor Wähler von dem „Verein zur Errichtung und Leitung sonntäglicher Fremdschulen zum Besten armer, in den Elementarkenntnissen verfallener Handwerkslehrlinge“.

Das russische Fleisch findet nach wie vor regen Absatz. In den drei Tagen, Sonnabend, den 23., Montag, den 25. und Dienstag, den 26. November, sind allein in Berlin zusammen 923 Rinderviertel und 642 ganze Schweine verkauft worden.

Das Publikum nimmt die Verkaufsgellegenheit, die neuerdings in einer größeren Anzahl Läden geboten wird, gern wahr. Die früher so häufig erhobenen Klagen über Ueberverteilung beim Einkauf haben sich erheblich verringert.

Die von der Konsumgenossenschaft zum Vertrieb des russischen Fleisches eingerichteten Verkaufsstellen sind inzwischen von 22 auf 27 vermehrt worden. Die neuen Stellen befinden sich: Forsterstr. 2, Urbanstr. 48, Bülowstr. 46, Huselandsstraße 38 und Alte Jakobstr. 54/55.

Der Besuch der von der Konsumgenossenschaft gemieteten Läden ist andauernd ein guter. Der Umsatz steigt fortwährend.

Das Lifafähnenmonopol.

Bekanntlich hat die Stadt Berlin die Lifafähnen an die Firma Raud u. Hartmann verpachtet; die Stadt verachtet es, das öffentliche Anschlagwesen in eigene Regie zu nehmen, wie das von sozialdemokratischer Seite schon so oft gefordert worden ist und wie es in verschiedenen Städten bereits besteht.

jährlichen Pachtsumme von 540 000 M. Nach dem Vertrage ist der Magistrat berechtigt, eine Vermehrung der Säulenzahl zu verlangen, wenn er ein Bedürfnis hierfür anerkennt.

In den letzten beiden Sitzungen der Tiefbaudeputation wurde ein Antrag der Firma Raud u. Hartmann verhandelt, der eine Vermehrung der Säulenzahl um 164 Säulen enthielt. Die Unternehmerin hat soviel Aufträge, daß sie dieselben mit der bisherigen Säulenzahl nicht so erledigen kann, wie sie das möchte.

Die Knochenmühle in der Greifswalder Straße, die ihre Abfälle über den ganzen Nordosten verbreitet, will ihre Fortren schleppen, wenn dem Besitzer eine Abfindungssumme von 400 000 M. gezahlt wird.

Die Knochenmühle in der Greifswalder Straße, die ihre Abfälle über den ganzen Nordosten verbreitet, will ihre Fortren schleppen, wenn dem Besitzer eine Abfindungssumme von 400 000 M. gezahlt wird, im anderen Falle wird der Betrieb weitergeführt.

Ein neuer „Reform“ Jagow. Welcher wackere Berliner lernt nicht den grünen Bienen, der seit mehr als einem halben Jahrhundert alljährlich in mehreren Exemplaren bei den einzelnen Polizeibureaus unter dem Hasso der Straßenschilder vorfährt?

Stadterordneter Bauerrat Herzberg ist in Rorderney, wo er sich zur Kur aufhielt, an einem Herzschlag gestorben.

Für das ehemalige Vorjäger Gelände in Moabit hat die Stadt einen Fluchtlinienplan aufgestellt, nach dem nur Häuser errichtet werden können ohne Hintergebäude und ohne Seitenauslässe.

Die Vögelin des Terrains, die Baugesellschaft Union, hat nun gegen den Fluchtlinienplan Einspruch erhoben. Das Polizeipräsidium, das es früher sehr eilig hatte, hat nach längerer Zeit eine Nachtragsberichtigung von der Stadt eingefordert, und bis heute ist die Angelegenheit noch nicht erledigt.

Eine Kindesleiche wurde gestern an der Friedrich-Leopold-Brücke aus dem großen Bannsee gefischt. Dort trieb ein Bündel an, das in ein Knabenhandbuch gewickelt war und die Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt.

Der Schrecken des Weddings wurden die beiden Brüder Paul und Willi Kalante genannt, die wegen zahlreicher schwerer räuberischer Ueberfälle gesucht und jetzt endlich nach langen Bemühungen der Berliner Kriminalpolizei durch diese festgenommen werden konnten.

Brüder fürchteten. Es wäre wünschenswert, wenn die Beschädigten nunmehr Anzeige im Zimmer 82a oder bei dem nächsten Polizeirevier erstatteten, damit den beiden Kowdies für längere Zeit das Handwerk gelegt werden kann.

Arbeits- und Mittellosigkeit haben einen sechzig Jahre alten Arbeiter Julius L. aus der Wemeler Str. 29 in den Tod getrieben. Der Mann wohnte seit dem Tode seiner Frau für sich allein im Erdgeschoss des Seitenauslaßes, wo er eine Stube und Küche innehatte.

Druckfehler-Berichtigung. In der Notiz „Beschäftigungsanstalt für Blinde“ (in Nr. 277) ist statt „Kinder“ zu lesen „Blinde“.

Ein schweres Unglück hat sich gestern nachmittags kurz vor 5 Uhr in der Gemeindeschule in der Bielefeldstraße 58/54 zugetragen. Im Keller dieser Schule befindet sich ein Erfrischungsräum, in dem die Kinder sich Kaffee kochen können.

Erwähnte Eintrittskarten zur königlichen Akademie der Künste (Ausstellung alter japanischer Kunst), Pariser Platz 4, und zur Sezession (Zeichnende Künste), Kurfürstendamm, streben den organisierten Arbeitern im Bureau des Gewerkschaftshauses zur Verfügung.

Gestohlene Lotterielose. In einer Badoanstalt wurde kürzlich einem Besucher das Portemonnaie gestohlen, das außer einem größeren Selbsttrag folgende Lose der Preussisch-Brandenburgischen Lotterie enthielt: 66 920G, 66 947E, 66 952B, 66 992A, 148 500D, 148 650C.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.

Das Rad der Zeit rückwärts zu drehen und die Gebräuche vergangener Zeiten wieder in Schwung zu bringen, wird in unserem großen Dorf sehr versucht. In den Gemeindeschulen und in der Lokalpresse wird Propaganda gemacht für einen Kurztendenzchor, der an drei Tagen jeder Woche nachmittags von 2-5 Uhr „die Musik dahin bringen soll, wo sie am Brenndienst fehlt“.

Mit der Frage der Reorganisation beschäftigte sich die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Hierzu lag ein Antrag des Vorstandes sowie verschiedene Anträge aus den Bezirken vor.

Schöneberg.

In einer imposanten von etwa 1500 Personen besuchten Volksversammlung referierte im „Gesellschaftshaus des Westens“ Genosse Dr. Dreißweid über das Thema: „Nationalismus und Sozialdemokratie“.

Königsstraße: 34
Leipzigerstr.: 65
Oranienstr.: 34
Müllerstraße: 3a

Taunzienstr.: 20
Oranienstraße: 47
Friedenau Rheinl.: 4
Neukölln, Bergstr.: 7/8



Besichtigung
ohne Kaufzwang
• erbeten •

Jeder Käufer
erhält • ein
• Geschenk •

Die Eröffnung unserer 9. Verkaufsstelle Moabit, Turmstr.: 50 findet heute nachm. 4 Uhr statt.

16. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 27. November 1913 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los-gleichen Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

132 70 401 9 535 603 780 825 28 1109 240 409
600 608 15 62 2021 40 174 284 332 58 472 56 533 643
781 95 885 116 67 3418 4117 494 625 67 819 937
1000 5044 134 318 528 [500] 659 78 866 85 [500]
9074 97 103 45 357 [500] 508 718 51 95 958 7286 306
13 94 456 678 835 821 25 8010 12 42 67 102 [1000] 16
411 505 619 [500] 982 9080 105 59 245 357 457 673 880
10089 230 [500] 43 378 85 632 79 646 875 99 924
[3000] 88 [1000] 11023 31 278 301 [200] 38 443
53 899 922 31 768 845 972 12134 63 905 423 616 21
80 82 792 911 32 13177 275 530 [1000] 678 799
14083 199 222 379 458 719 24 30 90 892 617 15083
148 67 [1000] 278 399 611 723 951 64 16193 264 [1000]
300 429 526 [500] 17193 261 98 343 416 72 [3000]
839 81 761 830 [500] 822 929 18037 195 218 64 677 641
18039 241 768 79 828 964 85 88
20257 300 82 510 989 90 [1000] 21003 27 207
582 61 408 54 703 7 998 22074 134 246 429 57 540
711 29 848 [3000] 23155 289 94 592 [500] 98 740 58
84 834 46 24057 129 74 214 807 [3000] 420 83 93 512
14 18 765 800 25108 200 405 807 646 67 [500] 794
818 61 821 56 28063 197 242 328 39 491 652 753 843
77 942 99 27017 [500] 457 679 28189 201 380 501
92 787 94 [3000] 96 29435 95 876 [1000] 649 62 807
92 986
30078 250 311 69 [3000] 466 518 17 [500] 98 850
31033 98 120 [3000] 311 422 884 [500] 653 67 858
900 32149 236 84 358 450 887 779 820 39309 [500]
89 199 453 500 50 69 763 856 75 [500] 79 933 34109
[500] 12 310 [1000] 71 448 660 [500] 741 815 49 94
889 [500] 33050 188 93 284 340 431 79 865 658 [1000]
36134 353 422 [1000] 64 649 67 785 852 37033 36
259 348 79 82 [3000] 422 32 584 96 753 38523 37 49
63 780 39339 87 463 697 877
40051 [1000] 103 21 65 215 74 318 19 407 49
[500] 47 628 61 [500] 733 73 41097 144 89 232 466
686 [500] 817 18 37 82 86 749 873 42067 [500] 282 383
800 423 856 785 801 29 940 77 43197 [500] 328 328 400
438 691 740 86 881 854 68 44130 211 30 66 328 400
[500] 29 652 875 739 70 86 [500] 437 45110 64 [3000]
891 [3000] 624 70 79 745 892 48219 48 52 74 586 659
716 82 988 47168 279 82 [500] 85 378 807 705 [3000]
800 [1000] 48017 80 116 61 715 972 422 664 65 925 941 48
[1000] 49266 408 99 571 74 289 401
50000 [500] 130 290 373 84 609 748 965 51085
[500] 264 74 388 [1000] 67 440 47 68 93 621 843
52065 [1000] 21 138 [500] 426 40 524 78 621 94
53088 [1000] 130 317 21 640 64980 217 673 618 851
841 73 74 88 603 871 83 985 55175 500 [500] 64 318 851
[3000] 908 71 [1000] 958 120 89 240 362 440
820 855 79 724 955 57368 401 503 837 58190 289
[1000] 308 12 453 88 768 807 [500] 45 983 59462
518 [500] 69 669 95 [3000] 872 87 954
60061 76 82 232 44 409 707 11 50 384 93 664 83
61001 334 696 903 4 715 68 67 [500] 83001 223 99 [3000]
878 [500] 67 66 504 6 787 926 56 63001 223 99 [3000]
874 [3000] 420 527 29 603 743 [500] 59 71 814 976
64036 60 255 [500] 466 602 723 67 804 [500] 47 54
[500] 994 65013 26 47 [500] 53 89 129 245 328 51
678 [500] 83 801 9 948 [500] 131 [500] 64
234 70 469 572 603 44 60 818 [500] 728 68078 156 63
67046 55 373 405 12 [1000] 574 728 68078 156 63
800 238 75 82 324 544 689 789 879 69027 [500] 173
251 378 433 77 608 42 765 802 997
70017 136 58 218 361 454 [1000] 71 79 89 91
603 [500] 53 54 76 761 [500] 86 979 71088 158 280
[500] 363 70 886 626 537 72134 [1000] 933 357 88
603 690 763 886 96 988 73072 324 56 684 732 934
[3000] 74289 96 302 428 678 734 803 97 75187 335
[500] 48 [500] 74 854 85 990 76086 [1000] 379 93
608 661 848 738 88 845 77017 192 [500] 568 820 830
65 911 78049 184 233 323 [500] 408 [1000] 12 86
639 46 68 376 955 79170 88 94 98 306 26 543 45 82
68 906 27 38 87
80241 [500] 328 489 [500] 566 715 878 904 30
81286 642 728 851 921 97 82397 [500] 411 19 [1000]
[500] 625 88 92033 101 10 235 415 645 73 764
84123 83 [500] 93 457 79 624 96 823 88 928 [3000]
87 85015 24 206 80 342 691 769 94 955 88009 293
408 833 77 805 87012 117 219 34 337 76 481 91
95 840 [1000] 67 613 814 66 628 88291 313 852 954
[500] 89152 [1000] 87 248 330 406 619 28 93 914
24 84
80142 [500] 80 260 [1000] 320 598 604 22 95
725 55 [1000] 835 76 [500] 91044 187 242 66 302 437
[500] 625 88 92033 101 10 235 415 645 73 764
93010 326 95 531 41 730 50 864 84237 34 407 595
851 67 93 942 95085 142 46 294 300 641 710 12 968
96076 342 410 800 65 737 97091 103 734 84 98020
[500] 479 795 825 99043 67 77 182 [500] 560 699
639 906
100311 70 443 505 41 621 54 785 688 101039
[500] 63 130 [1000] 237 40 367 464 519 97 516 102957

16. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 27. November 1913 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Los-gleichen Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

40 100 286 332 617 34 70 793 907 86 1047 345
76 871 767 842 941 42 2023 97 362 452 71 500 38
99 639 [500] 88 722 908 3008 177 215 88 349 784 866
4072 112 313 37 82 484 634 78 739 46 873 5153 210
479 822 83 743 862 94 816 33 [3000] 6162 464 659
729 7046 141 47 [3000] 84 99 357 80 458 639 [500]
52 708 79 83 820 39 955 77 8248 85 364 [1000] 91
[500] 446 592 714 68 902 80 9039 114 47 229 917
10213 325 86 462 11100 62 306 84 521 72 715
88 12029 47 120 211 46 340 423 28 38 937 89 13178
325 498 524 655 81 714 865 14015 86 174 354 67
449 81 96 845 54 809 13 958 15209 89 874 460 638
792 843 948 68 16026 207 67 [1000] 391 506 60 859
78 799 [500] 930 17189 719 21 939 18173 273 83
801 57 65 605 811 50 73 76 90 928 19007 67 129 48
275 [1000] 815 39 415 777
20085 160 219 374 459 585 732 874 21080 268
92 840 542 618 84 85 [1000] 729 49 63 899 997
21222 78 [1000] 313 34 842 58 920 83 23409 93
907 52 58 903 24253 318 43 435 73 84 584 89 924
[500] 60 76 91 25088 [1000] 374 90 97 357 69 440
81 806 48 994 26021 67 196 232 74 621 72 [500] 91
[1000] 808 27073 314 16 29 453 [3000] 991 736 28 103
214 48 50 [500] 665 67 803 29232 308 29 85 416
[3000] 92 735 905 83
30055 92 97 152 [1000] 308 85 400 708 815 55
[3000] 99 942 31043 300 495 513 955 32056 104
233 81 479 512 662 718 87 828 948 33025 [500] 150
267 81 99 313 88 429 82 694 706 872 34194 69 258
63 81 304 439 63 89 781 [1000] 85 916 35189 272
419 604 75 722 81 92 859 76 934 88 [500] 36026 28
81 806 48 994 26021 67 196 232 74 621 72 [500] 91
319 29 421 40 645 826 722 38007 71 222 526 62 903
960 39287 311 91 648 [1000] 564 [500] 800 37 74
49015 81 134 221 39 [500] 55 [500] 64 349
[1000] 69 424 844 50 58 88 716 87 949 41068 184
349 426 651 732 81 83 92 964 42004 188 412 605 41
644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 63 233 47 49 [500] 506 60 64
62 644 631 801 72 715 31 52136 314 15 470 [500] 74 81
659 78 619 35 99 832 61 88 [500] 947 53233 61 81
422 45 803 605 80 762 851 67 54196 41 81 287 860
803 93 722 29 [1000] 889 915 45002 8 101 207 308
897 94 48041 66 885 401 7 35 905 37 720 49 66 817
21 968 78 47158 634 739 41 [1000] 887 48303 458
674 879 720 43 847 85 935 49098 114 210 34 49
401 514 629 [500] 718 79 898 92 933 [1000]
50017 89 [500] 119 42 859 863 628 77 614 54 916
82 44 70 51161 53 6

